



Nr 8

2001

*Europäische Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden*



---

## **EUROSAI-Tagung in Madeira – 2001**

**Einführung der Managementprüfung. Die Erfahrung des National Audit Office von Malta**

**Der neue institutionelle Status des Audit Office von Finnland  
Das erste europäische Seminar über die Umweltbetriebsprüfung**

---

# Inhaltsangabe

## 1 EDITORIAL

### INFORMATION

## 2 EUROSAT-NACHRICHTEN

### 20 EUROPÄISCHE UNION

- 20 Neue Zusammensetzung und neuer Präsident des Europäischen Rechnungshofes (ERH).
- 20 Neuer Generalsekretär des ERH.
- 21 Firmenpraktikaplätze für Rechnungsprüfer der Anwärterländer im Europäischen Rechnungshof (ERH).
- 21 Versammlung der Verbindungsbeamten der ORKB der EU und des ERC.
- 22 Tagung des EU-Kontaktausschusses am 4. und 5. Dezember 2001 in London.
- 23 Sitzung der Verbindungsbeamten der ORKB der Länder Mittel- und Osteuropas (MOEL), Zypern, Malta und des ERH am 28. und 29. Juni 2001 in Tallinn.
- 24 Tagung der Präsidenten der ORKB der Länder Mittel- und Osteuropas, Zyperns, Maltas und des ERH am 26. und 27. November 2001 in Limassol, Zypern.
- 25 Arbeitsbesuche des ERH bei den Kandidatenländern und Besucher dieser bei dem ERH.

### BERICHTE UND STUDIEN

#### 27 DIE PRÄSIDENTIN DES BUNDESRECHNUNGSHOFES ALS BUNDESBEAUFTRAGTE FÜR WIRTSCHAFTLICHKEIT IN DER VERWALTUNG

Dr. Hedda Von Wedel, Präsidentin des Bundesrechnungshofes

#### 30 DIE RECHNUNGSPRÜFUNG DER AUTONOMEN REGIONEN UNGARNS

Dr. Árpád Kovács, Präsident des State Audit Office

#### 36 EINFÜHRUNG DER MANAGEMENTPRÜFUNG. DIE ERFahrung DES NATIONAL AUDIT OFFICE VON MALTA

Carmel Tonna, Auditor General

#### 40 PUBLIC RELATIONS (PR) UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT AUS DER SICHT DER FINANZKONTROLLE

Dr. Edith Goldeband, Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit des Österreichischen Rechnungshofes

#### 43 DAS WISSENSMANAGEMENT IM NAOD - GESAMMELTE ERFahrungen

Von Yvan Pedersen und Michala Krakauer, Das National Audit Office von Dänemark

#### 46 DER NEUE INSTITUTIONELLE STATUS DES AUDIT OFFICE VON FINNLAND

Von Leena Juvonen, Sonderermittler, Innendienste

#### 47 DAS ERSTE EUROPÄISCHE SEMINAR ÜBER DIE UMWELTBETRIEBSPRÜFUNG

Von Therese Johnsen, Generaldirektorin Office of the Auditor General von Norwegen

#### 51 FORTSCHRITTE IN DER PRÜFUNG DER OPTIMALEN MITTELVERWENDUNG AUF DEM GESUNDHEITSEKTOR

Karen Taylor

ISSN: 1027-8982

ISBN: 84-922117-6-8

Gesetzl. Hinterlegung: M. 23.968-1997

Das EUROSAT Magazin wird im Namen der EUROSAT (Europäische Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden) vom EUROSAT Sekretariat jährlich veröffentlicht. Das Magazin ist mit dem Fortschritt öffentlicher Prüfungsverfahren und Vorgehen sowie mit der Information über die Aktivitäten der EUROSAT befasst.

Die Meinungen und Ansichten der Herausgeber und Unterzeichnenden sind persönlich und müssen nicht unbedingt mit den Ansichten oder Strategien der Organisation übereinzustimmen.

Beiträge in Form von Artikeln, Berichten und Nachrichten werden gerne entgegen genommen und sind an das Büro des Herausgebers beim RECHNUNGSHOF, Sekretariat der EUROSAT, Fuencarral 81, 28004 Madrid, Spanien einzusenden.

Tel.: +34 91 446 04 66 - Fax: +34 91 593 38 94 - E-mail: eurosai@tcu.es - tribunalcta@tcu.es - www: <http://www.eurosai.org>

Die vorstehend erwähnte Anschrift ist auch für jede weitere Korrespondenz im Zusammenhang mit der Zeitschrift anzuwenden.

Die Zeitschrift wird allen Vorsitzenden aller Obersten Rechnungskontrollbehörden in ganz Europa, die an der Arbeit der EUROSAT teilnehmen, zugestellt.

Die Zeitschrift wird von der EUROSAT veröffentlicht und von Herrn Ubaldo Nieto de Alba, Präsident des Rechnungshofs von Spanien und Generalsekretär der EUROSAT, Frau Marta Fernández Pirla, Frau M<sup>a</sup> José de la Fuente y de la Calle; Frau Teresa García García; Herrn Jerónimo Hernández Casares; und Frau M<sup>a</sup> Socorro Orcajo González, Personal des Rechnungshofs von Spanien koordiniert und überwacht. In den Übersetzungen wird mit den Unternehmen Auctoritas, S.L. und Guerman & Guinzbourg, intérpretes jurados, S.L. zusammengearbeitet. Produktion und Gestaltung durch *DiScript*.

# Leitartikel

*Geschätzte Mitglieder der EUROSAI:*

*Es ist mir angenehm, Ihnen mitteilen zu können, dass ich im vergangenen Monat November die Ehre hatte, nach vorherigem Beschluss und auf Vorschlag des Plenums dieser Institution und nachfolgender Ernennung durch Seine Majestät, dem König von Spanien, in meinem Amt als Präsident des Rechnungshofs von Spanien wiedergewählt worden zu sein.*

*Diese Wiederwahl hat ebenfalls meine Kontinuität in der Ausübung der Funktionen des Generalsekretärs der EUROSAI zur Folge, was mir erlauben wird, die bereits in den vergangenen Jahren begonnenen Missionen und Initiative zu vertiefen und die Zusammenarbeit mit den Obersten Rechnungskontrollbehörden zu verengen und zu unterstützen, die in einer oder anderer Form mit der Ausübung der statutorischen oder nicht statutorischen Aktivitäten und der Erfüllung der verschiedenen Ziele der Organisation verbunden sind.*

*Eines dieser Ziele besteht, wie Sie bereits wissen, in der Entwicklung und Anwendung von Ausbildungstätigkeiten, die für die EUROSAI-Mitglieder nützlich sind.*

*Der Ausbildungsausschuss der EUROSAI, dessen Leitung direkt dem Präsidium der Organisation obliegt, ist das Organ, das für die Umsetzung in die Praxis der Ausbildungspolitik verantwortlich ist. Nach zwei Jahren des Funktionierens sind die in der Durchführung von Seminaren, in der Zusammenarbeit mit IDI, in der Entwicklung der Webseite und in den mit anderen der externen Kontrolle gewidmeten Institutionen und Organisationen aufrecht erhaltenen Kontakte erreichten Ziele überzeugend.*

*Bezüglich dieses letzten Punkts müssen die Erfolge hervorgehoben werden, die in der Zusammenarbeit OLACEFS und EUROSAI mittels des Stattfinden von Veranstaltungen erzielt werden, in denen nicht nur Erfahrungen ausgetauscht werden, sondern auch in der Analyse der neuen Verantwortungen Fortschritte erzielt werden, die aus den gegenwärtigen Integrationsräumen erwachsen, die gemeinsame Rechnungsprüfungsbereiche entstehen lassen.*

*Die Arbeit der Arbeitsgruppe für Umweltkontrolle muss ebenfalls hervorgehoben werden. Diese Arbeitsgruppe hielt im vergangenen Monat Mai 2001 in Norwegen bereits ihr erstes Seminar ab, mit einer grossen Beteiligung der ORKB und Erzielung wertvoller Resultate.*

*Wie Sie bereits wissen, findet im Mai diesen Jahres der V. EUROSAI-Kongress in Moskau statt und ich möchte dies hier erwähnen und zur Organisation und zu den erhaltenen Resultate des vor dem Kongress abgehaltenen Seminars unter dem interessanten und aktuellen Thema "Die Anwendung der Informatiktechnik in der Rechnungsprüfung" meine Glückwünsche aussprechen. Die neuen Technologien im Allgemeinen und die Informatik im Besonderen sind grosse Herausforderungen in der Kontrolle der öffentlichen Rechnungsführung und es ist daher wünschenswert, dass dieser ersten Studie weitere folgen, die Fortschritte in der Beherrschung dieser Materie erlauben.*

*Abschliessend möchte den verschiedenen Autoren für ihre Beiträge zu dieser achten Veröffentlichung der Zeitschrift meinen Dank aussprechen und ihre Bemühungen um die Vorlage der verschiedenen Artikel anerkennen.*

*Ich danke ebenfalls allen, die an diesem Projekt teilnehmen und stehe allen für eine erforderliche Zusammenarbeit zur Verfügung.*

Ubaldo Nieto de Alba

Präsident des Rechnungshofs von Spanien  
Generalsekretär der EUROSAI



## *Eurosai-Nachrichten*

### AUSBILDUNGSAUSSCHUSS DER EUROSAI DIE INFORMATIK IN DER RECHNUNGSPRÜFUNG

**Golawice, 20. bis 21. Februar 2001**

Zusammenfassung des Referats  
von Herrn Eirik Larsen Kvakkestad  
Büro des Auditor General von Norwegen

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kollegen:

Das Thema dieses Seminars ist "Die Anwendung der Informatik in der Rechnungsprüfung".

An erster Stelle, glaube ich, müssen wir zugeben, dass wir uns während des Seminars verschiedenen Gebieten dieses Themas genähert haben und das daraus verschiedene Herausforderungen entstanden sind. Eins erscheint jedoch klar: Wir haben das gleiche Ziel im Auge, das heißt, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit in der Rechnungsprüfung.

Welches sind die wichtigsten Herausforderungen?

Zuerst besteht die Nachfrage nach mehr Rechnungsprüfungen mit niedrigeren Kosten. Gleichzeitig kämpfen wir alle gegen den Mangel an Expertenpersonal der Rechnungsprüfung. Es erhöht sich die Nachfrage nach Rechnungsprüfungsergebnissen, die Forderung nach Beratung seitens der Rechnungsprüfer und nach Kommunikation der Rechnungsprüfung im Allgemeinen. Die Nachfrage nach Dokumentation über die Arbeit der Rechnungsprüfer ist ebenfalls steigend.

Auf diesem Seminar haben wir uns auf folgendes konzentriert:

Die Anwendung der Informatik bei der Planung und Vorbereitung der Rechnungsprüfungen.

Herunterladen und Umsetzung der Daten.

Benutzung der Informatiksysteme in der Durchführung der Rechnungsprüfung.

Informatische Links zwischen den ORKB und den Rechnungsprüfern.

Wir haben die für den Erhalt und die Analyse von Daten entwickelte Software behandelt und die Informatikpakete, die den gesamten Rechnungsprüfungsprozess unterstützen, die Arbeitsdokumente automatisieren und die Arbeitsdokumente der Rechnungsprüfung prozessieren.

Wir haben gelernt, dass die informatisierte Rechnungsprüfung dem Rechnungsprüfer dabei helfen kann, seine Aufgaben in professioneller Art und Weise zu lösen. Die Methodologie - mit ihren Normen und Befragungsrichtlinien - muss natürlich die Grundlage aller Rechnungsprüfungen bilden. Aber die von uns benutzten Rechnungsprüfungswerkzeuge sind für die Ausführung einer professionellen Rechnungsprüfung wesentlich. Für den Rechnungsprüfer sind dieses alle Softwarepakete, ganz gleich, ob sie intern entwickelt wurden, oder von Softwareherstellern stammen.

Ab der Planungsphase wissen wir, dass Risikoeinschätzungen und die Festlegung des Bereichs, auf den sich die Rechnungsprüfung konzentrieren muss, nötig sind. Wir haben erfahren, dass wir alle eine enorme Menge von Daten bewältigen müssen und es wichtiger ist, die Ziffern vor Beginn der eigentlichen Rechnungsprüfungsarbeit (die Durchführung) auszuwählen und zu analysieren. In dieser Beziehung ist es ebenfalls sehr wichtig, die Institution zu verstehen und die Daten auszuwählen, die für die Entwicklung der Rechnungsprüfung am wichtigsten sind.

Wir müssen dem Rechnungsprüfer einen leichten und vollständigen Zugang zu einer wertvollen Kenntnis der Organisationen verschaffen, die einer Rechnungsprüfung unterzogen werden sollen. Die von



uns benötigten informatisierten Rechnungsprüfungstools sind eine Auswahl von professionellen, analytischen Werkzeugen und Werkzeuge für das Sammeln und Ordnen der Daten in angebrachter Form. Wir haben gesehen, dass in allen Ländern sehr viel an der Erreichung dieses Ziel gearbeitet wird. Auch wenn die Konzentration auf die Annäherung an dieses Ziel auf leicht verschiedene Art und Weise erfolgt, so arbeiten wir doch alle auf das gleiche Ziel hin.

Andererseits scheint es, dass die Software für analytische Zwecke für die Erreichung der Effizienz immer unentbehrlicher wird. Wir können nicht passive Empfänger der in den Abteilungen für Informatiksysteme erstellten Statistiken bleiben. Ganz gleich, ob es sich um Win-Ida, ACL oder andere Unternehmenssoftwarepakete oder um intern entwickelte Software handelt, so haben wir doch erfahren, dass sich die Informatiktools in umfassendere und unentbehrliche Elemente für den modernen Rechnungsprüfer verwandelt haben. Und, wie wir aus den Leistungserbringungen und den bis heute stattgefundenen Debatten gelernt haben, benutzen wir alle entweder bei der Planung oder der Durchführung diese Art von Elementen.

Wenn wir eine komplette Anwendung der Informatik in der Rechnungsprüfung erzielen wollen, muss die Wichtigkeit berücksichtigt werden, dass alle Werkzeuge für den Benutzer so einfach wie möglich sein müssen. Sollte dies nicht der Fall sein, wird viel Zeit verloren gehen zu lernen, wie diese Softwarepakete funktionieren. In unseren Debatten haben wir gelernt, dass wir alle vollkommen in diese Angelegenheiten verwickelt sind und ich glaube, wir gehen darin überein, dass wir mit der angebrachten Benutzung der bis heute verfügbaren analytischen Werkzeuge die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungsprüfung wesentlich erhöht haben.

Es besteht jedoch noch ein anderes wesentliches Verbesserungspotential in der Rechnungsprüfung. Hier haben wir die Systeme behandelt, die den Rechnungsprüfern je nach Methodologie unterstützen. Diese Systeme erlauben dem Rechnungsprüfer, einige auf das Papier basierende Arbeiten wie Arbeitsdokumente, zu automatisieren und den Zugriff auf

Datenbanken der Rechnungsprüfungstätigkeiten für die Erstellung von Rechnungsprüfungsprogrammen und -berichten.

Aus den Referaten haben wir erfahren, dass wir noch einen langen Weg vor uns haben. Ganz gleich, ob wir das von den Fabrikanten hergestellte Software benutzen oder intern ein eigenes System entwickeln, glaube ich jedoch ganz fest, dass diese Art von Systemen zu einer wirksameren und uniformen Rechnungsprüfung in Übereinstimmung mit der Methodologie derselben beiträgt.

Wir haben diskutiert, dass bezüglich der Informatiklinks zwischen den ORKB und den Rechnungsprüfern im allgemeinen noch viele Herausforderungen bestehen. Hier haben wir erfahren, dass sich einige Probleme auf das Herunterladen und die Auswahl der Daten beziehen.

Es besteht jedoch auch die Frage, wie wir uns in Zukunft mit denjenigen verstehen, die einer Rechnungsprüfung unterzogen wurden. Je mehr Erfahrung wir mit den Systemen und auch mit dem Internet sammeln, erscheint es gemäss den Schlussfolgerungen dieses Seminars, dass sich die Benutzung der Informatikwerkzeuge immer weiter verbreitet auch bezüglich der Kommunikation im Allgemeinen.

Ich bin der Meinung, dass wir bis jetzt nur den Anfang gesehen haben. Ich glaube ausserdem, dass wir uns in Zukunft mehr auf die Aufdeckung von Betrug, die Einschätzung der Sicherheit der Netze und auf die Kontrolle des Elektronikgeschäfts konzentrieren werden.

Ich möchte versuchen, zusammenzufassen:

Von meinem Standpunkt aus gesehen, war dieses Seminar sehr interessant. Nicht nur aufgrund der Themen und der Referate, sondern auch, weil die Debatten während der Sitzungen - und ausserhalb dieser - mir gezeigt haben, dass wir noch viel voneinander lernen müssen und dass wir alle den gleichen Herausforderungen gegenüberstehen. Wir wollen hoffen, dass ausser den auf diesem Seminar erworbenen Kenntnissen es leichter für uns sein wird, unter uns zwecks der Debatte von für die Allgemeinheit interessanten Angelegenheiten und Erfahrungsaustausch Kontakt aufzunehmen. Ich bin davon überzeugt, dass je technologischer die



Anforderungen der Rechnungsprüfung aufgrund ihrer Natur sind, desto mehr nutzen wir grenzüberschreitende gute, professionelle Kontakte.

Und jetzt, Herr Präsident

möchte ich diese Gelegenheit benutzen, Ihnen und Ihrem Personal im Namen aller für ihre Gastgeberschaft und für dieses hervorragende hier in Golawice organisierte Seminar zu danken.

Ich war zutiefst von dem Ausbildungszentrum, dass Sie hier haben, beeindruckt und von der Art und Weise, in der Sie und Ihr Personal sich um jede Einzelheit gekümmert haben, damit wir uns während des Seminars wohl fühlten. Es war sehr angenehm, zusammen mit Ihnen und Ihrem Personal in diesem Ausbildungszentrum sein zu können.

Vielen Dank.

## PROTOKOLL DER XXIII. VERSAMMLUNG DES EUROSAI-PRÄSIDIUMS

### Ljubljana (Slowenien) 29. März 2001

Das EUROSAI-Präsidium hat seine XXIII. Versammlung in Ljubljana am 29. März 2001 abgehalten, mit der Teilnahme der Mitglieder, Beobachter und Gäste, deren Auflistung im Anhang 1 beinhaltet ist.

Herr Antonic, Präsident der ORKB von Slowenien und Herr Logerot, Erster Präsident der ORKB von Frankreich und Präsident der EUROSAI, halten die Einführungsansprachen.

#### 1. Verabschiedung der Tagesordnung der XXIII. Versammlung

Die Tagesordnung der XXIII. Versammlung wird verabschiedet.

#### 2. Verabschiedung des Protokolls der XXII. Versammlung

2.1. Das Protokoll der XXII. Versammlung (16. Februar 2000 in Madrid) wird verabschiedet. In Übereinstimmung mit dem vom Präsidium am 16. Februar 2000 gefassten Beschluss wird dieses Protokoll an alle Mitglieder der Organisation gesandt.

2.2. Bezüglich der Verteilung des Protokolls der XXIII. Versammlung und der Protokolle der nachfolgenden Versammlungen, und zwecks Garantie, dass alle EUROSAI-Mitglieder eine komplette und schnelle Information erhalten, beschliesst

das Präsidium, dass diese in folgender Art und Weise verteilt werden:

– Der von der Präsidentschaft und dem Sekretariat erstellte Protokollentwurf wird an alle Mitglieder, Beobachter und Gäste des Präsidiums binnen einer Frist von einem Monat nach der Versammlung versandt.

– Die Mitglieder, Beobachter und Gäste senden binnen einer Frist von einem Monat nach Erhalt die Kommentare zu diesem Dokument an die Präsidentschaft und das Sekretariat.

– Der aufgrund dieser Kommentare abgeänderte Protokollentwurf wird anschliessend an das Präsidium und an alle Mitglieder der Organisation gesandt. In diesem Versand wird angegeben, dass in Übereinstimmung mit den Statuten der Organisation das vorläufige Protokoll nicht bis zur nächsten Versammlung des Präsidiums verabschiedet wird.

#### 3. Bericht des Generalsekretärs

3.1. Frau García Crespo präsentiert den Bericht des Generalsekretärs, der die seit einem Jahr von der Organisation in Angriff genommenen Aktivitäten und Projekte beinhaltet. Ein Teil dieser Darlegung bezieht sich auf Punkte der Tagesordnung dieser Versammlung.

3.2. Bezüglich der Veröffentlichungen, erklärt Frau García Crespo in Vertretung des Generalsekretärs folgendes:



- Sie informiert das Präsidium, dass die ORKB von Spanien den vierteljährlichen Newsletter der Organisation auf ihrer Webseite veröffentlicht hat, ohne dass sie bis zu diesem Zeitpunkt der Organisation irgendwelche Kosten in Rechnung gestellt hat.

- Sie schlägt dem Präsidium vor, dass aufgrund der erhaltenen Zusendungsanforderungen, der Newsletter ausser auf der Webseite auch auf Papier weiterhin veröffentlicht wird.

Das Präsidium nimmt die Veröffentlichung des Newsletters On-Line auf der Webseite zur Kenntnis sowie den Antrag des Generalsekretariats der weiteren Veröffentlichung dieses Newsletters auf Papier.

Bezüglich der Frage der Veröffentlichungen muss dieser Punkt im Rahmen einer allgemeineren Überlegung über die Budgetperspektiven der Organisation behandelt werden, die unter den Punkten 4, 9 und 10 der Tagesordnung behandelt werden. Es wird beschlossen, dass die Präsidentschaft und das Generalsekretariat bei der nächsten Versammlung des Präsidiums konkrete Vorschläge vorlegen.

#### **4. Präsentieren der Bilanz und des Finanzberichts für das Geschäftsjahr 1999 und Mitteilung des Berichts der Rechnungsprüfer**

Frau García Crespo präsentiert in Übereinstimmung mit Artikel 14 der Statuten den Finanzbericht des Generalsekretärs für das Geschäftsjahr 1999. Dieser Bericht, der Bericht der Rechnungsprüfer und die Bilanz des Geschäftsjahrs 1999 rufen bei den Mitgliedern und Beobachtern des Präsidiums keine Kommentare hervor.

Herr Logerot, Präsident der EUROSAI erklärt, dass abgesehen von dem Budget 1999 die Entwicklung der Aktivitäten der EUROSAI, insbesondere in Bezug auf die Ausbildung, eingehend über den Budget der Organisation nachgedacht werden sollte. Das Problem der Mittel, mit denen diese Aktionen finanziert werden sollen, ist noch wichtiger, wenn man sieht, dass die Hälfte des Budgets gegenwärtig für die Veröffentlichungen bestimmt ist. Diese Überlegungen über das Budget könnte vom Ausbildungsausschuss geleitet werden, der Budgets zur Vorlage bei dem Präsidium



Teilnehmer der Versammlung während der Arbeitssitzungen.

und dem Kongress von 2002 erstellen könnte, mit dem Ziel, die Budgetalternativen des genannten Ausbildungsausschusses aufzuklären.

Herr Otbo, Präsident der ORKB von Dänemark billigt diesen Vorschlag und gibt zu bedenken, dass die ORKB, die Seminare oder Konferenzen organisieren, vorher die Prinzipien kennen sollten, aufgrund der ihnen Unterstützungen für solche Veranstaltungen gewährt werden können.

Frau von Wedel, Präsidentin der ORKB von Deutschland erklärt, dass sie mit der Eröffnung von allgemeinen Überlegungen über den Budget einverstanden ist, dass diese Debatte jedoch zum Tagespunkt 10 führt, konkret zum Projekt der Zusammenarbeit EUROSAI/IDI, in dem diese Aktion zwar unterstützt, jedoch die Überlegungen über das Budget noch nicht in Angriff genommen wurde.

Herr Sinclair, Assistent des Auditor General des NAO von Grossbritannien, ist ebenfalls mit diesem Vorschlag einverstanden, gibt jedoch zu bedenken, dass, obwohl im Rahmen eines jeden dreijährigen Budgets Prinzipien und Vorhersehungen für die Organisation von Konferenzen und Seminaren erstellt werden müssen, jedoch eine gewisse Bewegungsfreiheit fortbestehen sollte, insbesondere für diejenigen Angelegenheiten, die im Moment der Verabschiedung des Budgets noch nicht programmiert waren.

Das Präsidium beschliesst, prospektive Überlegungen über den Budget der Organisation anzustellen. Es beauftragt den Ausbildungsausschuss mit der Erstellung von Vorschlägen aufgrund der Entwicklung des Budgets der Organisation, sowohl der Einnahmen als auch der Ausgaben. Diese Vorschläge werden in der nächsten Versammlung des Präsidiums überprüft werden. Unter der gleichzeitigen Beibe-



haltung gewisser Flexibilitätsmöglichkeiten, müssen insbesondere die von der EUROSAI in Angriff genommenen Aktionen der Ausbildung einerseits und andererseits die Definition der Kriterien für die Gewährung von Unterstützungen für die von den Mitglieds-ORKB organisierten Events vorgesehen werden.

Der Ausbildungsausschuss kann von den Mitglieds-ORKB Vorschläge für die Erstellung seiner Vorschläge einholen.

### 5. Überprüfung des Beitrittsantrags der ORKB von Aserbaidschan

Frau García Crespo informiert im Namen des Generalsekretärs, dass die ORKB von Aserbaidschan, deren Beitrittsantrag dem Präsidium in dieser XXIII. Versammlung vorgelegt wird, die in Artikel 3 der EUROSAI-Statuten festgelegten Bedingungen zwecks Beitritt zur Organisation erfüllt. Die ORKB von Aserbaidschan ist Mitglied der INTOSAI und akzeptiert die Statuten der EUROSAI.

Herr Logerot, Präsident der EUROSAI erklärt, dass die ORKB von Aserbaidschan effektiv die für ein Mitglied der EUROSAI geforderten Bedingungen erfüllt. Diese ORKB ist ebenfalls Mitglied der ASOSAI und demzufolge ist sie ab diesem Moment Mitglied von zwei regionalen Organisationen, wie dies auch andere Institutionen der EUROSAI oder ORKB von anderen regionalen Organisationen sind. Gemäss der von dem Generalsekretariat der INTOSAI zur Verfügung gestellten Information wirft diese doppelte Mitgliedschaft kein besonderes Problem auf.

Demzufolge billigt das Präsidium in Übereinstimmung mit Artikel 3 der EUROSAI-Statuten den Beitritt der ORKB von Aserbaidschan. Der Generalsekretär wird mit der Mitteilung dieses Beschlusses an die ORKB betraut.

### 6. Information bezüglich des Kongresses in Moskau 2002

Herr Stepashin, Präsident der ORKB der Russischen Föderation, Erster Vizeprä-

sident der EUROSAI, präsentiert einen Bericht über die Vorbereitungen des Kongresses. Er teilt mit, dass seine Institution ein detailliertes Programm für die Vorbereitung des Kongresses ausgearbeitet hat und dass eine Arbeitsgruppe gegründet wurde, die mit der Anwendung des Programms beauftragt ist. Ausserdem hat die Regierung für diese Vorbereitung eine Reihe von Massnahmen ergriffen. Die vom Präsidium für die Abhaltung des Kongresses vorgeschlagenen Daten sind die Tage vom 27. bis 31. Mai 2002.

Er erklärt, dass das Thema des Kongresses "Die ORKB und die Kontrolle der Vollstreckung des Staatshaushalts" ein grundsätzliches für die Arbeit der ORKB der Länder Zentral- und Osteuropas ist.

Der Präsident der ORKB von Portugal, Herr de Sousa unterstreicht, dass das Thema des Kongresses für die ORKB der Länder der Europäischen Union wichtig ist und zwar in einem Moment, in dem diese Länder die Einheitswährung, den EURO, einführt.

Das Präsidium nimmt die oben genannten Vorbereitungen zur Kenntnis, billigt die vorgeschlagenen Daten (27. bis 31. Mai 2002) sowie die folgenden Unterthemen für den Kongress:<sup>1</sup>

- Die Rolle der ORKB in der Vorbereitung seitens der Regierung der Haushaltsvorschläge und im Examen dieser seitens des Parlaments.

- Die Kontrolle während und nach der Vollstreckung des Staatshaushalts.

- Die Anwendung von Informatiktechnik in den Kontrollverfahren der Vollstreckung des Staatshaushalts (dieses Unterthema wird auf dem Seminar, das vor dem Kongress stattfindet, und in Warschau im September 2001 abgehalten wird, behandelt.

Das Präsidium beschliesst ebenfalls:

- Dass auf Vorschlag von Frau von Wedel, Präsidentin der ORKB von Deutschland, die Organisatoren des Kongresses eine gewisse Freiheit bei der Wahl von Unterthemen (2 oder 3) haben sollte.

- Dass auf Vorschlag von Herrn Otbo, Präsident der ORKB von Dänemark, der Kongress das Thema der Zentralisierung

<sup>1</sup> Diese drei Unterthemen wurden dem Präsidium in einem Schreiben vom 12. Oktober 2000, gerichtet an den Präsidenten der EUROSAI und den Präsidenten der ORKB der Russischen Föderation, erster Vizepräsident der EUROSAI, vorgelegt.





oder Dezentralisierung des staatlichen Buchhaltungssystems wählt. Diese Angelegenheit konkretisiert sich nicht in einem spezifischen Unterthema, sondern wäre mehr ein Element des 2. Unterthemas.

### **7. Information über die Abhaltung des vor dem Kongress abzuhaltenden Seminars, das im September 2001 in Warschau stattfinden wird**

Der Präsident der ORKB von Polen, Herr Wojciechowski, präsentiert die Vorbereitungen für das Seminar, das eines der Unterthemen des Kongresses im Jahr 2002 behandelt und zwar "Die Anwendung der Informatik in der Kontrolle der Vollstreckung des Staatshaushalts".

Er informiert das Präsidium über die Gründung einer mit dieser Vorbereitung betrauten technischen Gruppe, die aus verschiedenen ORKB besteht. Er berichtet, dass mittels eines gemeinsamen Schreibens vom 24. März 2001, der Präsident der EUROSAI und er persönlich an alle EUROSAI-Mitglieder eine Einladung zur Teilnahme an diesem Seminar versandt haben, das in Warschau, vom 25. bis 27. September 2001 stattfinden wird. Der 27. September wird für einen Touristenbesuch reserviert. Dieses Einladungsschreiben wird von einem Fragebogen begleitet und es wird gebeten, diesen bis zum 20. April zu beantworten. Die endgültige Tagesordnung wird nach Prüfung der Antworten auf den genannten Fragebogen festgelegt.

Der Präsident der ORKB von Portugal, Herr de Sousa unterstreicht, dass die Anwendung der Informatiktechnik in der Rechnungsprüfung eine wichtige Frage der Beziehungen zwischen dem Rechnungsprüfer und dem Geprüften aufwirft, die auf dem Seminar behandelt wird.

Das Präsidium nimmt von den vorbeschriebenen Vorbereitungen Kenntnis.

### **8. Bericht über die Abhaltung der Tagung in Madeira (31. Mai bis 1. Juni 2001) über "die Beziehungen zwischen den verschiedenen Bereichen der Kontrolle der öffentlichen Mittel (europäischer, nationaler, regionaler und lokaler)"**

Der Präsident der ORKB von Portugal, Herr de Sousa, präsentiert die von seiner

Institution und einer ad hoc-Arbeitsgruppe geleiteten Arbeiten für die Vorbereitung dieser Konferenz. Das Programm dieser, das vier Arbeitssitzungen beinhaltet, wird während dieser Versammlung an die Mitglieder, Beobachter und Gäste des Präsidiums verteilt. Herr de Sousa erinnert daran, dass die Organisation der Regionalen Rechnungskontrollbehörden (EURORAI) sich dieser Vorbereitung angeschlossen hat und circa 15 Teilnehmer nach Madeira senden wird. Das Dolmetschen findet in den fünf Amtssprachen der EUROSAI und in portugiesisch statt und die Dokumente werden in englischer und französischer Sprache präsentiert.

Herr de Sousa möchte das Einverständnis des Präsidiums bezüglich der Einladung in der Eigenschaft eines Beobachters des Präsidenten der ORKB der Bundesstaaten von Brasilien zu der Konferenz erhalten.

Das Präsidium ist mit dieser Einladung einverstanden und nimmt von den vorgenannten Vorbereitungen Kenntnis.

### **9. Vorschlag auf Gewährung von Subventionen für die unter den Punkten 7 und 8 der Tagesordnung behandelten Konferenz und das Seminar**

Frau García Crespo schlägt im Namen des Generalsekretärs vor, dass das Präsidium zwei Subventionen gewährt, eine in Höhe von (10.000 US-\$) für die ORKB von Polen, die das vor dem Kongress stattfindende Seminar organisiert, das in Warschau im September 2001 abgehalten werden soll und auf das sich der Punkt 7 der Tagesordnung bezieht und eine weitere (5.000 US-\$) für die ORKB von Portugal, die die Konferenz in Madeira im Mai 2001 organisiert, auf die sich der Punkt 8 der Tagesordnung bezieht.

Das Präsidium billigt diese beiden Subventionen.

### **10. Vom Ausbildungsausschuss vorgenommene Aktivitäten**

Frau Fradin (Präsidentschaft der EUROSAI), die zusammen mit Frau Marta Fernández Pirla (Sekretariat der EUROSAI) dem durch den in Madrid am



16. Februar 2002 gefassten Beschluss gegründeten Ausbildungsausschuss (CEF oder ETC in Englisch) vorsitzt, präsentiert als Einführung zu diesem Punkt der Tagesordnung die vom Präsidium für den Ausbildungsausschuss gesteckten Ziele, sowie auch die Arbeitsmodalitäten dieses Ausschusses, insbesondere der Untergruppen.

10.1. Erstes von der EUROS AI (Gola-wice, Polen, 20. – 21. Februar 2001) organisierte Ausbildungstreffen: "IT in Auditing" (IT in der Rechnungsprüfung).

Der Präsident der ORKB von Polen, Herr Wojciechowski, informiert über die von der ad-hoc-Untergruppe des Ausbildungsausschusses für die Vorbereitung dieses 1. Ausbildungstreffens angewandten Methode, die Entwicklung dieses Events sowie die erhaltenen Resultate, die aufgrund der Antworten auf den an die Teilnehmer gesandten Fragebogen beurteilt wurden. Ein Grossteil der teilnehmenden 27 ORKB war mit diesem ersten Ausbildungstreffen zufrieden, erwartet, dass die EUROS AI weitere Meetings organisiert und möchte, dass ein Debattenforum über das Thema des Seminars eröffnet wird.

#### 10.2. *Ausbildungswebseite*

Frau Fradin (ORKB von Frankreich) erläutert die Bedingungen, unter denen die Webseite für die Ausbildung geschaffen wurden, die von Frankreich eingerichtet wurde und über die Internetseite der Organisation zugänglich ist. Diese Seite beinhaltet internationale und nationale Information. Die mit dieser Aufgabe betraute Untergruppe des Ausbildungsausschusses erstellte dank der technischen Unterstützung seitens der ORKB von Dänemark das Layout dieser Seite. Die Information erscheint in Kürze On-Line.

#### 10.3. *Zusammenarbeit EUROS AI/Entwicklungsinitiative der INTOSAI (IDI)*

Herr Borge, Generaldirektor der IDI, präsentiert die Bedingungen, in denen ein Ausbildungsprogramm für Ausbilder in den ORKB der EUROS AI unter dem Namen "Langfristiges Regionales Ausbildungsprogramm (englische Abkürzung: LTRTP) von vierjähriger Dauer durch die Untergruppe des Ausbildungsausschusses, für die Zusammenarbeit EUROS AI/IDI angetrieben wurde, wie dem EUROS AI-Präsidium bereits mit Schreiben vom 14. September 2002 mitgeteilt wurde.

Herr Borge erklärt, dass das Ziel dieser Zusammenarbeit mit dem LTRTP auf der Versammlung der Verbindungsbeamten der Kandidatenländer zum Eintritt in die Europäische Union, Zypern und Malta im Oktober 2000 in Prag (Tschechische Republik) präsentiert wurde, sowie auch dem Kontaktkomitee der gleichen ORKB, dessen Versammlung in Sofia (Bulgarien) während des 7. und 8. Dezember 2000 stattfand.

Die erste Phase dieses Plans, das heisst, der Workshop des strategischen Programms (englische Abkürzung: SPW) fand in Oslo vom 11. bis 13. Dezember 2000 statt. Teilnehmer waren elf ORKB und sechs Beobachter. Der Bericht über den SPW (der unter anderem in einem Anhang die Definition der Funktionen der verschiedenen Partner im Follow-up des LTRTP und die Themen der geforderten Ausbildungssitzungen beinhaltet) wurden dem Präsidium zugesandt.

Herr Borge erläutert, dass die Finanzierung des LTRTP nicht garantiert ist, es wurden jedoch von der IDI Anträge auf Unterstützung an das norwegische Aus-senministerium gerichtet (insbesondere für die Finanzierung der 2. Phase des LTRTP, der "course design and development workshop", [CDD], der für das zweite Halbjahr 2001 angesetzt ist), sowie auch an andere Finanzierungsorganismen. Die ORKB von Grossbritannien und der Niederlande, Mitglieder des Präsidiums des IDI, werden die von der IDI an die Europäische Kommission gestellten Subventionsanträge unterstützen.

Nach der Präsentation dieser während 2000/2001 durchgeführten Aktivitäten des Ausbildungsausschusses präsentiert Frau Fradin die Vorschläge der von dem Ausbildungsausschuss zukünftig auszuführenden Tätigkeiten.

Nach Anhören dieser Vorschläge und Debatte derselben fasst das Präsidium die folgenden Beschlüsse:

– Bezüglich der *Finanzierung der Ausbildungsaktivitäten*:

Der Ausbildungsausschuss muss innerhalb des Rahmens der aufgrund des Exams des Punktes 4 der Tagesordnung auf-erlegten Haushaltsmission Vorschläge für die politische-finanzielle Materie der Organisation erstellen, die ihm die Garantie der zukünftigen Ausbildungsaktivitäten er-



möglichen. Er muss die globale finanzielle Belastung bewerten sowie den Teil der Finanzierung, die den ORKB, der EUROSAI und gegebenenfalls anderen Partnern zufällt. Der Ausbildungsausschuss muss seine Vorschläge über dieses Thema bei der nächsten Versammlung des Präsidiums vorlegen.

– Bezüglich der *Kontinuität des 1. in Golawice (Polen) organisierten Ausbildungstreffens*

Im Jahr 2002 wird eine 2. Ausbildungssitzung organisiert, die das Thema "Value for Money Audit" behandeln und in Ungarn stattfinden wird. Diese wird mit den gleichen Methoden vorbereitet, die auch schon bei der Veranstaltung in Golawice angewendet wurden.

Im Jahr 2003 wird die 3. Ausbildungssitzung stattfinden. Sie wird das Thema "Die Beurteilung der internen Kontrolle" behandeln und in der Tschechischen Republik stattfinden.

Diese beiden auserwählten Themen sind ein Teil der Ausbildungsthemen, die am meisten von den ORKB der EUROSAI in den Antworten auf den Fragebogen über die Ausbildungserfordernisse gefordert wurden, der während des Sommers 1999 an diese versandt wurde.

– Bezüglich der *Ausbildungswebseite auf der Internetseite* der Organisation:

Die Information über Ausbildung wird weiterhin On-Line auf der Internetseite der ORKB von Frankreich verbleiben, mit Ausnutzung, wie der Vertreter der ORKB von Grossbritannien erläutert, der Beispiele der bereits geschaffenen Internetseiten durch andere regionale Organisationen wie ASOSAI.

In Kürze wird ein Debattenforum über das Thema des in Golawice organisierten Ausbildungstreffens über das Thema "IT in Auditing" eröffnet, das über die Internetseite der EUROSAI zugänglich ist und von der ORKB von Dänemark eingerichtet wird.

– Bezüglich des *Ausbildungsprogramms für Ausbilder, initiiert im Rahmen der Kooperation mit der IDI (LTRTP)*:

Angesichts der Resultate des "Strategic Planning Workshops", der in Oslo im Dezember 2000 abgehalten wurde, billigt das Präsidium den Vorschlag des Ausbil-

dungsausschusses, zusammen mit der IDI mit der im Jahr 2000 begonnenen Erstellung des Ausbildungsprogramms für Ausbilder fortzuführen.

### **11. Aktivitäten der Arbeitsgruppe über Umweltkontrolle**

Herr Wojciechowski, Präsident der ORKB von Polen, präsentiert den Bericht über die Aktivitäten der Arbeitsgruppe für Umweltkontrolle, die seine Institution präsidiert. Er erinnert unter anderem an die Resultate der verschiedenen abgehaltenen Versammlungen und der seit einem Jahr durchgeführten Arbeiten: Versammlung des Koordinators und Subkoordinators in Bukarest (Rumänien) im Januar 2000, gemeinsame Prüfungen des Übereinkommens von Helsinki und MARPOL-Abkommens, Teilnahme an der Versammlung der INTOSAI-Arbeitsgruppe über Umweltkontrolle in Kapstadt (Südafrikanische Republik) im April 2000, Versammlung aller Mitglieder der EUROSAI-Arbeitsgruppe im Oktober 2000 in Warschau.

Er erwähnt die Perspektiven der Arbeitsgruppe, insbesondere die Europäische Konferenz über Umweltskontrolle, die in Oslo im Mai 2001 stattfand.

### **12. Resultate des Fragebogens über die Beziehungen zwischen den ORKB und den Universitäten und dementsprechende Vorschläge**

Frau Fradin (ORKB Frankreich) präsentiert die Resultate des Fragebogens, den das Präsidium in seiner Versammlung vom 16. Februar 2000 beschloss, an die Mitglieder der Organisation zu senden, um die Art der Beziehungen mit der Universität kennenzulernen, die Handlungsvorschläge seitens der EUROSAI in dieser Materie zu bewerten und die in Artikel 1-4 und 1-7 der Statuten festgelegten Ziele zu erfüllen.

Angesichts der einerseits festgestellten Wichtigkeit der bereits zwischen den ORKB und den Universitäten bestehenden Beziehungen und andererseits des Interesses eines Grossteils der ORKB, dass die EUROSAI die Information über dieses



Thema erweitert, beschliesst das Präsidium folgendes:

- Auf den “Ausbildungsseiten” der Internetseite der Organisation (Sektion: News) eine Sektion “Beziehungen mit der Universität” einzuschliessen. Diese Seite wird die Information beinhalten, die die ORKB dem französischen Rechnungshof (an die folgende Adresse: *formationeurosai@ccomptes.fr*) über zwei Themen zusenden: Die mit oder von den Universitäten organisierten, mit den öffentlichen Mitteln verbundenen Seminare oder Konferenzen; die Thesen, Forschungsarbeiten oder Veröffentlichungen der Universitäten, die die Mitglieds-ORKB interessieren könnten.

- Zu versuchen, wie dies bereits im Kongress in Paris im Jahr 1999 und in der Konferenz in Madeira im Mai 2001 gemacht wurde, Universitätsstudenten zu jeder von der EUROSAI veranstalteten Konferenz, Seminar oder Kongress einzuladen.

- Das Thema der Beziehungen mit den Universitäten in die Tagesordnung der nächsten Versammlungen des Präsidiums einzuschliessen, damit dieses die Fortschritte prüft, die in der engeren Gestaltung der Beziehungen zwischen den ORKB und den Universitäten gemacht werden.

### 13. Beschluss bezüglich der Vertretung der EUROSAI im Präsidium der INTOSAI

Herr Logerot, Präsident der EUROSAI informiert das Präsidium darüber, dass der Präsident und Generalsekretär der INTOSAI die Ernennung von zwei *ausgewählten* Mitgliedern der EUROSAI beantragt haben, damit diese Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI werden, das auf dem im Oktober 2001 in Seoul stattfindenden Kongress dieser Organisation erneuert wird. Die gewählten europäischen Mitglieder, die gegenwärtig am Präsidium der INTOSAI teilnehmen, sind Portugal und Norwegen und diese Mitglieder haben deshalb die Eigenschaft der Beobachter im Präsidium der EUROSAI.

Der Präsident der EUROSAI erklärt zuerst, dass drei europäische Institutionen ab Oktober 2001 *ordnungsgemässe* Mitglieder des INTOSAI-Präsidiums sein sollten: Die ORKB von Österreich, Gene-

ralsekretär der INTOSAI; die ORKB von Ungarn, die den INTOSAI-Kongress für 2004 organisiert; die IDI, deren Präsidentschaft die ORKB von Norwegen innehat und die nach dem Kongress von Seoul aufgrund einer auf diesem Kongress vorzuschlagenden Änderung der Statuten über einen permanenten Platz im Präsidium der INTOSAI verfügen würde.

Der Präsident der EUROSAI erläutert anschliessend die Wichtigkeit der Wahl der Mitglieder im Präsidium, denn diese Mitglieder werden gewählt, damit sie die regionale Organisation in ihrer gesamten Verschiedenheit vertreten. Er hebt hervor, dass für Europa der Umstand, zwei gewählte Mitglieder zu haben, eine Nötigkeit ist: Die Wichtigkeit dieser Region sowie die institutionelle Verschiedenheit der Obersten Rechnungskontrollbehörden machen die Lage, über eine europäische Vertretung, bestehend aus zwei Mitgliedern der zehn für das INTOSAI-Präsidium ausgewählten zu verfügen, zu einer normalen. Die Statuten der INTOSAI legen ausserdem fest, “dass die wichtigsten Organisationstypen der staatlichen Finanzkontrolle, denen die Obersten Rechnungskontrollbehörden angehören, tatsächlich im Präsidium vertreten sind”.

Zwecks Vertretung der Verschiedenartigkeit schlägt der Präsident der EUROSAI dem Präsidium die Kandidaturen des Rechnungshofs von Portugal und des National Audit Office von Grossbritannien vor, sowohl aufgrund der dynamischen Aktivität dieser beiden ORKB in Europa und der Welt als auch darauf, dass sie für die zwei institutionellen Strukturen repräsentativ sind, die hauptsächlich in Europa existieren: Die Jurisdiktionen und die “Audit Offices”.

Dieser Vorschlag wird einstimmig vom Präsidium angenommen und einige Mitglieder dieses unterstreichen, wie wesentlich es für die EUROSAI aufgrund der angeführten Gründe ist, von zwei Institutionen im INTOSAI-Präsidium vertreten zu sein, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Demzufolge wird dem Präsidenten der INTOSAI in einem Schreiben des Präsidenten und des Generalsekretärs der EUROSAI die Wahl der ORKB von Portugal und Grossbritannien mitgeteilt werden.



#### 14. Ort und Datum der nächsten Versammlung des Präsidiums

Das Präsidium akzeptiert einstimmig den Vorschlag der ORKB von Dänemark, die nächste Versammlung des Präsidiums zu veranstalten.

Diese wird die erste der drei im Jahr 2002 stattfindenden Versammlungen sein: Die erste in Kopenhagen, Ende Februar oder Anfang März; die zweite und dritte in Moskau unmittelbar vor und nach dem Kongress.

#### 15. Verschiedenes

– 15-1 *Projekt "2. Tagung der EUROSAI-OLACEFS"*.

Frau García Crespo präsentiert den von Frau Carmen Higaonna de Guerra, Präsidentin der ORKB von Peru und Präsidentin der OLACEFS an die EUROSAI gemachten Vorschlag für die Veranstaltung einer 2. Tagung der EUROSAI-OLACEFS in Cartagena de Indias (Kolumbien) im Juni 2001.

Die Mitglieder des Präsidiums erklären ihr grosses Interesse, an dieser Tagung und an der Kontinuität der 1. Tagung der EUROSAI-OLACEFS, die in Madrid im Februar 2000 stattfand, teilzunehmen.

Einige Mitglieder des Präsidiums weisen jedoch auf die Schwierigkeit hin, das Datum im Juni 2001 zu reservieren und zwar einerseits aufgrund eines Teils der bereits von der EUROSAI für diese Periode organisierten Veranstaltungen (konkret die Konferenz in Madeira) und andererseits aufgrund des Erfordernisses über eine ausreichende Frist für die gemeinsamen mit der OLACEFS zu treffenden Vorbereitungen der Themen und Materien für diese 2. Tagung zu verfügen.

Demzufolge beschliesst das Präsidium, dass der Präsident und Generalsekretär der EUROSAI zusammen die Präsidentin der OLACEFS das Interesse der EUROSAI an dieser Tagung mitteilen, dass jedoch eine Versammlung dieses Ausmasses am anfänglich vorgesehenen Datum (Juni 2001) nicht stattfinden kann und das Datum hierfür in der zweiten Hälfte des Jahres 2002, nach dem Kongress der EUROSAI günstiger wäre und eine angebrachte Vorberei-

tung der Themen der Zusammenarbeit erlauben würde.

Zwecks der Aufrechterhaltung eines regelmässigen Kontakts mit der OLACEFS wird der Präsidentin der OLAFECFS in dem gleichen Schreiben eine Einladung zur Teilnahme am EUROSAI-Kongress im Jahr 2002 zugesandt.

#### 15.2. *Abhaltungsort des nächsten EUROSAI-Kongresses im Jahre 2005*

Der Generalsekretär der EUROSAI informiert über den Vorschlag der ORKB von Deutschland, den nächsten EUROSAI-Kongress im Jahr 2005 auszurichten.

Die Präsidentin der ORKB von Deutschland, Frau von Wedel, präsentiert den Vorschlag, den nächsten Kongress in Berlin zu organisieren.

Das Präsidium nimmt diesen Vorschlag einstimmig an, der in Erfüllung des Artikels 9-7 der Statuten dem Kongress vorgelegt werden wird.

#### 15-3 *Information seitens der ORKB von Portugal über das Follow-up der Arbeiten der INTOSAI über die Unabhängigkeit ("task force")*

Der Präsident der ORKB von Portugal, Herr de Sousa erklärt, wie seine Institution die Verbindungsmission zwischen den Arbeiten der EUROSAI über die Unabhängigkeit und die "Task Force" der INTOSAI über dieses gleiche Thema durchgeführt hat, mit der das EUROSAI-Präsidium seine Institution im Februar 1999 betraute. Diese Verbindungsarbeit hat erlaubt, die Resultate des in Lissabon im Jahr 1998 veranstalteten EUROSAI-Seminars und die des Kongresses im Jahr 1999 zu berücksichtigen.

Die endgültige von der "Task Force" erstellte Fassung des Berichtprojekts wird dem INTOSAI-Präsidium in der Versammlung vor dem Kongress in Seoul vorgelegt werden.

*Information, die der Präsidenten der EUROSAI dem Präsidium über die Angelegenheit des Beitritts des Europäischen Rechnungshofs zur INTOSAI vorlegt.*

Herr Logerot, Präsident der EUROSAI informiert das Präsidium, dass Herr Karlsson, Präsident des Europäischen Rechnungshofs (ERH) dem Komitee gegenüber seinen Wunsch geäussert hat, dass der ge-



nannte Rechnungshof als Mitglied der INTOSAI beitrifft.

Er erläutert, dass es sich um eine einfache dem Präsidium der EUROSAI vorlegte Information handelt, denn dieses hat nicht die Kompetenz, diese Angelegenheit zu prüfen.

Der Präsident der EUROSAI erinnert daran das, obwohl die Statuten der EUROSAI ausdrücklich von Anfang an die Möglichkeit vorsahen, dass der ERH Mitglied der Organisation würde, wie er dieses jetzt auch ist, so ist dieses jedoch nicht der Fall der INTOSAI-Statuten, eine Organisation die nur "den Obersten Rechnungskontrollbehörden aller Staaten offen steht, die Mitglieder der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen sind". Der

Beitritt des ERH stellt demzufolge bezüglich der gegenwärtigen Fassung der Statuten der INTOSAI ein Problem dar.

Aufgrund der Debatte über dieses Problem unter den Mitgliedern des Präsidiums erscheint es, dass die EUROSAI nicht die Kompetenz für die Behandlung dieses Themas hat, das sich auf die Angelegenheit der INTOSAI-Statuten bezieht. Demzufolge und obwohl die ORKB, die Mitglieder der Europäischen Union und in diesem EUROSAI-Präsidium vertreten sind, im Prinzip kein Hindernis für diesen Beitritt sehen, obliegt es jedoch den zuständigen Organen der INTOSAI, sich über die Annahmefähigkeit des Antrags auf Beitritt des europäischen Rechnungshofs auszusprechen.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN DES SEMINARS ÜBER "DIE INFORMATIONSPOLITIK DER OBERSTEN RECHNUNGSKONTROLLBEHÖRDEN UND DIE KONTAKTE MIT DEN MEDIEN"

Golawice, 25. – 26. April 2001

### Rechtsgrundlagen für die Aktivität der ORKB im Bereich der Zurverfügungstellung von Information

Trotz der Differenz der in bestimmten Ländern adoptierten Gesetzesregulierungen, ist die Rede- und Pressfreiheit einer der Grundwerte, die im Allgemeinen vom Grundgesetz garantiert werden. Der Sinn dieser Lösung ist der Wille, den Zugang der Gesellschaft zur Information über das Funktionieren der mit staatlichen Haushaltsmitteln finanzierten Institutionen zu garantieren und somit zu Gunsten der Bürger zu handeln. Der Informationszugang wird im Allgemeinen mit Hilfe der Kommunikationsmedien durchgeführt. Die Voraussetzungen des Berufsgeheimnisses (zum Beispiel das Staats- oder Bankgeheimnis) und der persönliche Datenschutz sind die einzigen Grenzen des Rechts auf Information. Während die Information über die Resultate der Rechnungsprüfung, die sich auf objektive belegende Daten basiert, direkt ist, so bestehen jedoch grössere Komplikationen, wenn sich die Folge-

rungen auf subjektive belegende Daten basieren und das Resultat der Rechnungsprüfung weniger klar ist. Dieses darf jedoch nicht die Veröffentlichung dieser Folgerungen verhindern und die Funktionsprüfung wäre ohne Subjektivität sehr schwierig.

### Die Information der Kommunikationsmedien über die Resultate der Prüfung: Gefahren und Möglichkeiten

Die Information, die über die Resultate der Rechnungsprüfung veröffentlicht wird, gibt Anlass zu einer Reihe von Möglichkeiten:

- Verhütung von inkorrekten Praktiken
- Information
- Motivierung der Angestellten
- Verbreitung von guten Praktiken
- Imagebildung



- Überzeugung der Geprüften durch spezialisierte Medien, sie bedeutet aber auch eine Reihe von Gefahren

- Vorzeitige Veröffentlichung
- Skandalsuche
- Mangel an Objektivität
- Club der Journalisten

- Die Geprüften könnten beleidigt werden.

Die Presseveröffentlichungen tragen zu einer wachsenden Wirksamkeit der Rechnungsprüfungsaktivitäten bei, die Auffindungen erreichen ein breiteres Publikum und nicht nur die Rechnungsprüfer, die Geprüften und die betroffenen Körperschaften. Die grösste Bedrohung für die ORKB sind jedoch die nicht sehr ehrlichen Veröffentlichungen, die mittels der Verdrehung des Sinns derjenigen Aspekte, die von der ORKB hervorgehoben wurden, den Skandal suchen. Ein anderes getrenntes Problem ist dasjenige einer vermutlichen Manipulation der Resultate der Rechnungsprüfung, sowohl aus der Perspektive des im Bericht Hervorgehobenen als auch des Veröffentlichungsdatums.

Die Folgerung des Seminars ist, dass die Gelegenheiten die Bedrohungen übertreffen und dass wir weiterhin mit den Medien zusammen arbeiten müssen.

### **Kontaktmanagement mit den Kommunikationsmedien**

Der Kontakt mit den Kommunikationsmedien ist das wichtigste Element der Public Relations der ORKB. Die Beziehungen der ORKB mit den Medien sollten auf klaren Regeln beruhen. Es müssen die Rechte beider Seiten bewahrt werden: Die der Medien und die der ORKB. Kein Medium sollte bei dem Zugang zur Information bevorzugt werden. Es existieren verschiedene Techniken, die von der ORKB im Kontaktmanagement mit den Medien benutzt werden können:

- Ausbildung von Journalisten

- Initiative ergreifen, nicht nur reagieren

- Das Veröffentlichte berichtigen
- Vorbereitung von besonders für die Presse geeignetem Material
- Benutzung des Internet

### **Die Wirksamkeit der Public Relations (Beurteilung)**

Es gibt mehrere Ziele in der Public Relation-Beurteilung, die folgendes beinhalten:

- Impakt des Rechnungsprüfungsberichts – Die Änderung, die dieser hervorruft;
- Bericht an die Direktion über den Wirksamkeitsgrad des Pressebüros;

Die Beurteilung der Wirksamkeit der Public Relations ist ein integraler Teil dieser Aktivitäten. Sie zeigt auf, ob die in der Planungsphase des Beginns, insbesondere bezüglich der Aufrechterhaltung der Kontakte mit den Medien identifizierten Aufgaben korrekt ausgeführt wurden. Die Resultate der Beurteilung werden ebenfalls als Anfangsmaterial für Planungsaufgaben benutzt.

Es existiert keine perfekte Methode, die es erlaubt, die Wirksamkeit der vom Pressechef und der Public Relationdienste vorgenommenen Handlungen zu messen. Im Beurteilungsprozess der Wirksamkeit der Public Relations werden einige Methoden angewandt und die erreichten Resultate ist der Effekt der Kombination der verschiedenen Faktoren.

Es gibt mehrere wichtige in der Wirksamkeitsanalyse der Public Relation verwendete Massnahmen, die die Resultate der Umfragen der öffentlichen Meinung, die Presseausschnitte und die Besucher der Webseite beinhalten.

Die Delegierten hatten verschiedene Ideen über die ersten Empfänger der Rechnungsprüfungsberichte. Für die einen ist die Öffentlichkeit und für die anderen sind die Entscheidungsträger die wichtigsten.



## EUROSAI-TAGUNG IN MADEIRA VOM 31. MAI-1. JUNI 2001

*Die EUROSAI-Tagung in Madeira*, die in Funchal, Hauptstadt der portugiesischen Autonomen Region von Madeira vom 31. Mai bis 1. Juni 2001 stattfand, vereinte 26 Oberste Rechnungskontrollbehörden (ORB), Mitglieder der EUROSAI, unter denen sich der Europäische Rechnungshof und 16 Regionale Rechnungskontrollbehörden (RRB), Mitglieder der EURORAI befanden.

Dieser Tagung wohnte ebenfalls der Präsident der Vereinigung der Rechnungshöfe von Brasilien in der Eigenschaft eines Beobachters bei.

Im Rahmen des Themas: *“Die Beziehungen zwischen den verschiedenen Kontrollbereichen der öffentlichen Mittel”* wurden während vier Arbeitssitzungen die folgenden Themen behandelt:

– *Wie die Regierungssysteme die Organisationsformen der Kontrolle der öffentlichen Mittel beeinflussen;*

– *Artikulation und Zusammenarbeit der Finanzkontrolle zwischen den verschiedenen Institutionen der externen Kontrolle;*

– *Die gegenseitige Abhängigkeit der Haushalte (der gemeinschaftlichen, nationalen, regionalen und lokalen) und deren Auswirkung auf die externe Kontrolle;*

– *Die Kontrolle der regionalen und lokalen Verwaltung durch verschiedene Institutionen der externen Kontrolle.*

Eine kurze Rede von Professor Marcelo Rebelo de Sousa der Jurafakultät der Universität von Lissabon, eröffnete die Debatten.

Nach Behandlung der oben angeführten vier Themen zogen die an der Tagung teilnehmenden Delegierten folgende Schlüsse:

1) Verschiedene Regierungssysteme führen zu verschiedenen Organisationsformen der externen Kontrolle der öffentlichen Mittel.

2) Im Allgemeinen prüfen die Kontrollinstitutionen die Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungsorgane, damit auf einer jeden Ebene die beschliessende Versammlung die Finanzgebarung verabschieden kann, oder die über Gebarung der Verwaltungen durch die Rechnungsprüfungsberichte informiert wird.

3) Unabhängig von der Struktur des Staats existieren immer unter der Zentralregierung und, je nach Fall, den Bundesstaaten oder den regionalen oder lokalen Verwaltungen aufgeteilte Kompetenz- und Finanzierungsbereiche.

4) Demzufolge sehen sich die Institutionen der externen Kontrolle in jedem



Gruppenfoto der Tagungsteilnehmer.



Staat gezwungen, ihre Arbeit zu vereinen und sie können sich nicht gegenseitig ignorieren.

5) Es können von dem Gesetz oder den Statuten vorgesehene Koordinationsmechanismen bestehen, die jedoch in der Praxis für die Garantie der vollkommenen Kontrolle der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf einer jeden Ebene nicht ausreichen sind, um dem externen Kontrollsystem die Garantie des möglichst wirksamsten Gebrauch der öffentlichen Mittel zu Gunsten aller Bürger zu garantieren.

6) In diesem Sinne ist es angebracht, eine Zusammenarbeit zu etablieren, die sich auf eine Beziehung des Vertrauens und eine vertragliche und pragmatische

Grundlage stützt. Dieses betrifft ebenfalls im Umfeld der Europäischen Union die Beziehungen mit dem Europäischen Rechnungshof.

7) Es existieren bereits Mechanismen und Erfahrungen der Zusammenarbeit auf verschiedenen Bereichen und zwischen verschiedenen Kontrollebenen. Diese könnten mehr entwickelt werden.

8) In Zukunft wäre es wünschenswert, wenn der Erfahrungsaustausch über konkrete professionelle Themen (wie das Gesundheitswesen, Bildungswesen, die Infrastrukturen...) organisiert werden würde. EUROSAI und EURORAI vereinen ihre Kompetenzen zur Erreichung dieser Ziele.

## SEMINAR VOR DEM EUROSAI-KONGRESS

### *Rechnungsprüfung der Vollstreckung des Staatshaushalts mit der Anwendung von Informatiktools*

**Warschau, 25. bis 27. September 2001**



15

#### Allgemeine Schlussfolgerungen

Das Seminar vor dem EUROSAI-Kongress "Rechnungsprüfung der Vollstreckung des Staatshaushalts mit der Anwendung von Informatiktools" fand in Warschau vom 25. bis 27. September 2001 statt und an diesem nahmen 32 ORKB und die Kontroll- und Rechnungskammer von Moskau teil. Es wurden Themen des Zugriffs zur Information, die Analyse der Information und Stichprobennahme sowie die Experimente, Lösungen und Perspektiven in der Rechnungsprüfung der Vollstreckung des Staatshaushalts unter Verwendung von Informatiktools behandelt. Insgesamt erfolgten 9 Präsentierungen, es wurden 19 Länderdokumente übergeben und es entstand eine interessante Debatte. Das Seminar war eine gute Gelegenheit zu beobachten, wie trotz der verschiedenen existierenden nationalen Ansichtspunkte viele gemeinsame Probleme bestehen und wie die Lösungsfindung für diese leichter sein kann, wenn wir weiterhin unsere Erfahrungen austauschen.

Diese Schlussfolgerungen bilden bei ihrer Präsentation auf dem EUROSAI-Kon-

gress in Moskau im nächsten Jahr eine gute Grundlage für die Behandlung des Themas des Kongresses "Die Rechnungsprüfung der Vollstreckung des Staatshaushalts".

Während des Seminars konnten wir wenigstens in allgemeiner Weise die tägliche Praktik, die Umstände und Probleme der anderen kennenlernen, wir tauschten unsere Erfahrungen in der Rechnungsprüfung aus und präsentierten unsere verschiedenen Gesichtspunkte bezüglich gleicher Ziele. Wir hatten ebenfalls die Gelegenheit, die Probleme eines jeden zu verstehen und zu versuchen, hierfür eine Lösung zu finden.

Zusammen mit der Einführung der Informatiktools und Förderung dieser in der Rechnungsprüfung der Vollstreckung des Haushalts muss berücksichtigt werden, dass diese Mittel zu einem Zweck dienen und nicht ein Zweck in sich selbst sind. Sie müssen dem Rechnungsprüfungsverfahren einen Wert hinzufügen und mit dem Ziel benutzt werden, zu den klar in der Rechnungsprüfung identifizierten spezifischen Endzwecken beizutragen. Sie müssen uns ebenfalls eine Chance geben, mit den Fort-

schritten und der Auswahl der geeigneten Werkzeuge Schritt halten zu können.

### **Resultate und allgemeine Schlussfolgerungen:**

#### *1) Bezüglich des Zugangs zur Information:*

– Ein jedes Land hat ein gesetzliches Mandat für den Zugang zur Information, die für die Rechnungsprüfung der Vollstreckung des Staatshaushalts erforderlich ist. Die Formen und die Art des Zugangs unterscheiden sich jedoch erheblich voneinander. Wenn den ORKB Hindernisse in den Weg gestellt werden, müssen sie die geeigneten, in der Gesetzgebung vorgesehenen Massnahmen ergreifen, damit ihnen ein vollständiger Zugang zur Information zwecks Erfüllung und Wirksamkeit der Mission gewährt wird.

– Der kostenlose Zugang zu den Daten kann als ein normales Abkommen angesehen werden, denn eine jede beteiligte Institution wird aus dem Staatshaushalt finanziert. Der Zugang zu den Daten ist jedoch gleichzeitig eine Dienstleistung, die manchmal mit erheblichen Kosten verbunden ist und diese müssen von irgend jemandem bezahlt werden. In den ORKB bestehen verschiedene Lösungen hierfür.

– Immer häufiger wird die in Frage kommende Information auf einem Datenträger (digital) zur Verfügung gestellt. Die informatische Ausbildung der Rechnungsprüfer ist demzufolge unumgänglich. Die ORKB haben verschiedene Ebenen bezüglich des informatischen Könnens der Rechnungsprüfer erreicht. Hierfür sind Ausbildungsstrategien, Mittel und Material erforderlich.

– Die Standardsoftware verhelfen zu einem wirksameren Prozess der Information, die in den individuellen Buchhaltungsunterlagen enthalten ist und ermöglichen eine wirksamere Rechnungsprüfung der Vollstreckung des Staatshaushalts.

– Die technischen Probleme bezüglich der informatischen Infrastruktur, die Handhabung, die Übersendung und die Umsetzung der Daten sind von besonderer Wichtigkeit. Die Lösungen müssen entworfen, durchgeführt und auch gemanagt und benutzt werden und das Kosten- und Wirksamkeitsproblem kann nicht vermieden werden.

– Bezüglich des Zugangs zur Information, müssen folgende Schlüsselaspekte gelöst werden:

I) Eine angebrachte gesetzliche Grundlage;

II) Gesamtheit, Zuverlässigkeit und Kompatibilität der ausgewählten Datenbanken;

III) Konsens mit den Geprüften über die geeigneten Zugangsmittel und Übersendung der Daten;

IV) Einführung der entsprechenden Mittel für die Garantie der Sicherheit und Vertraulichkeit der Daten, zu denen man Zugang hat.

#### *2) Bezüglich der Datenanalyse und der Benutzung der Stichprobennahme*

– Auf dem Seminar prüften die vertretenen ORKB ihre verschiedenen Verfahren, Erfahrungen und die Entwicklungsstadien in der Anwendung von Informatiktools bei der Analyse von Daten und der Stichprobennahme.

– Es existieren viele Faktoren, die die Art und den Grad der Verwendung von Informatiktools für die Analyse der Daten und die Benutzung von Stichprobennahme seitens der ORK beeinflussen, einschliesslich das juristische Umfeld und die Philosophie der Rechnungsprüfung einer jeden ORKB, die Bedingungen der Berichterstattung an das Parlament sowie auch die Erfordernisse des Geprüften und des allgemeinen Publikums.

– Die präsentierten Dokumente konzentrierten sich hauptsächlich auf das Erfordernis eines Rahmens, der die Gültigkeit der Datenanalyse garantiert. Dieses ist zwecks Vermeidung einer nicht angebrachten Benutzung der Datenanalyse und wenig wirksamer Bemühungen notwendig.

Die Entwicklung von Informatiktools für die Analyse und Stichprobennahme muss mit der Entwicklung des Konzepts und der Methodologie Hand in Hand gehen und erlauben, dass die Rechnungsprüfungsergebnisse relevant und nutzbringend sind.

#### *3) Bezüglich der Erfahrungen, Lösungen und Perspektiven:*

Es ist äusserst wichtig, eine für eine wirtschaftliche und wirksame Anwendung der verfügbaren Informatiktools geeignete Atmosphäre zu schaffen. Dieses bedeutet auch die Findung von geeigneten Lösun-



gen bezüglich des Zugangs zu den Daten, der Einführung von geeigneten Techniken und der Kontrahierung und Ausbildung von Rechnungsprüfern.

Bezüglich der Einführung von geeigneten Techniken, können die zu lösenden Fragen wie folgt zusammengefasst werden:

I) Ein klares Verständnis der Struktur der in Frage kommenden automatisierten Datenbanken;

II) Bestimmung der Art der gewünschten Prüfungen;

III) Auswahl der besten Lösung, die die vorhergehenden Themen berücksichtigt.

IV) Auswahl der besten Lösung unter den kommerziellen und massgeschneiderten Programmen;

V) Betrachtungen über in welchem Mass die computergestützte Rechnungsprüfung von Informatikberufspersonen oder von Rechnungsprüfern im Allgemeinen benutzt werden darf.

Bezüglich der Kontrahierung und Ausbildung der Rechnungsprüfer muss die Lösung folgendes berücksichtigen:

I) Die Kompliziertheit des Informatikmittels;

II) Der Grad und die Kompliziertheit der Aufgaben der durchzuführenden computergestützten Rechnungsprüfung.

III) Die Kenntnisprofile in der Informatik des existierenden Personals;

IV) Das Erfordernis, die angebrachte Ausbildung innerhalb einer angemessenen Zeit zur Verfügung zu stellen;

V) Der Wille, externe Informatikspezialisten zu kontrahieren und/oder die Möglichkeit, die Aufgaben der computergestützten Rechnungsprüfung weiterzuvergeben.

Die fortlaufende Entwicklung der Informationstechnik erhöht die zukünftigen Möglichkeiten, wirtschaftlichere und wirksamere Rechnungsprüfungen vorzunehmen, sie erfordert aber auch grosse und dauernde Investitionen in die Ausrüstung mit Computern und Software.

Es werden grosse Investitionen in Personal und insbesondere in eine fortlaufende geeignete Berufsausbildung erforderlich sein, zusammen mit einem von oben nach unten laufenden Engagement der Direktion. Diese Bedingungen sind für eine angebrachte Benutzung der Informatiktools in der Rechnungsprüfung der Vollstreckung des Staatshaushalts ausschlaggebend.



## Ausbildungsaktivitäten der EUROSAI Prag, Oktober-Dezember 2001

In Prag wurden kürzlich zwei Events abgehalten, die den Beginn einer neuen Etappe in der Entwicklung der Ausbildungsaktivitäten der EUROSAI markieren:

– Vom 22. Oktober bis zum 30. November nahmen 26 junge Rechnungsprüfer der Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) der Anwärterländer auf den Eintritt in die Europäische Union an dem ersten *Workshop des langfristigen regionalen Ausbildungsprogramms* teil, der von der EUROSAI und der Entwicklungsinitiative der INTOSA (IDI) veranstaltet

wurde. Dieses Programm, das mit erheblicher Arbeit seitens des Ausbildungsausschusses der EUROSAI, der IDI und der Hilfe der norwegischen Regierung ins Leben gerufen wurde, erlaubt seit Ende des Jahres die Schaffung eines Netzes von «Ausbildungsspezialisten», dass in allen den genannten ORKB zur Erweiterung der Kenntnisse und technischen Kenntnisse (savoir-faire) beitragen kann, die der Ursprung unserer Legitimität sind.

- In der folgenden Woche konnte der vom französischen und spanischen Rechnungshof<sup>1</sup>, präsierte *Ausbildungsaus-*

<sup>1</sup> Dieser vom Präsidium im vergangenen Jahr gegründete Ausschuss, der dieses Präsidium informieren muss, besteht aus 8 ORKB: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Polen, Portugal, Spanien, Tschechische Republik und Vereinigtes Königreich.

*schluss der EUROSAI* die vielversprechenden Resultate dieses Workshops überprüfen, ein gutes Vorzeichen für den Erfolg des Programms, sowie den Fortschritt aller in der Versammlung in Paris im Juni des vergangenen Jahres angefangenen Angelegenheiten: Haushaltsreform der EUROSAI, Vorbereitung der folgenden Etappen des Programms mit IDI, Organisation

der nächsten thematischen Ausbildungsveranstaltungen, Schaffung der Webseiten und des Debattenforums..... Ein ungeduldig erwartetes Programm, dass den klaren Wunsch ausdrückt, in unserem Kompetenzbereich zu handeln und zusammen ein erweitertes, offenes und brüderliches Europa aufzubauen.

## Mitteilung über das zweite Ausbildungsseminar der EUROSAI (Managementprüfung) in Budapest, vom 18. bis 20. September 2002

Die zweite Ausbildungsveranstaltung der EUROSAI findet in der ungarischen Hauptstadt, Budapest, vom 18. bis 20. September 2002 statt. Die gemeinsamen Veranstalter, die Oberste Rechnungskontrollbehörde von Ungarn und das National Audit Office von Grossbritannien in Zusammenarbeit mit dem EUROSAI-Präsidium werden ungefähr 30 Rechnungsprüfer zur Teilnahme an dem Seminar über die Managementkontrolle einladen. Gegenstand dieses Seminars ist die Vorstellung der neuesten Fortschritte in den quantitativen und qualitativen Methodologien in der Entwicklung der Funktionsprüfung sowie auch die Verwendung von Umfragen, Parameter und Masse der Wirtschaftlichkeit. Die Referenten kommen aus Grossbritannien, Frankreich, Portugal und Ungarn.

Dieses Seminar wurde als praktisches Seminar für Rechnungsprüfer auf dem Gebiet der Managementkontrolle gestaltet. Mit diesem Zweck wird erwartet, dass die Benutzung der Fallmethodologie zur Teilnahme animiert. Vor Schluss des Seminars ist ebenfalls eine offene Debatte mit den Teilnehmern über die wesentlichen behandelten Themen vorgesehen.

Dieses Seminar wird in einem attraktiven Stadtteil von Budapest abgehalten. Die Einschreibgebühren betragen 120 EURO/pro Tag. Dieser Preis schliesst die Übernachtung und drei Mahlzeiten täglich ein.

Der offizielle Einladungsbrief wird im Januar 2002 auf der EUROSAI-Webseite für Ausbildung veröffentlicht.



18

## NACHRICHTEN DER EUROSAI-MITGLIEDER DIE BRÜCKE, DIE EUROPA VEREINT

Am 10. April 2001, schlossen der Präsident des SAO von Slowakien, Herr Jozef Stahl und der Präsident der ORKB von Ungarn, Herr Arpád Kovacs ein Abkommen der gemeinsamen Rechnungsprüfung bezüglich der Verwendung von europäischen Mitteln für den Wiederaufbau der Maria-Valeria-Brücke. Diese Brücke über die Donau wird die südlichste Stadt von Slowakien Štúrovo mit der ungarischen Stadt Esztergom verbinden.

Die Geschichte dieser Brücke ist sehr interessant. Zuerst wurde von dem türkischen Herrscher in Budin im Jahr 1585 eine Bootsbrücke gebaut. Die kaiserliche Armee zerstörte diese Brücke im Jahr 1664. Die Türken erbauten sie jedoch neu. Im Jahr 1683 wurde diese Brücke erneut während der Schlacht von Štúrovo von durchziehenden türkischen Truppen zerstört. Im Jahr 1762 wurde ein von Kabeln gezogenes Boot gebaut. Diese neue Boots-

brücke wurde 1842 in Betrieb genommen. Im Jahr 1893 wurden Bohrproben für den Bau einer festen Brücke vorgenommen. 1894 wurden beide Brückenträger und die Brückenpfeiler gebaut. Der Bau wurde von "Machine-Works der Königlichen Eisenbahnen von Ungarn" vorgenommen. Die höchste Höhe der Brückenpfeiler der fast 500 m langen Brücke betrug 15 m und es wurde für den Bau mehr als 2 500 t Stahl verwendet. Die Brücke wurde am 16. Februar 1896 eingeweiht. Während der ersten 60 Jahre wurde die Brücke zwei Mal gesprengt und zwar am 22. Juni 1919 und 26. Dezember 1944. Ab dem letztgenannten Datum lag die Brücke in Trümmern.

Seit 1964 wurden verschiedene Renovierungsvorschläge vorgelegt. 1995 wurde einem Beschluss stattgegeben, PHARE-Mittel zu beantragen und am 25. August 1999 unterzeichneten Experten beider Länder den Vorvertrag für den Wiederaufbau. Am 16. September 1999 feierten die Premierminister die Ratifizierung in einem an den Brückenruinen verankertem Boot. Es ist vorgesehen, der Brücke beim Wiederaufbau ihre alte Form zu geben.

Das Projekt wurde von auf ungarischer Seite von Pont-TERV-Rt. und von slowakischer Seite von Dopravoprojekt ausgearbeitet. 1999 stellte die dänische Beratungsgesellschaft COWI CONSULT LTD den Entwurf der Dokumente der Angebotsaufforderung in Übereinstimmung mit den PHARE-Normen und der Vorbedingungen und den technischen Normen der EU fertig. Die Ausschreibung fand im Sommer 2000 statt.

Beide Regierungen gründeten eine gemischte, in Pressburg stationierte Programmvollstreckungseinheit (Programme Implementation Unit - PIU). Der slowakische Delegierte ernannte die für diese PIU verantwortliche Person und sein ungarischer Kollege ernannte den Stellvertreter. Diese Institution hat acht Mitglieder. Das

Aufgabenbereich wird in einem zwischen der Europäischen Kommission und den Regierungen beider Länder festgelegtem Memorandum definiert.

In Ungarn ist die Organisation, die den Bau ausführen wird, der Betreiber der öffentlichen Autostrassen, Komárom-Esztergom (KEMÁK Kht.), in dessen Vertretung Transport Consulting Management Ltd. (Transport Consulting Administration - UTIBER kft) handelt.

In Slowakien ist der Baubeauftragte die slowakische Strassenverwaltung, vertreten durch Dopravoprojekt jsc. Beide Vertreter bilden das gemischte Technische Büro, dessen Aufgaben in einem getrennten Vertrag festgelegt sind.

Die zwischen beiden Ländern aufgeteilten Kosten betragen 11.638.000 EURO. Der Beitrag der EU beläuft sich auf 5.500 000 EURO.

Seitens Ungarn wird der Bau vom Ministerium für Transport und Gewässerverwaltung garantiert und der Bürge seitens Slowakien ist das Ministerium für Transport, Post und Kommunikationen.

Das Vertragsdatum für die Baubeendigung ist der 31. Oktober 2001. Nach diesem Datum werden die zu diesem Projekt zugeschossenen Mittel von beiden Obersten Rechnungskontrollbehörden geprüft. Zu gegebener Zeit werden wir über die Resultate berichten.

Die Präsidenten beider Länder erklärten gemeinsam folgendes: **"Diese Brücke drückt den gemeinsamen Willen aus, die europäischen Nationen zu vereinen und nicht zu trennen"**. Beide Regierungschefs gaben ihrem Wunsch Ausdruck, dass in Zukunft nicht gegen die Finanzregeln verstossen wird.

**"Der Symbolismus liegt nicht nur darin, dass die Brücke gemeinsam gebaut wird, sondern dass sie ohne diese Unzulänglichkeiten errichtet wird"**.



## Europäischen Union

### NEUE ZUSAMMENSETZUNG UND NEUER PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOFES (ERH)

Der Rat der Europäischen Union hat nach Anhörung des Europäischen Parlaments mit Wirkung vom 1. Januar 2002 fünf neue Mitglieder des ERH ernannt, und zwar Herrn Lars Tobisson (Schweden), Frau Dr. Hedda von Wedel (Deutschland), Herrn David Bostock (Vereinigtes Königreich), Herrn Morten Louis Levysohn (Dänemark) und Herrn Ioannis Sarmas (Griechenland). Ferner hat der Rat das Mandat der Herren Hubert Weber (Österreich), François Colling (Luxemburg), Maarten B. Engwirda (Niederlande) und Jean-François Bernicot (Frankreich), Mitglieder des ERH, erneuert. Die Verteilung der Aufgabenbereiche der Mitglieder des ERH in seiner neuen Zusammensetzung und Informationen zur Wahl des Präsidenten sind auf der Website <http://www.eca.eu.int/DE/ORGANIGRAMME/organigram.htm> zu finden.

In dieser neuen Zusammensetzung wählte der Hof Herrn Juan Manuel FA-

BRA VALLÉS (spanisches Mitglied des ERH) zum 9. Präsidenten des Organs. Die Amtszeit von Herrn Fabra Vallés als Präsident beginnt am 16. Januar 2002 und endet am 15. Januar 2005, Wiederwahl ist zulässig.

Herr Fabra Vallés wurde im März 2000 zum Mitglied des Europäischen Rechnungshofes ernannt und übernahm den für den Europäischen Entwicklungsfonds zuständigen Prüfungssektor (2000-2002). Davor war Herr Fabra Vallés Mitglied des Europäischen Parlaments (1994-2000) und in dieser Zeit gehörte er u.a. sowohl dem Haushaltsausschuss als auch dem Ausschuss für Haushaltskontrolle an. Von 1982-1994 war er Abgeordneter im spanischen Parlament.



Herrn Fabra Vallés.



20

### NEUER GENERALSEKRETÄR DES ERH

Der Europäische Rechnungshof ernannte ab dem 1. Juli 2001 Herrn Michel HERVÉ zum Generalsekretär der Institution für eine Periode von sechs Jahren. Herr HERVÉ ist Nachfolger von Herrn Edouard RUPPERT, der im Europäischen Rechnungshof während 24 Jahren verschiedene Posten bekleidete und jetzt in den Ruhestand tritt. Herr RUPPERT war seit Februar 1994 Generalsekretär des Europäischen Rechnungshofs. Für weitere Information bitte die Webseite des Europäischen Rechnungshofs konsultieren.

[http://www.eca.eu.int/EN/COMPRESS/ELECTIONS/cv\\_sg\\_mhen.htm](http://www.eca.eu.int/EN/COMPRESS/ELECTIONS/cv_sg_mhen.htm)



Michel Hervé,  
Generalsekretär  
des ERH.

## FIRMENPRAKTIKAPLÄTZE FÜR RECHNUNGSPRÜFER DER ANWÄRTERLÄNDER IM EUROPÄISCHEN RECHNUNGSHOF (ERH)

Mit Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Obersten Rechnungskontrollbehörden (ORKB) der Anwarterländer und dem Europäischen Rechnungshof, präsentierte der ERH ein neues Programm für die Prüfer der Obersten Rechnungskontrollbehörden, damit diese im ERH für eine Periode von fünf Monaten arbeiten können. Das Ziel dieses Programms ist, dass den Rechnungsprüfern der Anwarterländer Gelegenheit gegeben wird, sich mit dem Prüfungskonzept des ERH, mit dem Funktionen der verschiedenen UE-Fonds und mit der Anwendung dieser sowohl innerhalb der EU als auch ausserhalb dieser und in den Kandidatenländern vertraut machen zu können. Es vermittelt ebenfalls eine wertvolle Arbeitserfahrung in einer multikulturellen Umgebung und bietet die Gelegenheit, die interne Organisation des ERH kennenzulernen.

Das erste Praktikaprogramm begann im September 1999 und Ende 2001 hatten jedes Jahr 15 Rechnungsprüfer aus zehn Kandidatenländern das Praktikaprogramm für Rechnungsprüfer im ERH absolviert. Demzufolge werden Anfang 2004 (Datum für den Beitritt der ersten Anwarterländer) 20 Rechnungsprüfer der Kandidatenländer das Programm erfüllt haben.

Bei Beendigung des Praktikaprogramms kehren die Rechnungsprüfer wieder in ihre nationale ORKB zurück und sie werden dazu angehalten, das erworbene Wissen und die Erfahrung mit ihren Kollegen zu teilen. Die besagten Rechnungsprüfer begleiten den ERH häufig bei Rechnungsprüfungsbesuchen in ihren entsprechenden Kandidatenländern in Vertretung ihrer nationalen ORKB und sie helfen dem ERH, seine Prüfungsarbeiten wirtschaftlich und wirksam durchzuführen.



## VERSAMMLUNG DER VERBINDUNGSBEAMTEN DER ORKB DER EU UND DES ERC

Während des Jahres 2001 versammelten sich die Verbindungsbeamten der

ORKB der EU und des ERC zweimal zur Behandlung von Themen, die mit der Zu-



Gruppenfoto.

sammenarbeit und dem Fortschritt der Arbeitsgruppen verbunden waren, die von den Präsidenten gegründet wurden. Diese Versammlungen wurden ebenfalls für die Information über kürzliche Veranstaltungen und Entschlüsse der ORKB und für die Vorbereitung der im Dezember 2001 stattgefundenen Versammlung des Kontaktkomitees genutzt.

Die erste dieser Versammlungen fand am 4. und 5. Mai 2001 statt. In dieser Versammlung untersuchten die Verbindungsbeamten die Resultate der Arbeitsgruppen für die Zusammenarbeit mit den Kandidatenländern und die parallelen Rechnungsprüfungen in der Gebarung der Strukturfonds. Die Arbeitsgruppe für die Zusammenarbeit mit den Kandidatenländern ist in enge Verbindung mit den von den ORKB der Kandidatenländern geschaffenen Arbeitsgruppen getreten, konkret mit derjenigen der Rechnungsprüfungsaktivitäten. Ziel dieser Gruppe ist der Abschluss der Phase für den Informationsaustausch zwischen den ORKB der EU und den ORKB der Kandidatenländer und die Umsetzung dieser Information in die Praxis.

Die Verbindungsbeamten erwägen ebenfalls die Möglichkeit, ein Transeuropäisches Intranet zwischen den ORKB für den Informationsaustausch in einem sicheren Umfeld zu schaffen. Der ERH informierte die Verbindungsbeamten über die vorgeschlagenen Reformen seines Rechnungsprüfungshandbuchs, die Änderung der Finanzregulierung der EU und die Konsequenzen des Abkommens von Nizza für den ERH.

Die zweite Versammlung wurde von dem italienischen Rechnungshof in Rom organisiert und fand am 24. und 25. September statt. Hauptziel dieser Versammlung war hauptsächlich die Vorbereitung der Versammlung des Kontaktkomitees, die Anfang Dezember 2001 in London stattfinden sollte. Die Verbindungsbeamten bezogen sich auf die Fortschritte der verschiedenen Arbeitsgruppen und der Beschlüsse, die dem Kontaktkomitee vorgelegt werden sollten. Es wurde ebenfalls die zukünftige Zusammenarbeit zwischen den nationalen ORKB der EU und dem ERH und über die Schaffung einer neuen Arbeitsgruppe für die Koordinierung der Aktivitäten auf dem Gebiet der Ordnungswidrigkeit und des Betrugs behandelt.



## TAGUNG DES EU-KONTAKTKOMITEES AM 4. UND 5. DEZEMBER 2001 IN LONDON

Die jährliche Tagung wurde vom National Audit Office (NAO) des Vereinigten Königreichs organisiert. Den Vorsitz führ-

te der Comptroller and Auditor General des Vereinigten Königreichs, Sir John Bourn. Zu der vom Präsidenten des Eu-



Gruppenfoto von der Tagung des Kontaktausschusses.



ropäischen Rechnungshofs (ERH), Herrn Jan O. Karlsson, geleiteten Delegation des ERH gehörten die Mitglieder Herr John Wiggins, Herr Giorgio Clemente und Herr Jean-François Bernicot.

Zu folgenden Berichten wurden förmliche Entschlüsse angenommen: "Zusammenarbeit mit den Bewerberländern" (Berichterstatter: NAO, VK), "Parallele Prüfungen bei der Verwaltung der Strukturfonds" (Berichterstatter: Cour des

Comptes, Frankreich), "Weiterverfolgung der Entschließung von 1998 zur Zusammenarbeit zwischen den ORKB und dem ERH" (Berichterstatter: ERH), "Digitales Netz TESTA für den Informationsaustausch zwischen den ORKB und dem ERH" (Berichterstatter: ERH) und "Koordination der Arbeit der ORKB im Bereich Fehler, Unregelmäßigkeiten und Betrug" (Berichterstatter: Corte dei Conti, Italien).

## SITZUNG DER VERBINDUNGSBEAMTEN DER ORKB DER LÄNDER MITTEL- UND OSTEUROPAS (MOEL), ZYPERNS, MALTAS UND DES ERH AM 28. UND 29. JUNI 2001 IN TALLINN

Ebenso wie mit den ORKB der EU-Mitgliedstaaten hat der ERH einen institutionellen Rahmen für die Zusammenarbeit mit den ORKB der Länder Mittel- und Osteuropas, Zyperns und Maltas geschaffen. In diesem Zusammenhang sind Tagungen der Präsidenten dieser ORKB, Sitzungen der Verbindungsbeamten sowie die Einrichtung von Arbeitsgruppen vorgesehen. Die Verbindungsbeamten dieser Einrichtungen trafen während des Jahres 2001 zweimal zusammen, um ver-

schiedene Aspekte ihrer Zusammenarbeit zu besprechen und die Tagung der ORKB-Präsidenten vorzubereiten, die Ende November auf Zypern stattfand. Zu beiden Sitzungen wurden auch Vertreter der von den ORKB der EU eingerichteten Arbeitsgruppe "Zusammenarbeit mit den Anwärterländern" und Vertreter von EUROSAI/IDI (Intosai-Entwicklungsinitiative) und SIGMA (Programm zur Förderung der Berufsausbildung für öffentliche Verwaltungen in den Ländern Mittel- und



Gruppenfoto aus Tallinn.

Osteuropas) eingeladen. Durch die Anwesenheit der Vertreter der EU-Arbeitsgruppe konnte eine direkte Verbindung zu den entsprechenden Sitzungen der EU-Verbindungsbeamten hergestellt werden. Außerdem sollen dadurch die Verbindungen zwischen den betreffenden ORKB intensiviert werden. Dies dürfte die Einbindung der ORKB der Bewerberländer in die bestehende Struktur der EU-ORKB erleichtern.

Die erste Sitzung der Verbindungsbeamten fand am 28. und 29. Juni in Tallinn statt und sollte dazu dienen, die verschiedenen im Rahmen der Zusammenarbeit eingeleiteten Arbeiten zu besprechen. Die beiden Arbeitsgruppen, die von den Präsidenten auf ihrer Tagung im Dezember 2000 in Sofia eingerichtet wurden, mussten einige grundsätzliche Fragen klären. Diese Fragen wurden erörtert und spezifische Maßnahmen für eine möglichst große Wirksamkeit der Arbeitsgruppen vereinbart. Es war jedoch klar erkennbar, dass diese Arbeitsgruppen wohl zu mehr oder weniger ständigen Einrichtungen werden, da sie den Integrationsprozess in den kommenden Jahren begleiten werden. Die Verbindungsbeamten diskutierten auch einige erste Entwürfe für Berichte über das Verhältnis zwischen den parlamentarischen

Ausschüssen und den ORKB einerseits und den Verfahren, Techniken und Bewertungskriterien für Selbstbeurteilungen andererseits. Zu beiden Berichten fand im November auf Zypern ein Meinungsaustausch der Präsidenten der ORKB statt.

Im Übrigen kamen die Vertreter der Intosai-Entwicklungsinitiative (IDI) zu Wort. Die Teilnehmer wurden informiert, dass ab dem 22. Oktober 2001 in Prag ein sechswöchiger Workshop zum Thema Kursgestaltung stattfindet. Dieser Workshop ist ein weiterer Schritt zur Einführung von IDI-Maßnahmen in der EUROSAI-Region. Weitere Workshops und Maßnahmen sollen folgen.

Außerdem wurde bestätigt, dass das Programm SIGMA, das die ORKB der beitriftswilligen Länder in den letzten Jahren bei der Vorbereitung des Beitritts zur EU unterstützt hat, diesen ORKB und dem bestehenden Netz für die Zusammenarbeit auch weiterhin zugute kommen wird. SIGMA ermöglicht die elektronische Diskussionsgruppe (EDG) für die Zusammenarbeit und leistet(e) im Rahmen der beiden Arbeitsgruppen sowie bei der Ausarbeitung der beiden Berichte für die Tagung der Präsidenten der ORKB auf Zypern aktive Unterstützung.



## **TAGUNG DER PRÄSIDENTEN DER ORKB DER LÄNDER MITTEL- UND OSTEUROPAS, ZYPERNS, MALTAS UND DES ERH AM 26. UND 27. NOVEMBER 2001 IN LIMASSOL, ZYPERN**

Auf der sechsten jährlichen Tagung führten die Präsidentin des Rechnungshofes der Republik Zypern, Frau Chrystalla Georghadji, und der Präsident des ERH, Herr Jan O. Karlsson, gemeinsam den Vorsitz. Die 13 ORKB der Bewerberländer und die Gast-ORKB führten mit der Delegation des ERH Gespräche über eine bessere Zusammenarbeit zur Verbesserung der Prüfung der Verwaltung der EU-Mittel durch die Bewerberländer. Dies ist eine der wichtigsten Aufgaben, die im Fortschrittsbericht der Kommission zur Erweiterung herausgestellt wurden. Herr Maarten Engwirda, für den Prüfungssektor Beitrittsländer zuständiges Mitglied des

ERH, und Frau Kalliopi Nikolaou, Mitglied des ERH, nahmen an der Tagung teil. Das für den Haushalt zuständige Kommissionsmitglied, Frau Michaela Schreyer, und Frau Diemut Theato, Vorsitzende des Ausschusses für Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments, waren ebenfalls anwesend.

Präsident Karlsson wies in seiner Rede darauf hin, dass die bereits erstellten und verabschiedeten Berichte und Empfehlungen zusammen eine solide Grundlage für die Verbesserung der Systeme der Finanzkontrolle bilden. Der nächste Schritt sei nun die vollständige Umsetzung dieser



Gruppenfoto der Tagungsteilnehmer.

Berichte und Empfehlungen innerhalb der internen und externen Kontrolleinrichtungen in den Bewerberländern. Die auf der Tagung förmlich angenommenen Entschlüsse sind im Internet unter

folgender Adresse abrufbar: [http://www.eca.eu.int/EN/COMPRESS/VISITESTOFF/2001/cyprus\\_resolution.pdf](http://www.eca.eu.int/EN/COMPRESS/VISITESTOFF/2001/cyprus_resolution.pdf).



## ARBEITSBESUCHE DES ERH BEI DEN KANDIDATENLÄNDERN UND BESUCHER DIESER BEI DEM ERH

Die Erweiterung der EU macht die vorgesehenen Fortschritte und der ERH versucht, seine Verbindungen mit den Schwesterorganisationen in den Kandidatenländern zu vertiefen. Die Rechnungsprüfung der nationalen internen Kontrollsysteme, die für die ordnungsgemäße Gebarung der EU-Mittel funktionieren muss, erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen Institutionen, auch schon vor dem Beitritt. In diesem Kontext besuchten Herr Jan O. Karlsson, Präsident des Europäischen Rechnungshofs, und Herr Maarten B. Engwirda, Mitglied des Rechnungshofs, die ORKB von Zypern, der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Malta, Rumänien, Lettland und Litauen. Ausserdem besuchten die Präsidenten der ORKB von Polen, Ungarn und Slowenien den Sitz des Europäischen Rechnungshofs in Luxemburg.

Während dieser Besuche versammelte sich die Delegation des ERH ausser mit

den Vertretern der nationalen ORKB auch mit den Vertretern der nationalen Parlamente und der Ministerien, die für die Gebarung der EU-Mittel verantwortlich sind. Die in diesen Versammlungen behandelten Themen waren folgende:

- Die Rolle der nationalen ORKB bezüglich des Funktionierens der nationalen Finanzkontrollsysteme.
- Das Mandat und die Rolle der nationalen ORKB und deren Beziehungen mit den nationalen Parlamenten.
- Prüfung der EU-Mittel in den Anwärterländern und die Rolle der nationalen ORKB in diesem Kontext.
- Die Zusammenarbeit zwischen den nationalen ORKB und dem Europäischen Rechnungshof.

Während der Besuche der nationalen ORKB bei dem ERH in Luxemburg erhielten die Delegationen Information über das Funktionieren der Institution, über ih-

re Arbeitsmethoden, die Methodologie, die für die Zuverlässigkeitserklärung (DAS) angewendet wird und über die Prüfung der EU-Mittel auf den verschiedenen Haushaltsgebieten. Es wurden ebenfalls die möglichen Formen einer Zusammenar-

beit in der Prüfung der EU-Mittel untersucht und der ERH hat den ORKB der Kandidatenländer die gemeinsame Teilnahme an spezifischen Prüfungsaufgaben vorgeschlagen.



# Die Präsidentin des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung

DR. HEDDA VON WEDEL

Ex - Präsidentin des Bundesrechnungshofes

Heute Mitglied des Europäischen Rechnungshofs

Am 10. Juli 2001 habe ich Bundeskanzler Gerhard Schröder ein Gutachten mit dem Titel "Organisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes (Schwerpunkt Lebensmittel)" übergeben und anschließend das Gutachten der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Gutachten habe ich in meiner Funktion als "Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung" erstattet. Diese Funktion stelle ich neben den wesentlichen Ergebnissen des Gutachtens vor.

## I.

### I.1

Am 10. Juli 2001 habe ich Bundeskanzler Gerhard Schröder ein Gutachten mit dem Titel "Organisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes (Schwerpunkt Lebensmittel)" übergeben und anschließend das Gutachten der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Gutachten habe ich in meiner Funktion als "Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung" erstattet. Diese Funktion stelle ich neben den wesentlichen Ergebnissen des Gutachtens vor.

### I.2

Nach einer Tradition, die bis in die Weimarer Republik zurückreicht, übt der jeweilige Präsident des Bundesrechnungshofes zugleich das Amt des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung aus. Über die Bestellung des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung entscheidet die Bundesregierung. Mit dem damaligen Präsidenten des Bundesrechnungshofes, Josef Mayer, wurde am 17. Juni 1952 durch Bundeskanzler Adenauer erstmals für die Bundesrepublik Deutschland ein "Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung" ernannt. Ich selber wurde mit

meinem Einverständnis am 26. Januar 1994 zur Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung berufen.

Wodurch sich nun diese Funktion als Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung von meiner Funktion als Präsidentin des Bundesrechnungshofes unterscheidet, stelle ich im Folgenden anhand des Gutachtens "Organisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes (Schwerpunkt Lebensmittel)" dar.

### I.3

Ende letzten Jahres, auf dem Höhepunkt der BSE-Krise in Deutschland, hat mich der Bundeskanzler gebeten, eine "Schwachstellenanalyse im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Lebensmittelsicherheit" durchzuführen. Dieser Bitte bin ich nachgekommen. Allerdings wäre mir die Wahrnehmung dieser Aufgabe als Präsidentin des Bundesrechnungshofes nicht ohne Weiteres möglich gewesen. Artikel 114 des deutschen Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 bestimmt, dass der Bundesrechnungshof, dessen Mitglieder richterliche Unabhängigkeit besitzen, die Rechnung sowie die Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung prüft. Eine Beratungsfunktion des Bundesrechnungshofes hat der Verfassungsgeber nicht vorgesehen. Die

*Diese Funktion als Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung von meiner Funktion als Präsidentin des Bundesrechnungshofes unterscheidet, stelle ich im Folgenden anhand des Gutachtens "Organisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes (Schwerpunkt Lebensmittel)" dar.*



Möglichkeit der Beratung durch den Bundesrechnungshof wurde erst am 19. August 1969 mit Inkrafttreten der Bundeshaushaltsordnung geschaffen, dessen § 88 Absatz 2 Satz 1 lautet: "Der Bundesrechnungshof kann auf Grund von Prüfungserfahrungen den Bundestag, den Bundesrat, die Bundesregierung und einzelne Bundesministerien beraten." Beratung durch den Bundesrechnungshof setzt also voraus, dass er für das jeweilige Beratungsobjekt Prüfungserfahrungen besitzen muss. Dabei können durchaus verschiedene Prüfungserfahrungen zusammengefasst werden und zu einer Beratungsgrundlage führen. Zwar besitzt der Bundesrechnungshof in Organisationsfragen umfassende Prüfungserfahrungen. Prüfungserfahrungen im Bereich gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit gab es jedoch nicht, so dass eine Durchführung der Schwachstellenanalyse durch den Bundesrechnungshof auf der Grundlage des § 88 Absatz 2 der Bundeshaushaltsordnung nicht in Betracht kam. Wohl aber als Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung. Ein weiterer wesentlicher Unterschied dieser Funktion liegt nämlich in ihrer erweiterten Beratungskompetenz.

In den von der Bundesregierung erlassenen Richtlinien vom 26. August 1986 über die Tätigkeit des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung heißt es: "Der Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung wirkt durch Vorschläge, Gutachten oder Stellungnahmen auf eine wirtschaftliche Erfüllung der Bundesaufgaben und eine entsprechende Organisation der Bundesverwaltung einschließlich ihrer Sondervermögen und Betriebe hin. Die Beratung nach Satz 1 erstreckt sich auch auf die Gesetzgebungstätigkeit des Bundes."

Ein einschränkender Hinweis auf Prüfungserfahrungen fehlt hier also.

#### I.4

Bei der Überlegung, ob und wie ich der Anregung des Bundeskanzlers folgen sollte, Schwachstellen im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und der Nahrungsmittelsicherheit zu analysieren, war ferner zu berücksichtigen, dass es sich dabei um ein Problem handelte, das nicht

nur die Zuständigkeit des Bundes berührte. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein föderaler Staat. Im Bereich der Lebensmittelsicherheit ist der Bund nur für einen Teil der öffentlichen Aufgaben zuständig. Der Schwerpunkt der Vollzugsaufgaben liegt nach dem Grundgesetz bei den Bundesländern. Eine umfassende Untersuchung von organisatorischen Schwachstellen in diesem Bereich im Verhältnis zwischen Bund und Bundesländern war mir nur als Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung möglich. In den Richtlinien für die Tätigkeit des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung heißt es dazu: "Der Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung ist ermächtigt, an die Landesregierungen heranzutreten, um sich über Einrichtungen und Arbeitsweise von Landes- und Gemeindebehörden mit deren Einverständnis zu unterrichten."

#### I.5

Ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen meiner Funktion als Präsidentin des Bundesrechnungshofes und als Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung liegt schließlich bei der Unterrichtung der Öffentlichkeit. Nach Artikel 114 Absatz 2 Satz 2 hat der Bundesrechnungshof außer der Bundesregierung unmittelbar dem Bundestag und dem Bundesrat jährlich zu berichten. Diese Jahresberichte sind der Öffentlichkeit als Parlamentsdrucksache zugänglich. Diese Praxis der Information der Öffentlichkeit über die Bemerkungen des Bundesrechnungshofes resultiert aus dem Prinzip der Parlamentsöffentlichkeit. Nach einer nicht von der Hand zu weisenden Literaturmeinung soll durch Artikel 114 Absatz 2 des Grundgesetzes ein eigenständiges Zugangsrecht des Bundesrechnungshofes zur Öffentlichkeit nicht gedeckt sein. Im Wesentlichen wird dafür angeführt, dass zwar der Bundesrechnungshof ein unabhängiges Organ der Finanzkontrolle sei, durch eine direkte Information der Öffentlichkeit die Rechnungskontrolle aber zu einem vom Parlament unabhängigen Faktor der politischen Meinungsbildung werden würde und damit zu einem außenwirksamen Instrument. Ob diese Argumentation trägt, will ich dahingestellt sein lassen. Für die Bun-

*In den von der Bundesregierung erlassenen Richtlinien vom 26. August 1986 über die Tätigkeit des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung heißt es: "Der Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung wirkt durch Vorschläge, Gutachten oder Stellungnahmen auf eine wirtschaftliche Erfüllung der Bundesaufgaben und eine entsprechende Organisation der Bundesverwaltung einschließlich ihrer Sondervermögen und Betriebe hin.*



desbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung werden jedenfalls solche verfassungsrechtliche Grenzen der Öffentlichkeitsarbeit nicht diskutiert.

Wenn aus dem Geschäftsbereich eines Bundesministers Auskünfte oder Ergebnisse von Erhebungen verwendet worden sind, darf die Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung ihre Vorschläge, Gutachten oder Stellungnahmen im Einvernehmen mit dem betroffenen Bundesminister auch an andere Stellen als Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung weitergeben.

## I.6

Historisch betrachtet füllte die Schaffung der Funktion des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung eine Lücke im Aufgabenspektrum der externen staatlichen Finanzkontrolle, die darin bestand, dass der Bundesrechnungshof ursprünglich auf den Bereich der Prüfungstätigkeit beschränkt war. Zwar gehört der Bereich der Beratung seit dem Inkrafttreten der Bundeshaushaltsordnung im Jahre 1969 auch zu den Aufgaben des Bundesrechnungshofes. Die Darstellung der Funktion der Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung macht jedoch deutlich, dass die Funktion keineswegs überflüssig geworden ist, sondern mittlerweile mit seiner umfassenderen Beratungskompetenz vielmehr eine Ergänzung der Aufgaben der Präsidentin des Bundesrechnungshofes darstellt.

## II.

### II.1

Zur Erstellung des Gutachtens "Organisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes (Schwerpunkt Lebensmittel)" habe ich Sachverstand aus der Verwaltung (EU, Bund und Länder), der Landwirtschaft, des Verbraucherschutzes, der Wirtschaft und der Wissenschaft gebündelt. Die vorgelegten Untersuchungsergebnisse berücksichtigen auch wissenschaftliche Gutachten, begleitende Informationsgespräche mit Experten aus Wissenschaft und Verwaltung sowie zahlreiche wertvolle Anregungen von Bürgern.

Bei der Analyse ließ ich mich davon leiten, dass die Einhaltung des Gemeinschaftsrechts im Bereich Lebensmittelsicherheit durch die Mitgliedstaaten von der Europäischen Kommission, insbesondere durch das Lebensmittel- und Veterinäramt in Dublin kontrolliert wird. Da auf EU-Ebene eine Europäische Lebensmittelbehörde geplant ist, die zum einen Lebensmittelrisiken identifizieren und bewerten, andererseits die Politik beraten soll, lag es wegen der vielfältigen Zusammenarbeit mit europäischen Institutionen nahe, Organisationsstrukturen in Deutschland im Bereich der Lebensmittelsicherheit konzeptionell in der Form anzulegen, dass sie mit den Strukturen in der EU möglichst kompatibel sind. Nach meiner Überzeugung lassen sich nur so Reibungsverluste vermeiden und ein effizienterer Verbraucherschutz aufbauen.

## II.2

Als Ergebnis der Schwachstellenanalyse habe ich dem Bundeskanzler in meinem Gutachten Folgendes vorgeschlagen:

1. Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sollte zum Kernressort für den Verbraucherschutz bei der Lebensmittelsicherheit ausgestaltet werden, um die Zersplitterung unter den Bundesministereien und in deren nachgeordneten Bereich zu beseitigen. Zudem regte ich effizientere Abteilungsstrukturen beim Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft an. Gemeinsam mit den Bundesländern sollte ein durchgängig einheitliches Durchführungrecht für den Verbraucherschutz im Lebensmittelbereich entwickelt und verbindlich geregelt werden.

2. Für ein gemeinsames Bund-Länder-Risikomanagement habe ich die Einrichtung einer "Koordinierenden Stelle des Bundes" im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft vorgeschlagen, in der die Aufgaben der Lebensmittelsicherheit gesteuert sowie zwischen Bund, Bundesländern und Europäischer Union koordiniert werden. Der Bund würde damit über eine komplementäre Organisationsstruktur zur Europäische Union verfügen.

*Ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen meiner Funktion als Präsidentin des Bundesrechnungshofes und als Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung liegt schließlich bei der Unterrichtung der Öffentlichkeit. Nach Artikel 114 Absatz 2 Satz 2 hat der Bundesrechnungshof außer der Bundesregierung unmittelbar dem Bundestag und dem Bundesrat jährlich zu berichten.*



*Historisch betrachtet füllte die Schaffung der Funktion des Bundesbeauftragten für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung eine Lücke im Aufgabenspektrum der externen staatlichen Finanzkontrolle, die darin bestand, dass der Bundesrechnungshof ursprünglich auf den Bereich der Prüfungstätigkeit beschränkt war.*

3. Ferner habe ich angeregt, im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft eine unabhängige wissenschaftliche Stelle zu schaffen. Diese Stelle soll Lebensmittelrisiken wissenschaftlich bewerten, die politischen und administrativen Entscheidungsträger wissenschaftlich beraten und die Öffentlichkeit bei Bedarf objektiv und verständlich informieren.

### II.3

Meine als Bundesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung vorgelegten organisatorischen Vorschläge für effizientere Strukturen im Bereich der Lebensmittelsicherheit zielen im Wesentlichen auf eine verbesserte Zusammenarbeit von Bund und Bundesländern auf der Basis der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung ab. Ich habe der Bundesregierung empfohlen, alsbald die Grundsatzentscheidungen für

den Bund zu treffen und sich mit den Ländern über ein abgestimmtes Organisationskonzept zu verständigen. Zeitgleich sollte der Bund die ihn betreffenden organisatorischen sowie personal- und haushaltswirtschaftlichen Einzelfragen klären.

Ich habe auch darauf hingewiesen, dass die vorgeschlagenen organisatorischen Veränderungen ohne zusätzliche Kosten im Bereich der öffentlichen Verwaltung nicht zu realisieren sind. Es ist mit erhöhtem Personalaufwand sowohl beim Bund als auch bei den Bundesländern und Kommunen zu rechnen. Ob die erhöhten Kosten über Gebühren oder zusätzliche Haushaltsmittel gedeckt werden sollen, ist von Bund und Ländern politisch zu entscheiden. Über politische Entscheidungen hatte ich bei der Schwachstellenanalyse nicht zu befinden. Für die Entscheidungsfindung gab ich aber zu bedenken, dass gegebenenfalls im Haushalt die notwendigen Mittel umgeschichtet und so erwirtschaftet werden können.



## *Die Rechnungsprüfung der autonomen Regionen Ungarns*

DR. ÁRPÁD KOVÁCS

Präsident des State Audit Office

Das ungarische System örtlicher autonomer Regierungen setzt sich augenblicklich aus den autonomen Regionen der Hauptstadt (1), den Distrikten der Hauptstadt (23), den Provinzen (19), den großen Städten mit dem Rang von Provinzen (22), den kleineren Städten (199) und den Dörfern zusammen (2.912, die wiederum 217 größere und 2.695 kleinere Dörfer einschließen), auf die etwa 13.000 Einrichtungen kommen, die zu diesen autonomen Regierungen gehören. Die örtlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung liegen so in den Händen von nicht weniger als 3.176 autonomen Regierungen.

Das ungarische System örtlicher autonomer Regierungen setzt sich augenblicklich aus den autonomen Regionen der Hauptstadt (1), den Distrikten der Hauptstadt (23), den Provinzen (19), den großen Städten mit dem Rang von Provinzen (22), den kleineren Städten (199) und den Dörfern zusammen (2.912, die wiederum 217 größere und 2.695 kleinere Dörfer einschließen), auf die etwa 13.000 Einrichtungen kommen, die zu diesen autonomen Regierungen gehören. Die örtlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung liegen so in den Händen von nicht weniger als 3.176 autonomen Regierungen.

ließen), auf die etwa 13.000 Einrichtungen kommen, die zu diesen autonomen Regierungen gehören. Die örtlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung liegen so in den Händen von nicht weniger als 3.176 autonomen Regierungen.

Auch muß zwischen den autonomen Landesregierungen (der Hauptstadt mit



ihren Distrikten sowie der 19 Provinzen) und den autonomen Regierungen der Ortschaften (alle übrigen autonomen Gebietskörperschaften) unterschieden werden. Die autonomen Landesregierungen übernehmen Aufgaben, die mit der ganzen Hauptstadt oder einem Großteil derselben, ihren Distrikten und Provinzen in Zusammenhang stehen, obgleich sie den Regierungen der Ortschaften gegenüber keine Kontrollrechte innehaben. Auf diese Weise übernimmt die örtliche Regierung nicht nur die Leistung örtlicher öffentlicher Dienstleistungen im strengen Sinne, sondern auch die Ausübung – in Fragen, die die örtliche Gemeinschaft betreffen – der öffentlichen Gewalt, die ihr vom Staat übertragen wurde. Ohne leitende Zwischenstellen verbindet die örtliche Regierung 3.200 Ortschaften mit den Ministerien und nationalen Behörden, die die Fragen der verschiedenen (beruflichen) Bereiche auf höchster Ebene leiten.

Die Bevölkerung des Landes konzentriert sich in städtischen Ballungsgebieten: 63% der Bevölkerung lebt in der Hauptstadt und sonstigen städtischen Gebieten, 6% lebt in Ortschaften mit mehr als 5.000 Einwohnern (126 autonome Regierungen) und 31% lebt in Ballungsgebieten mit weniger als 5.000 Einwohnern (Dörfern). Beinahe 50% der Dörfer haben weniger als 1.000 Einwohner, wobei 273 Dörfer weniger als 200 Einwohner zu verzeichnen haben.

Diese gewissermaßen zergliederte Struktur ist in operativer Hinsicht nur schwer zu koordinieren und ist zum Teil das Ergebnis des Wunsches nach Autonomie, mit dem der Wechsel des politischen Systems in den Jahren 1989 und 1990 einherging. Die Fortschritte auf dem Gebiet der Selbstregierung und der autonomen Verwaltung stellen eine progressive Veränderung dar. Zugleich ist es in diesem zersplitterten und zergliederten System schwierig, eine Zusammenarbeit mit den autonomen Regierungen und den Vereinigungen sowie eine Konzentration der für die Durchführung vorrangiger Aufgaben bestimmten Mittel zu erzielen. Die beträchtliche Autonomie der öffentlichen Verwaltung, die für die Durchführung der Aufgaben unzureichenden Mittel und eine begrenzte Handlungsmarge auf dem Gebiet der ökonomischen Steuerung stellen die grundlegenden Regelwidrigkeiten des

autonomen Regierungssystems Ungarns dar.

In den sechziger und siebziger Jahren reduzierten die Länder Europas, die sich auf eine wirtschaftliche Wirksamkeit konzentrierten, die Unterteilungen ihres örtlichen Verwaltungssystems. Schweden reduzierte zum Beispiel die Zahl seiner autonomen Regierungen von 2.500 auf 278, Dänemark fusionierte 1.388 Ballungsgebiete zu 275 autonomen Regierungen, Deutschland beschränkte die Zahl seiner autonomen Regierungen von beinahe 25.000 auf 8.500 und Belgien verringerte die Zahl autonomer Regierungen Ende der siebziger Jahre von 2.663 auf 589. Diese Lösung – zuweilen unter dem Namen des skandinavischen Modells bekannt – zeichnet sich durch die beträchtliche finanzielle und wirtschaftliche Selbstbestimmung der autonomen Regierungen aus, zu der die Verantwortung für eine breite Palette von Dienstleistungen hinzukommt. Andererseits zeichnet sich das mediterrane Modell (z.B. das französische System) durch eine größere Anzahl autonomer Regierungen aus, die auf kleineren Ortschaften mit weniger Verantwortung und weniger Autonomie beruhen.

Die allgemeine Praxis geht davon aus, daß autonome Regierungen mit 2.000 bis 5.000 Einwohnern vom Gesichtspunkt der Durchführbarkeit und der Wirksamkeit her gesehen als angebracht zu erachten sind. Hinsichtlich der durchschnittlichen Anzahl von Einwohnern der autonomen Regierungen von Ballungsgebieten (3.300) liegt Ungarn an der mittleren bis unteren Schwelle der europäischen Länder.

Im Rahmen der Gesetzgebung über autonome Gebiete ist festgesetzt, daß autonome Regierungen die Versorgung mit gesundem Trinkwasser, Ausbildung, Vorschulbildung und Schulausbildung, ein grundlegendes Gesundheits- und Sozialwesen, Straßenbeleuchtung, Wartung von öffentlichen Straßen und Friedhöfen sowie die Anwendung der Rechte nationaler und ethnischer Minderheiten in Ballungsgebieten zu gewährleisten haben. Es kann davon ausgegangen werden, daß die autonomen Regierungen hinsichtlich ihrer eigenen Entscheidungen und Befähigungen gleichzeitig bemüht sind, Dienstleistungen zu erbringen, die für die Bürger in den Bereichen von Umweltschutz, Kultur, öffentlichen Verkehrsmitteln, Straßenver-

*Die Bevölkerung des Landes konzentriert sich in städtischen Ballungsgebieten : 63% der Bevölkerung lebt in der Hauptstadt und sonstigen städtischen Gebieten, 6% lebt in Ortschaften mit mehr als 5.000 Einwohnern und 31% lebt in Ballungsgebieten mit weniger als 5.000 Einwohnern.*



kehr etc. von Bedeutung sind. Dies zeigt, daß die autonomen Regierungen das Leben der Einwohner „von der Wiege bis zur Bahre“ begleiten.

In Ungarn kommt ein auf Quellen ausgerichtetes System auf die autonomen Regionen zur Anwendung. Die staatliche Verteilung erstreckt sich knapp auf deren Unterstützung (was den Haushaltsplan anbelangt). Diese Unterstützung, zuzüglich der örtlich entstehenden Quellen (ebenso wie die Kredite), decken zusammen die Kosten der autonomen Regierungen. Jede autonome Region erhält auf eine überwiegend gesetzlich geregelte Weise zentrale Unterstützung, die vorab berechnet werden kann. Auch können die autonomen Regionen auf eine gesetzlich geregelte Weise und in dem entsprechenden Umfang ihre eigenen Einkünfte erzielen.

Über den gesetzlich geregelten staatlichen Zuschuß hinaus, schließt die staatliche Unterstützung auch individuelle Formen der Beihilfe ein, von denen im voraus Mitteilung gemacht wird. Diese Formen der Beihilfe sind folgende: gelenkte Beihilfe, gezielte Beihilfen, zusätzliche Beihilfen für autonome Regionen, die sich aus einem nicht selbst verschuldeten Grunde in einer nachteiligen Situation befinden sowie sonstige zentralisierte Beiträge. Das ungarische Parlament setzt die jährliche Höhe der verschiedenen Arten von Beihilfen fest.

Auf diese Weise sind das Funktionieren und die Wirtschaftsführung der autonomen Regionen auf ihre eigene Einkünfte, auf Transferzahlungen und auf den Beihilfen der zentralen Haushaltsplans begründet. Obgleich diese Mittel aus verschiedenen Quellen stammen, stellt ein örtlicher Haushaltsplan dennoch ein integriertes Ganzes dar. Das örtliche Vertretungsorgan setzt die Verwendung der Mittel fest und schenkt den obligatorischen Aufgaben die erforderliche Aufmerksamkeit.

Die Haushaltsführung der autonomen Regionen stellt das kompliziertere Untersystem öffentlicher Finanzen dar. Dieses Untersystem verbraucht etwa ein Viertel der zentralisierten und umverteilten Mittel der öffentlichen Finanzen.

Gemäß der Haushaltspläne für das Jahr 2000 beliefen sich die Einkünfte innerhalb des Untersystems der autonomen Regio-

nen auf beinahe 1.700 Milliarden Forints (HUF). Die Eigeneinnahmen der autonomen Regionen lagen bei etwa 30%, die überwiesenen Einkünfte bei 15%, die staatlichen Beihilfen und Beiträge bei 25%, aufgelaufene Einnahmen und Kapitaleinnahmen bei 10% sowie die von der Sozialversicherung (Krankenversicherung) erhaltenen Summen bei 10% dieses Betrags. (Der restliche Betrag setzt sich aus anderen, geringeren Posten zusammen).

Die Aufwendungen der autonomen Regionen lagen im Jahr 2000 bei etwa 1.700 Milliarden Forint. Die Betriebskosten beliefen sich auf den größten Teil dieses Betrages (70%), während die aufgelaufenen Kosten oder Kapitalkosten etwa 20% des Gesamtbetrags ausmachten. Die wesentlichen Posten der laufenden Kosten setzten sich aus Bildungswesen (25%), Gesundheitswesen (16 %), Sozialversicherung und den Dienstleistungen für Sozialhilfe (13%) sowie allgemeine gemeinschaftliche Dienstleistungen (Verwaltung) (16%) zusammen.

Beinahe 85% der Aktiva im Wert von 2.500 Milliarden Forint wurden für die Deckung grundlegender Obliegenheiten aufgewandt.

Die von dem State Audit Office durchgeführte Überwachung bestätigte, daß das Finanzsystem der autonomen Regionen mit Sicherheit die Betriebskosten der Ballungsgebiete sowie deren Einrichtungen deckt. Wie die Rechnungsprüfungen der SAO jedoch wiederholt nachwies, gibt dieses System keine Anregung für eine wirksame und sparsame Verwendung verfügbarer Geldmittel. In Anbetracht der Natur ihrer eigenen Geldmittel und der mangelnden Flexibilität des Unterstützungssystems, weichen die Bedingungen, unter denen die autonomen Regierungen ihre Aufgaben erledigen müssen, stark voneinander ab. Aus diesem Grunde entstanden „reiche“ und „arme“ Ballungsgebiete.

Dies ist nicht nur auf die Unterschiede in der allgemeinen Entwicklung größerer geographischer Gebiete, sondern auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Besteuerung für Gewerbesteuer in den Ballungsgebieten mit weniger Einwohnern (in denen sich bedeutende Industrieanlagen befinden) hinsichtlich der finanziellen, wirtschaftlichen und entwicklungstechni-

*Auf diese Weise sind das Funktionieren und die Wirtschaftsführung der autonomen Regionen auf ihre eigene Einkünfte, auf Transferzahlungen und auf den Beihilfen der zentralen Haushaltsplans begründet.*

*Die von dem State Audit Office durchgeführte Überwachung bestätigte, daß das Finanzsystem der autonomen Regionen mit Sicherheit die Betriebskosten der Ballungsgebiete sowie deren Einrichtungen deckt.*



schen Möglichkeiten eine entscheidende Rolle spielt. Was den Durchschnitt pro Einwohner in den Dörfern anbelangt, so liegen die Steuereinnahmen für Gewerbesteuer je Einwohner in der Hauptstadt siebenundzwanzig Mal, in Städten mit dem Rang von Provinzen neun Mal und in einigen anderen Ballungsgebieten zwischen fünfzig und siebenzig Mal höher.

Hierzu kommt die Tatsache, daß hinsichtlich der Unterstützung durch den Haushaltsplan zwischen den autonomen Regionen wesentliche Unterschiede bestehen. Ein Großteil der Ballungsgebiete (etwa 80%) verfügen über knapp 13% der gesamten Haushaltsmittel, während ein kleiner Teil der Ballungsgebiete (etwa 20%) 87% der Transferzahlungen aus laufenden Steuereinkünften erhält. Darüber hinaus weist die Aufteilung der Aktiva ein ähnliches Bild auf – mit weitreichenden Folgen.

All dies resultiert darin, daß nur ein kleiner Teil der zahlreichen autonomen Regionen in der Lage ist, eine angemessene Wirtschaftsführung auf die Beine zu stellen und Initiativen, Unternehmen und Entwicklungsprojekte in Angriff zu nehmen. Damit diese Elemente funktionieren, sind beträchtliche Unterstützungen erforderlich, die gelegentlich ein bedeutendes finanzielles Risiko mit sich bringen können. Aus diesem Grunde konzentriert sich die SAO bei den Rechnungsprüfungen der autonomen Regierungen vor allem auf diesen Bereich und kann auf diese Weise Risiken offen legen und dazu beitragen, Verlusten vorzubeugen.

Die vorgenannten Faktoren zeigen die Bedeutung einer Modernisierung des Systems der Wirtschaftsführung des örtlichen autonomen Systems im Rahmen der verschiedenen Aufgaben auf, die mit der augenblicklichen Reform des öffentlichen Finanzwesens in Ungarn in Zusammenhang stehen. Wie die Rechnungsprüfungen der SAO zeigten, besteht die wesentlichste Aufgabe darin, die Reichweite und die Natur der Rolle des Staates im Zusammenhang mit den gemeinschaftlichen Aufgaben der autonomen Regionen erneut zu prüfen. Es müssen Mechanismen zur Förderung einer effizienten Verwendung von Finanzmitteln geschaffen werden, um es so zu gestatten, eine Erweiterung der Brezche in der Entwicklung zwischen den Ballungsgebieten zu vermeiden. Die von

der SAO durchgeführten Ermittlungen werden ebenso wie die Schlußfolgerungen und Vorschläge dieses Organs weiterhin eine wichtige Rolle bei der Förderung und Beschleunigung dieses Verfahrens spielen.

Die Untersysteme für den Haushaltsplan der öffentlichen Finanzen der Zentralregierung sowie der örtlichen autonomen Regierungen werden in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union gewöhnlich getrennt von zentralen (staatlichen) und regionalen (der Provinzen) Rechnungskontrollbehörden kontrolliert. In Ungarn wurde jedoch die ganze Palette der Aufgaben auf einen Punkt konzentriert: Das State Audit Office überwacht (auch) die Wirtschaftsführung der örtlichen autonomen Regierungen.

Obgleich – wie wir sehen konnten – die Mittel und Beihilfen der staatlichen (zentralen) Haushaltspläne und der Sozialversicherung eine wesentliche Bedeutung für das Funktionieren des Systems der Selbstverwaltung haben, kann die Zentralregierung augenblicklich – in ihrer Eigenschaft als Geber – die Verwendung ihrer Mittel durch die autonomen Regierungen nicht direkt kontrollieren. Die autonomen Regionen sind von der Exekutivgewalt unabhängig und die Zentralregierung kann keine Prüfungen vor Ort vornehmen. Die Rechnungskontrollbehörde des ungarischen Parlaments, das State Audit Office, führt diese Kontrolle durch, die Prüfungen vor Ort einschließt.

Das SAO kann alle verwendeten oder verwalteten staatlichen Mittel prüfen. Diese Behörde funktioniert gemäß eines Jahresplanes für Rechnungskontrolle. Die SAO führt jährlich an etwa 3.000 verschiedenen Orten Prüfungen durch (bei etwa zwei Dritteln derselben handelt es sich um autonome Regierungen von Ballungsgebieten) und erstellt durchschnittlich fünfzig Berichte. Anschließend debattieren die zuständigen Parlamentsausschüsse über diese Berichte. Abgesehen von den thematischen Berichten, erstellt das SAO einen Jahresbericht, der dem ungarischen Parlament zugestellt wird. Dieser Jahresbericht enthält die wesentlichen Schlußfolgerungen der verschiedenen Rechnungsprüfungen und der Anwendung der vorab unterbreiteten Vorschläge.

Aus der Perspektive der Ausübung des sogenannten Haushaltsrechts des Parla-

*Wie die Rechnungsprüfungen der SAO zeigten, besteht die wesentlichste Aufgabe darin, die Reichweite und die Natur der Rolle des Staates im Zusammenhang mit den gemeinschaftlichen Aufgaben der autonomen Regionen erneut zu prüfen.*



*Das State Audit Office überwacht (auch) die Wirtschaftsführung der örtlichen autonomen Regierungen.*

ments kommt der (endgültigen) Rechnungsprüfung der Haushaltsjahresrechnungen (einschließlich, wie dies nur natürlich ist, der Jahreskonten der autonomen Regierungen) eine besondere Aufmerksamkeit zu, da diese Teil des Gesetzgebungsverfahrens sind. Als solche besteht die konstitutionelle Sonderaufgabe des SAO darin, als Garant der Verfassung zu handeln. Eine Aufgabe ähnlicher Tragweite besteht darin, daß das SAO eine Meinung hinsichtlich des Haushaltspostens abgibt (obgleich dies in den Industrieländern keine übliche Praxis ist, trug sie dennoch zu den legislativen Aufgaben und den Aufsichtsaufgaben des ungarischen Parlaments während des Übergangs zur Demokratie bei).

Die Rechnungsprüfungen des State Audit Office umfassen die Staatsfinanzen (zentrale Haushaltspläne, separate staatliche Mittel, Sozialversicherung und lokale autonome Regierungen). Darüber hinaus schließen sie die Unternehmensaktiva und die Aktiva der Staatskasse sowie die Haushaltsführung der verschiedenen Organisationen im Bereich der Staatsfinanzen ein.

Das State Audit Office ist sowohl politisch als auch vom Arbeitsgebiet her gesehen ein unabhängiges Unternehmen. Ausdruck dieser Unabhängigkeit ist die Tatsache, daß der Präsident und die stellvertretenden Präsidenten für eine Dauer von zwölf Jahren vom Parlament ernannt werden. Diese Ernennung muß darüber hinaus von zwei Dritteln der Parlamentsmitglieder angenommen werden.

Bei einer Erfahrung von beinahe zwölf Jahren und in Zusammenarbeit mit dem National Audit Office – der Stelle, mit der es im Vereinigten Königreich zusammenarbeitet – wendet das State Audit Office stetig weitere Überwachungsvorschriften und methodische Empfehlungen des INTOSAI an. Während der Durchführung seiner Prüfungstätigkeiten wendet das SAO die besten Lösungen und Techniken für die Rechnungsprüfung an und entwickelt und fördert eine sorgfältige Anpassung finanzieller Rechnungsprüfung und Wirtschaftlichkeit.

Zwei Organisationsabteilungen übernehmen die finanzielle Überwachung der Zentralregierung das heißt, des zentralen Niveaus der Staatsfinanzen (zentraler Haushaltsplan, Sozialversicherung, sepa-

rate staatliche Mittel und staatliches Eigentum) sowie der lokalen autonomen Regierungen. Diese Abteilungen müssen unbedingt miteinander zusammenarbeiten. Sie sind intern und hinsichtlich ihrer Belegschaft in Übereinstimmung mit den Aufgaben der Prüfung der Rechnungs-führung, der Rechnungsprüfung der Erträge und der sogenannten integralen Überwachung unterteilt. Jede dieser Abteilungen verwendet 50% der gesamten Überwachungs-kapazität des SAO.

Die Abteilung für Autonome und Territoriale Überwachung ist mit der finanziellen Überwachung betraut. Diese Abteilung setzt sich aus 120 qualifizierten Mitarbeitern zusammen, die in Geschäftsräumen in der Hauptstadt sowie in neunzehn Büros der Provinzen tätig sind. Dieses Personal ist der Leitung von Fachleuten mit Sitz in der Zentrale des SAO unterstellt. Diese Abteilung übt ihre Rechnungsprüfungstätigkeiten an etwa 20.000 Tagen jährlich aus.

Im Rahmen der gesamten Rechnungsprüfungstätigkeit dieser Abteilung im Jahr 2000 machten die Überwachung der Jahreskonten der autonomen Regierungen und die Erstellung eines Gutachtens über das Haushaltsgesetz 7%, die Überwachung des Antrags, der Registrierung und der Anwendung der Beihilfen der zentralen Haushaltspläne etwa 14%, die Prüfung der Verwaltung der Aktiva 10%, die Überwachung der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (einschließlich von Gesundheitswesen, Bildungswesen, Verwaltung, etc.) etwa 20% und die integrale finanzielle und wirtschaftliche Überwachung beinahe 30% der gesamten Kapazität erforderlich. (Die restliche Kapazität wurde für anderweitige Prüfungen, Unterstützung der Abteilung bei der Überwachung der zentralen Haushaltsinstitutionen und der Vorbereitung vorläufiger methodischer Studien aufgewandt).

Was die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, die Entwicklung der Staatskasse und die laufende Reform der Staatsfinanzen anbelangt, so sieht das State Audit Office unter besonderer Berücksichtigung der Beitrittsanfordernisse der EU eine Abänderung der Proportion von Zeit und Energie vor, die für die verschiedenen Arten der Überwachung der autonomen Regionen aufgewandt werden. Diese Änderung - die auf der festen Grundlage

*Das SAO kann alle verwendeten oder verwalteten staatlichen Mittel prüfen.*



einer langfristigen, fachgerechten und minutiösen Arbeit basieren könnte – wird die von dem ungarischen Parlament und der Regierung dahingehend unterbreitete Nachfrage festigen, daß das State Audit Office verstärkte Überwachungsanstrengungen vornehmen sollte, die zu dem Funktionieren und der Finanzverwaltung der autonomen Regierungen beitragen, Risikofaktoren aufdecken und die Beseitigung von Verlustursachen förderten. Seinen Ermächtigungen entsprechend nahm das ungarische Parlament die Zuweisung zusätzlicher Arbeitskräfte und Finanzmittel im Rahmen des Haushaltsplans des State Audit Office vor.

Welches ist die Essenz dieser Änderung? Grundlegend verleiht das SAO dieser Veränderung durch einen größeren Aufwand an Zeit und Anstrengungen für die sogenannte integrale Überwachung der autonomen Regionen Ausdruck. Es erreicht diese Zielsetzung durch die Anwendung moderner Techniken und die Einführung von weniger, jedoch konzentrierteren Prüfungen der Haushaltsansätze. Das SAO greift auf neu entwickelte Prüfungsprogramme zurück die moderner sind, als die bisher angewandten Programme (Zu dieser Änderung interner Bedeutung und Ratio trägt die Tatsache bei, daß es vorgesehen ist, so weit sich die Struktur der Aufgaben fortentwickelt, daß die Staatskasse und die sogenannte Stelle für Staatsfinanzen zusammen mit ihren Verzweigungen in Regionen und Provinzen eine zunehmende Rolle in der Überwachung der autonomen Regierungen spielen, die Teil ihres Haushaltsplans darstellen.

Die modernisierte und entwickelte Kontrolle ist eine Art von Prüfung, die auf die gesamte Palette der Wirtschaftsführung der autonomen Regionen wiederholt zur Anwendung kommt. Das SAO führt mindestens einmal während jedem parlamentarischen Mandat (das vier Jahre umfaßt) eine integrale Prüfung aller autonomen Regionen durch. Die Essenz der Prüfung (Finanzprüfung und Prüfung der optimalen Mittelverwendung) sowie ihre Reichweite und Richtung machen eine Auswertung der gesetzmäßigen Verwaltung öffentlicher Mittel (Obliegenheiten, Mittelzuweisung und Genehmigung), der Koordinierung der Aufgaben und der Finanzmittel, der internen Verwaltungssysteme,

Regulierung und Kontrolle der autonomen Regierungen möglich.

Die Entwicklung dieses Aufsichtsprogramms gestattet die Erneuerung früherer Praktiken und die Harmonisierung der Verfahren mit den Erfordernissen der Prüfungsregeln von INTOSAI.

Die grundlegende Richtung und die Modernisierungserfordernisse der Prüfungsverfahren bestehen darin, daß Rechnungsprüfungen nun größeren Wert auf folgende Punkte zu legen haben:

- Die wesentlichen Probleme der Finanzverwaltung an den Tag zu legen und die kritischen Punkte bei der Anwendung öffentlicher Mittel auszuwerten.
- Auswertung der Leistung und der Wirksamkeit der Mittelzuweisung an die verschiedenen Bereiche sowie Prüfung der entsprechenden Auswirkungen auf das Gleichgewicht der Haushaltspläne.
- Prüfung der Elemente, die größere Risikofaktoren mit sich bringen, wie die verschiedenen Aufträge, Einkäufe und verschiedene Unternehmensformen.
- Prüfung des Funktionierens der internen Verwaltung und der Kontrollsysteme.

In Anbetracht der Differenzen zwischen den Einnahmen und dem Reichtum der autonomen Regionen sowie ihrer verschiedenen wirtschaftlichen Möglichkeiten, hat das mit der Rechnungsprüfung der autonomen Regionen befaßte Personal des SAO besondere Prüfungsprogramme für die integrale Kontrolle der autonomen Regionen der Hauptstadt und der Ballungsgebiete entwickelt, die etwa 1000 Einwohner aufweisen. Diese Programme sind Zusatzprogramme zu dem allgemeinen ("grundlegenden") modernisierten Prüfungsprogramm und ziehen zusätzlich die autonomen Regionen mit besonderen Haushaltsverhältnissen in Betracht, vor allem jedoch die autonomen Regionen von Städten mit dem Rang von Provinzen oder von kleinerer Größe. Zugleich wird die Überprüfung der autonomen Regierungen von Ballungsgebieten mit weniger Einwohnern durch ein "vereinfachtes" Programm vorgenommen.

Integrale finanzielle und wirtschaftliche Rechnungsprüfungen sind nicht nur den autonomen Regionen und deren leitendem Team dabei behilflich, ordnungsgemäße

*Seinen Ermächtigungen entsprechend nahm das ungarische Parlament die Zuweisung zusätzlicher Arbeitskräfte und Finanzmittel im Rahmen des Haushaltsplans des State Audit Office vor.*



Praktiken der Finanzverwaltung in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung zu entwickeln. Diese Rechnungsprüfungen gestatten es vielmehr, daß das SAO dem ungarischen Parlament (und dem Finanzministerium) bei der Durchführung ihrer verantwortungsvollen Arbeit zur Seite steht, da sie die Richtungen, Tendenzen und zugrundeliegenden charakteristischen Faktoren des gesamten Bereichs der autonomen Regionen aufdecken und klassifizieren.

#### Bibliographie:

Dr. Árpád Kovács: A helyi önkormányzatok gazdálkodásának ellenőrzése [Die Überwachung der Finanzverwaltung der lokalen autonomen Regierungen], Pénzügyi Szemle, 1998. n° 9.

Dr. Zoltán Lóránt: A helyi önkormányzatoknál végzett átfogó és a zárszámadási vizsgálatok számvevőségi korszerűsítéséről [Die Modernisierung der

integralen Prüfung und der in den lokalen autonomen Regierungen durchgeführten Rechnungsprüfung der Jahreskonten], Magyar Közigazgatás, 2001. n° 4.

A helyi önkormányzatok gazdálkodási rendszere az ezredfordulón [Das System der Finanzverwaltung der lokalen autonomen Regierungen und das neue Jahrtausend], KJK-KERSZÖV Jogi és Üzleti Kiadó Kft, Budapest, 2000

Jelentés az Állami Számvevőszék 2000. évi tevékenységéről [Tätigkeitsbericht des State Audit Office für das Jahr 2000], Budapest, März 2001.

Tájékoztató az Önkormányzati és Területi Ellenőrzési Igazgatóság 2000. évi vizsgálatának értékeléséről [Informationen über die Auswertung der Rechnungsprüfungen der Abteilung für autonome und territoriale Überwachung], Budapest, 20. Juni 2000.

*Diese Rechnungsprüfungen gestatten es vielmehr, daß das SAO dem ungarischen Parlament (und dem Finanzministerium) bei der Durchführung ihrer verantwortungsvollen Arbeit zur Seite steht.*



## *Einführung der Managementprüfung. Die Erfahrung des National Audit Office von Malta*

CARMEL TONNA  
Auditor General

Die Managementprüfung, eine relativ moderne Entwicklung der Prüfungsfunktionen, entstand aufgrund einer Reihe von Faktoren. Das grössere Eingreifen der Regierung in die Wirtschaft der sechziger Jahre, das Entstehen des Wohlfahrtsstaates, die fortschreitende Intensivierung eines wettbewerbsfähigen Umfelds und bessere Kommunikationen forderten von den Verwaltungen eine grössere Transparenz und Rechenschaftspflicht. Das Entstehen des Managements als eine differenzierte Disziplin und die Benutzung von analytischen Tools für die Analyse von wirtschaftlichen und sozialen Phänomenen förderten den Impuls für eine grössere Transparenz und Rechenschaftspflicht.

Die Managementprüfung, eine relativ moderne Entwicklung der Prüfungsfunktionen entstand aufgrund einer Reihe von Faktoren. Das grössere Eingreifen der Regierung in die Wirtschaft der sechziger Jahre, das Entstehen des Wohlfahrtsstaates,

die fortschreitende Intensivierung eines wettbewerbsfähigen Umfelds und bessere Kommunikationen forderten von den Verwaltungen eine grössere Transparenz und Rechenschaftspflicht. Das Entstehen des Managements als eine differenzierte

Disziplin und die Benutzung von analytischen Tools für die Analyse von wirtschaftlichen und sozialen Phänomenen förderten den Impuls für eine grössere Transparenz und Rechenschaftspflicht. Diese Umfeldsfaktoren stimulierten die Managementprüfung als ein Ansatz zur Feststellung, ob die Ziele der Regierungsprogramme und Initiativen erreicht wurden. Es wurden Gründe für Misserfolge gesucht und man forderte korrektive Massnahmen zur Behebung der Mängel.

### Die Managementkontrolle und die Reform des öffentlichen Sektors

Es könnte angeführt werden, dass die Managementkontrolle eine logische Antwort auf den Druck war, der zwecks Reform, Entwicklung und Modernisierung auf die Regierungsverwaltungen ausgeübt wurde.

Die Managementkontrolle wurde von der ORKB Schweden (RRV) Mitte der sechziger Jahre eingeführt und entstand aus dem Enfordernis heraus, die schwedische Regierungsverwaltung zu modernisieren (*The Swedish National Audit Bureau, 1993*). In den sechziger Jahren verstärkte sich in Grossbritannien die Forderung nach der Reformierung des öffentlichen Rechnungsprüfungssystems damit, die Änderungen der Rolle der Regierung im Verlauf des zwanzigsten Jahrhunderts ihren Niederschlag finden. Diese Forderung hatte seinerzeit die Einführung des britischen Rechnungsprüfungsgesetzes von 1983 zur Folge, dass Nachdruck auf die Managementkontrolle, auch als Prüfung der optimalen Mittelverwendung (*UK NAO Website*) bekannt, legt.

Die Beziehung zwischen der Entstehung der Managementkontrolle und der Forderung einer Reform der öffentlichen Verwaltung trat auch in Malta auf den Plan, nur die Zeit war eine andere. Die Managementprüfung wurde im National Audit Office von Malta (NAOM) offiziell Ende 1999 eingeführt.

Das Audit Office von Malta wurde 1814 geschaffen. Artikel 70 des Gesetzes über Verwaltung und Finanzprüfung aus dem Jahr 1962, die Gesetzgebung, die die öffentlichen Finanzen in Malta regulierte, bevor sie vom Auditor General aufgehoben wurde und das Nationale Rechnungsprü-

fungsgesetz von 1997 besagen, dass *“Der Rechnungsprüfungsdirektor in seinem jährlichen Bericht oder in irgendeinem anderen speziellen Bericht...Vorschläge für eine wirksamere und wirtschaftlichere Rechnungsprüfung und Kontrolle der öffentlichen Rechnungslegung machen kann...”*. In einer vor kurzem erschienenen Veröffentlichung des NAOM, *A Profile of the National Audit Office of Malta and an Outline of its History*, kann man auf der Seite 26 folgendes nachlesen: Schon in den Jahren 1967/68 erschien das Konzept der optimalen Mittelverwendung...“. Dieses Konzept wurde jedoch erst nach dreissig Jahren übernommen.

Ende der achtziger Jahre war ein Regierungswechsel mit neuer Politik einschliesslich des Beitrittsantrags in die EU der Hauptmotor für die Reform und Modernisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Ein 1989 gegründeter Ausschuss für die Reform der öffentlichen Dienstleistungen machte Vorschläge für die gewünschten Änderungen in den öffentlichen Dienstleistungen zwecks Erfüllung der entstehenden lokalen und globalen Forderungen. Diese Vorschläge beinhalteten die Schaffung eines unabhängigen Audit Office mit einem neuen Prüfungskonzept: *“Eines, dass sich auf die Resultate der Operationen der Verwaltungsorgane konzentriert, anstatt ausschliesslich auf die Verfahren, zusammen mit einem Auftrag, der sich auf die optimale Mittelverwendung, die Transaktionen, die Finanzgebahrung und das Management personeller Mittel erstreckte”*.

### Der zu verfolgende Weg

Nach der Identifizierung und Feststellung des Erfordernisses einer Managementprüfung entstand eine Kettenreaktion. Diese in den neunziger Jahren beginnende und noch nicht abgeschlossene Reaktion bestand aus den Schritten, die für die Umsetzung der neuen Rechnungsprüfungspolitik in eine konkrete Aktion für die Schaffung von Managementkontrollen nötig waren. Diese Schritte beinhalteten die Verfügung über folgendes:

- Eine Arbeitsgesetzgebung mit einem klaren Mandat an die State Audit Institution (ORKB) für die Ausführung von Managementkontrollen;

*Die Managementprüfung wurde im National Audit Office von Malta (NAOM) offiziell Ende 1999 eingeführt.*



*Das NAOM übernahm die Normen der Managementkontrolle, die von der INTOSAI festgelegt wurden, sowie die Europäischen Implementierungsrichtlinien für die INTOSAI Rechnungsprüfungsnormen (Nr. 41).*

- eine Managementstruktur zur Durchführung der Managementprüfungen;
- geschultes Personal in den erforderlichen Disziplinen für die Vornahme dieser Prüfungen;
- eine entsprechende Kultur, sowohl für die ORKB als auch die Geprüften.

### Gesetzgebung

Die Gesetzgebung für die Gründung eines vollkommen unabhängigen NAOM mit der spezifischen Verantwortung für die Durchführung von Managementprüfungen wurde Mitte des Sommers 1997 erlassen, fast 10 Jahre nachdem das Erfordernis für diese Art von Rechnungsprüfungen identifiziert wurde. Diese Gesetzgebung legt klar das Mandat und die Verantwortung des NAOM fest, Managementkontrollen vorzunehmen.

Artikel 3 des Ersten Anhangs des Gesetzes über den Auditor General und das National Audit Office (XVI) von 1997 legt folgendes fest: **“Der Auditor General kann prüfen, ob das Ministerium, Amt oder ein anderer Organismus, deren Rechnungsführung er prüft, die zur Verfügung stehenden Mittel in wirksamer, wirtschaftlicher und sparsamer Weise verwendet und unnötige Ausgaben vermieden hat”.**

Artikel 8(a)(ii) des gleichen Anhangs besagt folgendes: **“Der Auditor General kann der Abgeordnetenkammer Sonderberichte.... zur Verfügung stellen, die die Managementkontrolle bezüglich der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit eines jeden Ministeriums, Amtes oder anderen Organismus behandeln”.**

### Managementstruktur

Zweck Übernahme der neuen Verantwortungen, musste sich das NAOM neu strukturieren, um Managementkontrollen durchführen zu können. Es wurde beschlossen, dass eine unabhängige Prüfungssektion für diese Managementprüfungen bestimmt wird, unter der Leitung von einem stellvertretenden Auditor General. Diese neu geschaffene Sektion, die zu Ende 1999 eingerichtet wurde, besteht aus Prüfungsteams, die sich auf diese Art von

Prüfungen spezialisieren müssen, während sie gleichzeitig eine Arbeits- und Kommunikationsbeziehung mit anderen Sektionen des Audit Office, die für Prüfungen der Rechts- und Ordnungsmässigkeit zuständig sind, aufrecht erhalten.

Das NAOM musste mit der Schulung seiner Belegschaft in der Planung und Durchführung von Managementkontrollen ganz von vorne anfangen. Das NAOM übernahm die Normen der Managementkontrolle, die von der INTOSAI festgelegt wurden, sowie die Europäischen Implementierungsrichtlinien für die INTOSAI Rechnungsprüfungsnormen (Nr. 41).

Mit dem Ziel, einen Strategieplan für die Ausführung der Politik der Managementkontrolle zu entwickeln, inspirierte sich das NAOM in grossem Mass in der umfassenden Erfahrung des NAO von Grossbritannien auf diesem Bereich, die aufgrund der zahlreichen Veröffentlichungen über dieses Thema zur Verfügung steht. Auf der Operationsebene übernahm das NAOM das methodologische Konzept der Managementprüfung des National Audit Office von Schweden in dem Handbuch der RRV über die Managementprüfung, zweite Ausgabe. Diese Methodologie wurde natürlich unseren lokalen Erfordernissen und Umfeldern angepasst.

### Personelle Mittel

Anfänglich wurde das Personal praktisch in der Managementkontrolle geschult, die sich auf Disziplinen wie Unternehmensleitung, Kostenbuchhaltung, Wirtschaft, Soziologie, Statistik und Recht konzentrierte. Diese umfassende Wissenspalette war im NAOM bei Einführung der Gesetzgebung und Struktur praktisch inexistent. Während der letzten zwei Jahre wurden Anstrengungen gemacht, die personellen Mittel des NAOM zu erweitern und neues Personal mit Hochschulausbildung in diesen Disziplinen einzustellen. Ausserdem werden Beratungsleistungen ausgelagert, insbesondere bei statistischen und rechtlichen Themen. Das NAOM schaffte seinem Personal Zugang zu den neuesten IT-Dienstleistungen wie E-Mail und Internet, damit es seine eigenen Nachforschungen auf dem Gebiet der Managementkontrolle über die geprüften Themen anstellen kann.

*Das NAOM schaffte seinem Personal Zugang zu den neuesten IT-Dienstleistungen wie E-Mail und Internet, damit es seine eigenen Nachforschungen auf dem Gebiet der Managementkontrolle über die geprüften Themen anstellen kann.*

*Die für die Ausführung von Managementprüfungen erforderliche kulturelle Wandlung ist anscheinend der schwierigste Schritt in der Einführung dieser neuen Art von Prüfung.*





### *Kulturelle Veränderungen*

Die für die Ausführung von Managementprüfungen erforderliche kulturelle Wandlung ist anscheinend der schwierigste Schritt in der Einführung dieser neuen Art von Prüfung. Der Impact der Managementkontrolle liess sowohl intern im NAOM als auch unter den Geprüften einen kulturellen Wandel entstehen. Während Jahrzehnten wurde von der Belegschaft des NAOM einfache Rechtmässigkeitsprüfungen, basiert auf einer einzigen Transaktion, durchgeführt. Mit dem Beginn der Managementkontrolle musste die Arbeit zwecks Differenzierung zwischen Rechtmässigkeits- und Managementprüfung geteilt werden. Das Entstehen einer "wir und sie"-Haltung zwischen der Belegschaft von zwei verschiedenen Arten von Prüfungen war logisch, obwohl die Direktion regelmässig das Konzept fördert, dass beide Prüfungsarten sich gegenseitig ergänzen und nicht miteinander im Wettbewerb liegen. Ausserdem trat ein Ausstrahlungseffekt auf die für die Rechtmässigkeitsprüfung zuständige Belegschaft auf, die zum ersten Mal die geprüften Körperschaften als Systeme ansahen und nicht als Einheiten, in der die Akten einer Transaktion aufbewahrt werden. Somit wandelte und entwickelte sich auch die Orientierung der Rechtmässigkeitsprüfungen.

Im gesamten Verlauf der Prüfungsgeschichte von Malta wurde das Management von Ministerien und Verwaltungsorganismen selten oder gar nicht hinterfragt. Keiner fragte danach, ob die Managementstrukturen angemessen waren, oder ob die Ziele, die von der in den Regierungsprogrammen und Initiativen beinhalteten Politik festgelegt wurden, erreicht wurden.

Keiner fragte nach den Kosten einer Leistungserbringung. Die anfängliche Reaktion der Geprüften war, dass sie sich bedroht fühlten. Sie sahen die Managementprüfung als eine geschickte Art und Weise an, untersucht zu werden, obwohl dies gar nicht der Fall ist. Nach zwei Jahren Managementprüfungen kann es sein, dass diese Ansicht immer noch von einer kleinen Gruppe von Geprüften vertreten wird. Die NAOM-Direktion besteht jedoch auf dem Punkt, dass Managementprüfungen Wege und Mittel aufzeigen, die den Geprüften dabei helfen, ihre Transaktionen und deren Resultate zu verbessern.

Das NAOM hat noch einen weiten Weg in der Managementprüfung zurückzulegen. Es hat jedoch eines der wichtigsten Ziele der Managementkontrolle erkannt, nämlich das des Beitrags zur Wandlung und Verbesserung der Transaktionen des öffentlichen Sektors. Im Fall Maltas entstand das Erfordernis der Managementprüfung aus der Notwendigkeit der Reform des öffentlichen Sektors und dies wird von den von dem NAOM durchgeführten Managementkontrollen geboten. Das erste halbe Dutzend Managementprüfungen hatten Änderungen und Verbesserungen in den Strukturen, Prozessen und Operationen der Geprüften zur Folge, die diese als Antwort auf die Auffindungen der Prüfungen vornahmen.

Aufgrund der Managementprüfung hat das NAOM seine Rolle des Wächters über die staatlichen Schatztruhen in die eines Urhebers der Reform des öffentlichen Sektors verwandelt. Es wird eine bessere Verwendung der öffentlichen Gelder zur Zufriedenheit des Parlaments und der allgemeinen Öffentlichkeit verfolgt.

*Das erste halbe Dutzend Managementprüfungen hatten Änderungen und Verbesserungen in den Strukturen, Prozessen und Operationen der Geprüften zur Folge, die diese als Antwort auf die Auffindungen der Prüfungen vornahmen.*



# Public Relations (PR) und Öffentlichkeitsarbeit aus der Sicht der Finanzkontrolle

DR. EDITH GOLDEBAND

Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit des Österreichischen Rechnungshofes

In diesem Beitrag wird der Begriff "Öffentlichkeitsarbeit", synonym Public Relations (kurz: PR), umfassend als Management von Kommunikationsprozessen für Organisationen und Personen mit deren Bezugsgruppen, definiert und verstanden (Quelle: Deutsche Public Relations Gesellschaft).

Aus der Sicht einer Obersten Rechnungskontrollbehörde liegen zwei Anknüpfungspunkte nahe, um sich mit dem Thema "Öffentlichkeitsarbeit" auseinanderzusetzen:

## Öffentlichkeitsarbeit der Finanzkontrolle

(1) Zum Einen liegt es im Wesen einer staatlichen Finanzkontrolle, dass die Ergebnisse der Rechnungs- und Gebarungskontrolle den allgemeinen Vertretungskörpern vorgelegt und publiziert sowie im Parlament und in der Öffentlichkeit debattiert werden. Die Berichterstattung an das Parlament und die Veröffentlichung der Ergebnisse der Finanzkontrolle über die Massenmedien tragen wesentlich zur Transparenz staatlichen Handelns und zur freien öffentlichen Meinungsbildung bei. Eine kritische öffentliche Meinung und Medienberichte verleihen überdies den Empfehlungen der Rechnungskontrollbehörde den gebotenen Nachdruck, so dass mitunter auch unpopuläre Reformen rascher eingeleitet bzw. umgesetzt werden können.

Ferner sind im Rahmen einer über die Massenmedien geführten Auseinandersetzung neben der sachlichen Fundierung der einzelnen Argumente auch das Ansehen, das Vertrauen und damit die Glaubwürdigkeit einer gesamten Organisation ausschlaggebend dafür, um die Öffentlichkeit zu überzeugen, welche nicht als homogene Gruppe auftritt, sondern sich in unterschiedlich relevanten Teilöffentlichkeiten präsentiert.

Auf dieser Grundlage stellt die Öffentlichkeitsarbeit im Allgemeinen und die PR einer unabhängigen Rechnungskontrollbehörde im Besonderen einen komplexen Kommunikationsprozess dar, der "gemanagt", das heißt, geplant, gestaltet, evaluiert und so gesteuert werden muss, dass sich die Anliegen der Finanzkontrolle in einem öffentlichen Diskurs gegenüber anderen Meinungen angemessen durchsetzen können. Dies ist umso bedeutender, wenn die Einrichtungen der staatlichen Finanzkontrolle selbst keine eigenständige Sanktionsgewalt besitzen.

## Finanzkontrolle der Öffentlichkeitsarbeit

(2) Die Meinungsvielfalt und das zunehmend kritische Denken der Bürgerinnen und Bürger machen zum Anderen erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit für Politik, Verwaltung und Wirtschaft unverzichtbar. In Zeiten, in denen Budgets konsolidiert werden und die Bevölkerung hierfür unpopuläre Sparmaßnahmen in Kauf nehmen muss, geraten jedoch auch die aus Steuergeldern finanzierten Informations- und Kommunikationsprogramme in Diskussion und müssen gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit gerechtfertigt werden. Dies ist aus der Sicht der Finanzkontrolle nicht ohne Brisanz: Wengleich sich der Wert von Reputation und Vertrauen (Kundenbindungen) bei Privatisierungen oder im Krisenfall manifestiert und der Nutzen einer strategischen Öffentlichkeitsarbeit in Theorie und Praxis unbestritten ist, herrschte lange Zeit in der PR-Branche die Meinung vor,

*Zum Einen liegt es im Wesen einer staatlichen Finanzkontrolle, dass die Ergebnisse der Rechnungs- und Gebarungskontrolle den allgemeinen Vertretungskörpern vorgelegt und publiziert sowie im Parlament und in der Öffentlichkeit debattiert werden.*



dass zwar die Kosten von PR-Maßnahmen erfasst und berechnet werden können, jedoch der Erfolg bzw. der Nutzen von Öffentlichkeitsarbeit im Unterschied zur Werbung nicht bzw. nur annäherungsweise gemessen werden kann.

In Anbetracht der steigenden öffentlichen Aufwendungen für Informations- und PR-Maßnahmen erlangt die Frage nach der Effizienz der hierfür eingesetzten Mittel freilich zunehmende Bedeutung. Schließlich ist es dem Steuerzahler kaum zuzumuten, dass er Millionen für Informationskampagnen ausgibt, ohne dass deren Erfolg nachweisbar wäre. Für eine Oberste Rechnungskontrollbehörde eröffnen die wachsenden Ausgaben, die für Zwecke der staatlichen Kommunikation veranschlagt werden, somit ein interessantes und anspruchsvolles Prüfungsfeld.

Der österreichische Rechnungshof hat sich dieser Herausforderung unter anderem im Jahr 1995 anlässlich der Überprüfung des "Bundespressedienstes" gestellt, der die Aufgabe hat, die Öffentlichkeit über die Arbeit der Bundesregierung zu informieren. Ein sichtbarer Erfolg dieser Überprüfung des Rechnungshofes war die von ihm empfohlene Umstellung des "Österreichberichtes", mit dem insbesondere die österreichischen Vertretungen im Ausland über das aktuelle Tagesgeschehen in Politik, Wirtschaft und Kultur informiert wurden, von einem Printmedium auf ein elektronisches Medium, womit die jährlichen Druckkosten von 3,5 Mill ATS (= 254.000 •) und die jährlichen Versandkosten von 1,5 Mill ATS (= 109.000 •) eingespart werden konnten. Der Österreichbericht ist im Internet unter [www.oebericht.bka.gv.at](http://www.oebericht.bka.gv.at) verfügbar.

Im Jahr 1998 hatte der österreichische Rechnungshof die Wirtschafts- und Haushaltsführung der damals im Nationalrat vertretenen fünf politischen Parteien sowie ihrer parlamentarischen Klubs hinsichtlich der widmungsgemäßen Verwendung jener öffentlichen Mittel zu überprüfen, die ihnen gemäß dem Parteiengesetz bzw. dem Klubfinanzierungsgesetz aus Bundesmitteln zur Verfügung gestellt wurden. Ein derartiges Prüfungsverlangen darf zweifellos als besonderer Vertrauensbeweis gegenüber einem Kontrollorgan gewertet werden. Aufgrund des einstimmig beschlossenen Prüfungsauftrages des Nationalrates bestand ein wesentliches Prü-

fungsziel darin, unter Bedachtnahme auf die verfassungsgemäßen Prüfungsmaßstäbe und die gesetzlichen Vorgaben, die widmungsgemäße Verwendung der Förderungsmittel für "Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit" zu beurteilen. Wie der Rechnungshof in seinem diesbezüglichen Sonderbericht darlegte, fehlte insbesondere eine einheitliche Auslegung für den unbestimmten Gesetzesbegriff "für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit". Daher empfahl der Rechnungshof, Richtlinien für die Zuordnung der "für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit" getätigten Ausgaben zu schaffen und einen Rückforderungsanspruch für widmungswidrig verwendete Förderungsmittel im Gesetz vorzusehen. Der Bericht steht im Internet unter [www.rechnungshof.gv.at](http://www.rechnungshof.gv.at) unter der Rubrik "Leistungen", Berichte Bund, Reihe Bund 2000/2.

#### **Erfolgreiche PR setzt Erfolgskontrolle voraus**

Auch außerhalb von Überprüfungen durch Oberste Rechnungskontrollbehörden erweist sich das Thema "Erfolgskontrolle von PR und Öffentlichkeitsarbeit" als heißes Eisen einschlägiger Seminare und Tagungen. Dennoch scheute die Oberste Rechnungskontrollbehörde von Polen nicht davor zurück, um hier nur ein Beispiel zu nennen, das Thema "Evaluation von Public Relations" auf die Tagesordnung des von ihr hervorragend organisierten Medienseminars im April 2001 in Gotawice bei Warschau zu setzen und das Thema mit den Experten der Obersten Rechnungskontrollbehörden zu diskutieren.

Als Ergebnis dieses Erfahrungsaustausches lässt sich festhalten, dass unterschiedliche Rechtsgrundlagen und damit unterschiedliche Auffassungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit bestehen. Dennoch stellen Erfolgskontrolle und Evaluierung einen integrierenden Bestandteil der strategischen Öffentlichkeitsarbeit aller Teilnehmer dar. In der Praxis besteht allerdings der Bedarf nach praktikablen Methoden und einheitlichen Kennzahlen, die sowohl für die eigene Öffentlichkeitsarbeit als auch im Rahmen von Überprüfungen einsetzbar sind, wobei von den Teilnehmern des Medienseminars folgende Vorgangsweisen anerkannt wurden:

*Auf dieser Grundlage stellt die Öffentlichkeitsarbeit im Allgemeinen und die PR einer unabhängigen Rechnungskontrollbehörde im Besonderen einen komplexen Kommunikationsprozess dar; der "gemanagt", werden muss, dass sich die Anliegen der Finanzkontrolle in einem öffentlichen Diskurs gegenüber anderen Meinungen angemessen durchsetzen können.*



*In der Praxis besteht allerdings der Bedarf nach praktikablen Methoden und einheitlichen Kennzahlen, die sowohl für die eigene Öffentlichkeitsarbeit als auch im Rahmen von Überprüfungen einsetzbar sind.*

### (1) Festlegung von Erfolgskriterien und Messmethoden

Die Voraussetzung dafür, dass Aussagen über die Wirkung einer PR-Maßnahme getroffen werden können, sind nachvollziehbare und messbare Ziele, wobei die Öffentlichkeitsarbeit den strategischen Zielen einer Organisation unmittelbar verpflichtet ist. Der Erfolg einer PR-Maßnahme lässt sich hingegen nur schwer oder überhaupt nicht nachweisen, wenn mit unbestimmten Begriffen und Vorgaben operiert wird und der Maßstab, also jene Kriterien, die für den Erfolg ausschlaggebend sein sollen, nicht von vornherein festgelegt werden.

Aus der Sicht der Finanzkontrolle kommt daher der Formulierung von messbaren Kommunikationszielen - nach erfolgter Bestandsaufnahme und Analyse der Ist-Situation - sowie der Festlegung konkreter Vorgaben für einzelne PR-Aktionen und der geplanten Überprüfungsmethoden ganz besondere Bedeutung zu.

Ein aus der Praxis gegriffenes Kommunikationsziel besteht beispielsweise darin, "erhöhte Aufmerksamkeit" für ein bestimmtes Thema zu erreichen. In Anbetracht einer späteren Evaluierung ist von vornherein festzulegen, wie diese angestrebte "erhöhte Aufmerksamkeit" erreicht und bemessen werden soll, weil diesbezüglich durchaus unterschiedliche Erfolgskriterien gegeben sind, wie zum Beispiel die Anzahl, der Umfang, die Platzierung und die Gestaltung von Medienberichten oder die erzielte Auflage.

### (2) Medienresonanzanalyse

Die Medienresonanzanalyse stellt eine weitere allgemein anerkannte Methode zur Erfolgskontrolle dar, die in unterschiedlicher Ausprägung angewendet wird. Die Grundlage hierfür ist zunächst die quantitative Erfassung des medialen Niederschlags, wobei bereits an diese Erfassung der Medienbeiträge (Aufzeichnungen, Abschriften, Clippings, ...) gewisse Anforderungen zu stellen sind, damit die maßgeblichen Informationen, wie Erscheinungs- bzw. Sendetag, Ausgabe, Verbreitung, Reichweiten, Seitennummer, Verfasser u.a. für die weiterführenden quantitativen

und qualitativen Auswertungen bedarfsgerecht zur Verfügung stehen.

Aufgrund der Medienresonanz wird auch gerne das sogenannte Anzeigenpreis- oder Werbe-Äquivalent der redaktionellen Berichterstattung ermittelt, wobei die Schaltkosten eines vergleichbaren Inserates zur Darstellung der Wertschöpfung der entsprechenden PR-Maßnahme herangezogen werden.

Die Medienresonanz bildet somit die Basis für statistische Auswertungen und für weiterführende qualitative Analysen und ist damit das Rückgrat der Erfolgskontrolle in der Öffentlichkeitsarbeit. Die Fachliteratur bietet dementsprechende Modelle und Checklisten für die Praxis an, die auch im Internet abrufbar sind, beispielsweise unter [www.pr-evaluation.com](http://www.pr-evaluation.com).

Ein grundlegendes Problem aller Medienresonanzanalysen besteht allerdings darin, dass mit diesem Instrument die veröffentlichte Meinung untersucht wird, die jedoch nicht unbedingt mit der tatsächlichen Meinung der Rezipienten (Hörer, Seher, Leser) übereinstimmen muss. Ferner wird die Berichterstattung in den Medien auch von "externen" Faktoren und Bedingungen bestimmt, die auch durch gezielte PR-Maßnahmen nicht beeinflusst werden können. Daher müssen die Ergebnisse einer Medienresonanzanalyse entsprechend vorsichtig interpretiert werden.

Derartige Unschärfen können durch Meinungsumfragen bereinigt werden, wobei jedoch für repräsentative Befragungen beträchtliche Kosten anfallen. Als ressourcenschonende Alternative bietet sich an, Rückmeldungen von diversen Veranstaltungen oder Seminaren zu organisieren bzw. persönliche Stellungnahmen von Meinungsführern einzuholen. Auch die Zusammenarbeit mit Universitäten und Fachhochschulen ist ein Weg, um mit verhältnismäßig geringem finanziellen Aufwand die erforderliche Wirkungs- bzw. Meinungsforschung betreiben zu können.

### (3) Erfolgskontrolle im Internet

Das Internet gilt längst als unverzichtbares Medium, wobei im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit insbesondere ein erfolgreicher Internet- bzw. Webauftritt, das heißt, die Einrichtung einer eigenen erfol-

*Aus der Sicht der Finanzkontrolle kommt daher der Formulierung von messbaren Kommunikationszielen ganz besondere Bedeutung zu.*

*Ein grundlegendes Problem aller Medienresonanzanalysen besteht allerdings darin, dass mit diesem Instrument die veröffentlichte Meinung untersucht wird, die jedoch nicht unbedingt mit der tatsächlichen Meinung der Rezipienten (Hörer, Seher, Leser) übereinstimmen muss.*



greichen Homepage (Website) angestrebt wird. Als erfolgreich wird eine Homepage bezeichnet, die viele Zugriffe und damit viele Besucher verzeichnet. Die Anzahl und das Verhalten der Besucher einer Website sind daher unbestrittene Grundlagen für die Erfolgskontrolle im Internet. Ausgangspunkt für den Erfolgsnachweis ist in jedem Fall die vom Webserver erstellte Log-Datei, in welcher die Zugriffe (Abrufe, Hits) auf eine Website verzeichnet werden. Diese Einträge werden statistisch ausgewertet, um die Anzahl der Seitenaufrufe, die Anzahl der Besuche, die Verweildauer, die "Herkunft" der Besucher und andere Informationen über die Nutzung einer Website zu bestimmen.

Bei der Interpretation derartiger Statistiken ist jedoch zu bedenken, dass die Anzahl der mit einem Zugriff aufgezeichneten Einträge in der Log-Datei von der Gestaltung einer Website abhängt. Andererseits werden Zugriffe (Hits), die beispielsweise über einen Proxy-Server erfolgen, nicht erfasst. Die Anzahl der

Einträge ist daher für sich genommen ein zu ungenaues Maß, um den Erfolg einer Website zu bestimmen. Selbst wenn für die Ermittlung der Besuche (Page Impression, Page Views) nur diejenigen Einträge berücksichtigt werden, die sich auf eine HTML-Datei beziehen, oder nur zusammenhängende Nutzungsvorgänge (Visits, Clickstreams) von einem externen Browser anerkannt werden, kann daraus nicht zweifelsfrei auf die Anzahl der Personen (Besucher) geschlossen werden, weil es möglich ist, dass verschiedene Besucher von einem Rechner aus zugreifen können.

#### Resumee

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wird häufig mit unscharfen Begriffen und Vorgaben operiert. Aus der Sicht der externen öffentlichen Finanzkontrolle kommt daher der Formulierung von messbaren Kommunikationszielen und eindeutigen Erfolgskriterien ganz besondere Bedeutung zu.



## *Das Wissensmanagement im NAOD - Gesammelte Erfahrungen*

VON YVAN PEDERSEN UND MICHALA KRAKAUER

Das National Audit Office von Dänemark

In den letzten Jahren hat das National Audit Office von Dänemark (NAOD), sein Augenmerk auf den Bereich des Wissensmanagements gerichtet und versucht, es zu erweitern. Das NAOD ist der Ansicht, dass der wichtigste Aspekt des Wissensmanagement die Art und Weise ist "wie man wichtiges Wissen in unserer Organisation entwickelt und aufrecht erhält und wie es in der Organisation verteilt und verankert werden kann".

#### Einleitung

In den letzten Jahren hat das National Audit Office von Dänemark (NAOD), sein Augenmerk auf den Bereich des Wissensmanagements gerichtet und versucht, es zu erweitern. Das NAOD ist der Ansicht, dass der wichtigste Aspekt des Wissensmanagement die Art und Weise ist "wie man wichtiges Wissen in unserer Organisation entwickelt und aufrecht er-

hält und wie es in der Organisation verteilt und verwurzelt werden kann". Als ein Teil dieses Prozesses ist es wichtig, das verborgene Wissen in ein offenes und klares zu verwandeln. Es ist ausserdem von grösster Wichtigkeit, dass das Wissen in den Verfahren und Prozessen unserer Organisation verankert wird und das aus dem Wissen einer individuellen Person ein Wissen für die Organisation wird.

Das NADO ist zu dem Schluss gekommen, dass das Wissensmanagement für die Wirtschaftlichkeit unserer Organisation und das Wohlbefinden unserer Belegschaft wichtig ist. Obwohl das NAOD noch einen langen Weg zurückzulegen hat, wäre es vielleicht für andere ORKB nützlich, unsere gesammelte Erfahrung kennenzulernen - wie dieser Prozess begann sowie die zusätzlich gesammelte Erfahrung bei der Entwicklung einer Strategie für das Wissensmanagement.

#### Warum ist das Wissensmanagement wichtig für die ORKB?

Der einfache jedoch wichtige Punkt ist, dass alle ORKB wissensintensiv sind und demzufolge ist es erforderlich, dass die ORKB - als ein natürlicher Teil ihres Managements - sich des Wissensmanagements bewusst sind und sich auf dieses konzentrieren. Das Wissensmanagement in den ORKB ist auch wichtig, da das Personal auf gewissen Gebieten Spezialisten und auf anderen nicht spezialisiert sein muss. Die ORKB müssen über umfassendes Wissen über die öffentliche Verwaltung/alle Ministerien verfügen.

Das Wissensmanagement ist wichtig für jeden wissensintensiven Arbeitsplatz in der Gesellschaft, es ist sogar ein entscheidender Faktor für fast alle Arbeitsplätze.

#### Eine kurze Beschreibung des NAOD (Organisation und Belegschaft)

Das NAOD hat eine Belegschaft von ungefähr 260 Personen, die sich einer umfassenden Palette von Disziplinen widmen, die die vielen Aufgaben widerspiegeln, die das NAOD zu bewältigen hat. In den letzten Jahren nahm das NAOD eine Reihe von organisatorischen Änderungen vor, die eine vergrößerte Spezialisierung zur Folge hatten. Diese Spezialisierung verschuf der Belegschaft eine grössere Erfahrung, Wissen und Erkenntnis auf dem Gebiet ihrer Erfahrungen. Das NAOD ist in Abteilungen und Büros aufgeteilt und eine jede Abteilung managt prioritär entweder die Finanzkontrolle oder die Managementprüfung. Die organisatorische Spezialisierung hat die Wirksamkeit des NAOD wesentlich verbessert, es entstand

jedoch eine dringende und entscheidende Forderung nach interner organisatorischer Wissensverteilung.

#### Das Projekt des Wissensmanagements im NAOD

Nach Erkenntnis der Wichtigkeit einer Wissensverteilung und -verankerung für eine Organisation hat sich das NAOD entschlossen, das Wissensmanagement ganz oben auf seine Agenda zu setzen und startete demzufolge ein Projekt für Wissensmanagement und -verteilung.

Im Herbst 2000 machte das NAOD ein Wissensstatement, dass sich auf einen an alle Belegschaftsmitglieder des NAOD gerichteten Fragebogen, auf von der IT-Einheit zur Verfügung gestellte Information und auf andere relevante Informationsquellen basierte. Dieses Statement wurde als ein Teil des Jahresberichts über die Aktivitäten des NAOD während 2000 veröffentlicht und beinhaltete folgendes:

1. Wissen über Sicht, Ziele, Strategien, Produkte und Methodologien des NAOD.
2. Entwicklung der Kompetenzen
3. Arbeitsplatzzufriedenheit - mit Augenmerk auf folgende Aspekte: Schulung und Entwicklung, Management, Kultur und Arbeitsstolz.
4. Arbeitsprozesse
5. Möglichkeiten für Initiative und Akzeptierung neuer Ideen.
6. Wissensverteilung
7. Externe Beziehungen

Dieses wurde vorgenommen, um die Bedingungen für den Erhalt, Austausch und die Verankerung von Wissen zu erforschen. Die Resultate des Statements zeigten, dass das NAOD - im Durchschnitt - über akzeptable und auf einigen Gebieten sogar über gute Bedingungen für den Erhalt, Austausch und die Verankerung von Wissen verfügte. Einige Gebiete mussten jedoch verbessert werden, insbesondere Bereiche in Verbindung mit Arbeitsprozessen und Wissensverteilung in den Abteilungen/Büros.

Das NAOD beschloss, ein Seminar für die gesamte NAOD-Belegschaft über "Wissensmanagement und Wissensverteilung" zu organisieren. Dieses Seminar be-

*Es ist ausserdem von grösster Wichtigkeit, dass das Wissen in den Verfahren und Prozessen unserer Organisation verankert wird und das aus dem Wissen einer individuellen Person ein Wissen für die Organisation wird.*

*Der einfache jedoch wichtige Punkt ist, dass alle ORKB wissensintensiv sind und demzufolge ist es erforderlich, dass die ORKB - als ein natürlicher Teil ihres Managements - sich des Wissensmanagements bewusst sind und sich auf dieses konzentrieren.*



stand aus 8 Workshops, die die gesamten professionellen Personalgruppen im NAOD repräsentierten. Die Workshops behandelten alle verschiedene Teile des Wissensmanagements und der -verteilung im NAOD.

Das Seminar zeigte viele neue Ideen, wie man Wissensmanagement und -verteilung entwickelt und organisiert, um unsere Organisation zu verbessern. Es wurde sich besonders auf die interne organisatorische Wissensverteilung und die Umwandlung von verborgenem Wissen in ein offenes und klares konzentriert. Es wurde ebenfalls darauf bestanden, dass ein Erfordernis für formelle und informelle Kanäle für die Wissensverteilung besteht. Es wurde ebenfalls hervorgehoben, dass das Engagement der Manager bei der Einführung von neuen Verfahren für den Erfolg des Projekts wesentlich ist.

Als Resultat des Seminars wurde beschlossen, dass das Projekt in kleinen Gruppen fortgesetzt werden sollte, die die gesamten professionellen Gruppen der NAOD-Belegschaft vertreten. Es wurden vier Gruppen für die Entwicklung des Folgenden geschaffen:

1. Eine Strategie für Wissensmanagement.
2. Eine überarbeitete Version der NAOD-Werte
3. Wissensverteilung im NAOD, besonders interne organisatorische Wissensverteilung mit Erstellung von Prozessen/Verfahren, wie man Wissen unter Kollegen von verschiedenen Büros und Abteilungen verteilen kann

4. Strategische Entwicklung der Kompetenzen

In naher Zukunft werden zwei oder mehrere weitere Gruppen geschaffen, die folgendes überprüfen sollen:

5. Arbeitsprozesse und Modelle für bewährte Praktiken.

6. Schulung von neuem Personal

Diese Gruppen arbeiten gegenwärtig an der Erstellung von Vorschlägen für Änderungen und Entwicklung. Kürzlich wurde ein Seminar für die Berichterstattung über den Stand der Projekte abgehalten. Es wurde beschlossen, ein Follow-up des intellektuellen Statements im Jahresbericht über die Aktivitäten des NAOD im Jahr 2001 zu veröffentlichen, der im Frühjahr 2002 erscheinen wird.

**Ein nie endender Prozess!!**

Ein Projekt wie das vom NAOD begonnene, ist ein Langzeit-Projekt und die Auswirkungen lassen sich nicht sofort erkennen und sind auch nicht umgehend sichtbar. Es besteht jedoch kein Zweifel daran, dass der Prozess die NAOD-Produktion verbessern wird, solange wir voneinander lernen und uns mehr darauf konzentrieren, wie wir unsere Organisation entwickeln möchten. Der Prozess wird Frustrationen abbauen und die Arbeitsplatzzufriedenheit erhöhen und hoffentlich ein effizientes Netz in unserer Organisation entstehen lassen. Das Wissensmanagement in den ORKB ist eine konstante Herausforderung, dass sich, wenn richtig gehandhabt, in eine entwickelnde und erfolgreiche Aufgabe verwandelt!

*Die organisatorische Spezialisierung hat die Wirksamkeit des NAOD wesentlich verbessert, es entstand jedoch eine dringende und entscheidende Forderung nach interner organisatorischer Wissensverteilung.*



# Der neue institutionelle Status des Audit Office von Finnland

VON LEENA JUVONEN,  
Sonderermittler, Innendienste

In Übereinstimmung mit der neuen finnischen Verfassung hängt das Audit Office (SAO) vom Parlament ab. Alle Vorgänger des State Audit Office übten ihre Funktionen aufgrund von Delegation des Finanzministeriums aus. Im Rahmen der neuen Verfassung von Finnland wurde dieses am 1. Januar abgeschafft und ab diesem Zeitpunkt nahm das unabhängige State Audit Office seine Arbeit als eine vom Parlamentsgesetz geschaffene Institution auf.

Am 24. November 2000 ernannte das Parlament Herrn Tapio Leskinen zum Auditor General des neuen State Audit Office für ein Mandat von sechs Jahren. Das erste Mandat begann am 1. Januar 2001.

## Vertiefung der Unabhängigkeit

Die Verfassungsreform verstärkt die Unabhängigkeit des State Audit Office und es ist jetzt organisatorisch und funktionell unabhängig von der den Prüfungen des Audit Office unterliegenden Verwaltung. In dieser Hinsicht ist es ebenfalls von grösster Wichtigkeit, dass die Aufgaben des Office vom Gesetz reguliert werden und das ihm die Funktionen nur durch das parlamentarische Gesetz übertragen werden. Die Aufgabe des finnischen SAO besteht in der Prüfung der Finanzgebarung des Staates in unabhängiger Art und Weise. Diese Unabhängigkeit wird von dem Umstand unterstrichen, dass das SAO seine eigene Verwaltung bestimmt und seine Aktivität als vom Parlament unabhängiger Organismus entwickelt.

## Der neue Beratungsausschuss

Das State Audit Office hat einen statutorischen Beratungsausschuss geschaffen, dessen Funktion in der Aufrechterhaltung und Entwicklung der Bindungen des SAO mit den mit diesem zusammenarbeitenden Partnern, der Vorlage von Initiativen für die Entwicklung der Prüfung und Überwachung der Orientierung der Rechnungsprüfungen, ihrer Wirksamkeit und Kapa-

zität, verschiedenen zusammenarbeitenden Partnern zu dienen, besteht. Das SAO hat als Mitglieder des Beratungsausschusses sowohl Vertreter dieser zusammenarbeitenden Partner als auch Experten der Finanzverwaltung des Staates und der öffentlichen Wirtschaft ernannt.

## Neuer Jahresbericht für das Parlament

Das State Audit Office übergibt dem Parlament, ausser allen anderen erforderlichen Berichten, jedes Jahr einen Bericht über seine Aktivitäten. Das SAO wird dem Parlament seinen ersten Bericht im September 2002 vorlegen. Dieser Bericht wird eine Aufstellung der Aktivitäten des SAO, die Erklärung des SAO über die staatliche Rechnungsführung sowie wesentliche Beobachtungen und Empfehlungen der Rechnungsprüfung beinhalten.

## Neue gesetzliche Lage und neue Herausforderungen

Kraft einer Verfassungsreform änderte das Parlament von Finnland die Gesetzesregelung des State Audit Office. Diese Änderung setzte sich aus zwei Argumenten zusammen: Zum einen aus der Verstärkung der Haushaltsvollmachten (Überwachung) des Parlaments und zum anderen aus der Vertiefung der Unabhängigkeit des SAO in Übereinstimmung mit den internationalen Normen (INTOSAI).

Obwohl sich aufgrund dieser Änderung die Aufgaben des State Audit Office

*Die Verfassungsreform verstärkt die Unabhängigkeit des State Audit Office und es ist jetzt organisatorisch und funktionell unabhängig von der den Prüfungen des Audit Office unterliegenden Verwaltung.*

*Das State Audit Office übergibt dem Parlament, ausser allen anderen erforderlichen Berichten, jedes Jahr einen Bericht über seine Aktivitäten. Das SAO wird dem Parlament seinen ersten Bericht im September 2002 vorlegen.*





nicht verändern, so bedeutet sie für das SAO jedoch zahlreiche und neue Herausforderungen, insbesondere bezüglich der Art und Methode, seine Prüfungsergebnisse dem Parlament mitzuteilen. Die grösste Herausforderung dieses Prozesses ist die Entwicklung des Inhalts des Berichts des SAO, damit es die Erwartungen und Erfordernisse des Parlaments erfüllen kann.

Zusätzliche Information kann vom State Audit Office of Finland, Annankatu 44, P.O.Box 1119, FIN-00101 Helsinki; Tel: +358 9 4321 (Zentrale), Fax: +358 9 432 5820, E-mail: [kirjaamo@vtv.fi](mailto:kirjaamo@vtv.fi), Website: <http://www.vtv.fi> angefordert werden.

*Die grösste Herausforderung dieses Prozesses ist die Entwicklung.*

## *Das erste europäische Seminar über die Umweltbetriebsprüfung*

VON THERESE JOHNSEN

Generaldirektorin

Office of the Auditor General von Norwegen

Die Umweltpolitik erstreckt sich laufend auf immer mehr Bereiche der öffentlichen Verwaltung und sie wird daher auch zu einer wesentlichen Aufgabe der Obersten Rechnungskontrollbehörden. Was ist so besonders an der Umweltbetriebsprüfung im Vergleich zu anderen Prüfungsbereichen? Was können wir aus den innerhalb der Umweltbetriebsprüfung in anderen Ländern durchgeführten Projekten lernen? Welche internationalen Umweltfragen sind für eine Zusammenarbeit zwischen den Obersten Rechnungskontrollbehörden ideal? Dieses waren einige der vielen Fragen, die auf dem vom 14. bis 16. Mai 2001 in Oslo stattgefundenen EUROSAI-Seminar über die Umweltbetriebsprüfung aufgeworfen wurden.



47

Norwegen und Polen organisierten das erste europäische Seminar über die Umweltbetriebsprüfung. Dieses Seminar, an dem circa 80 Rechnungsprüfer in Vertretung von 27 europäischen Ländern und Kanada teilnahmen, wurde von dem norwegischen Umweltminister, Siri Bkerke eröffnet. Voraussetzung war, dass alle Teilnehmer täglich mit Arbeiten der Umweltkontrolle zu tun hatten.

Das umfangreiche Programm des Seminars wechselte zwischen Präsentationen von konkreten Umweltsprüfungen in verschiedenen Ländern, Einführungen mit Darlegung von Ansichten und Referaten von Experten, die nicht dem Umweltprüfungsbereich angehörten. Beim Essen und in den Salons entstanden lebhafte Debatten. Fast alle Personen des Umweltprüfungsbereichs waren anwesend und es wurden viele neue Kontakte gemacht.

### **Was ist an der Umweltbetriebsprüfung so besonders?**

“Es ist eine Kunst, keine Wissenschaft” sagte Joe Cavanagh von Grossbritannien in einem Referat, das die Herausforderungen behandelte, die ein gutes System der Umweltbetriebsprüfung mit sich bringt. Joe Cavanagh zeigte viele relevante Faktoren auf, die sich auf die Planung einer Rechnungsprüfung auswirken, von denen wir hier vier behandeln möchten.

Erstens, das Geld ist für die Rechnungsprüfung nicht essentiell. Zweitens, die Ziele der Umweltpolitik einer Nation stehen oft in Konflikt mit anderen politischen Vorhaben. Wenn die Politiker unter sich nicht die Prioritäten definiert haben, ist es für die Rechnungsprüfer ausserordentlich schwierig, klare Kriterien festzulegen, die als Grundlage für die Bewertung

*Die Ziele der Umweltpolitik einer Nation stehen oft in Konflikt mit anderen politischen Vorhaben.*

der Leistung der geprüften Organismen dienen können.

Drittens, in vielen Fällen sind die zuständigen Behörden nicht die wichtigsten Akteure. Die Umweltpolitik befasst sich mit zahlreichen Gruppen, die von den Behörden erreicht werden müssen, um die Ziele der Umweltpolitik zu erfüllen: Verbraucher, Fabrikanten, Institutionen, usw. Diese Gruppen haben oft entgegengesetzte Interessen, was bedeuten kann, dass für eine Umweltbetriebsprüfung viele Gruppen und Institutionen berücksichtigt werden müssen.

Ein vierter Faktor der Umweltbetriebsprüfung besteht im Problem der Bewertung. Die Schädigung der Umwelt kann Konsequenz von andererseits perfekt rechtmässigen Aktivitäten, wie das Fahren eines Autos oder die Leitung einer Fabrik sein und die Behörden wenden daher oft indirekte politische Instrumente an, wie z.B. Steuern und Zuschüsse. Es ist schwer, die Auswirkungen dieser politischen Instrumente an sich zu bewerten. Da die Umweltprobleme grenzüberschreitend sind, ist die Bewertung der Wirksamkeit von angewandten Massnahmen noch schwieriger. Um ausreichende Kenntnis für den Erhalt von Folgerungen zu haben ist es erforderlich, mehrere Methoden zu benutzen, um zu sehen, ob die Resultate alle in die gleiche Richtung zielen.

Welche Konsequenzen hat das Vorhergehende für die Planung von Umweltbetriebsprüfungen? Im wesentlichen führt es oft zu *umfangreichen* Projekten. In der Debatte nach dem Referat wurde klar, dass viele Oberste Rechnungskontrollbehörden es frustrierend finden, dass die Umweltbetriebsprüfung so viele Mittel schluckt, da sie oft so lange dauert. Herr Cavanagh warnte jedoch vor der Übervereinfachung dieser wesentlichen und komplizierten Probleme. Eine gut geplante Prüfung kann viel Zeit sparen und bedeuten, dass wir eine Anzahl von Sackgassen vermeiden.

### Der Umfang der Umweltbetriebsprüfung

Obwohl die meisten europäischen Länder eine fest umrissene Umweltpolitik ha-

ben, die natürlich als Grundlage in diesem Bereich dient, so ist die Festlegung des Umfangs einer Prüfung noch immer keine leichte Aufgabe. Zu dieser Schlussfolgerung gelangte ebenfalls ein Bericht<sup>1</sup>, den die INTOSAI-Arbeitsgruppe für Umweltbetriebsprüfungen bezüglich der Fortschritte in dieser Art von Prüfungen in der Zeit zwischen 1995 und 2000, veröffentlichte. Pieter Zevenbergen, Rat des niederländischen Rechnungshofs, präsentierte auf dem Seminar einige Resultate dieses Berichts, die auf einem an alle Mitgliedsländer gesandten Fragebogen basierten. Zuerst war ein grosser Teil der Obersten Rechnungskontrollbehörden der Meinung, dass in den letzten Jahren die Umweltpolitik vage geworden ist, was zur Folge hat, dass die Kriterien, auf die eine Prüfung basieren kann, schwächer werden. Zweitens nimmt eine immer grössere Anzahl von Ebenen und Institutionen an der Arbeit zur Verbesserung der Umwelt teil. Eine einfache Prüfung kann diese gesamte komplizierte Perspektive nicht umfassen und es kann schwierig werden festzustellen, wer verantwortlich ist. Hinzu kommt, dass nicht alle Obersten Rechnungskontrollbehörden die Gelegenheit haben, auf lokaler und regionaler Ebene zu prüfen, auf der ein Grossteil der Umweltpolitik angewendet wird.

Im Jahr 2000 wurden für die Umweltbetriebsprüfung die gleichen Mittel verwendet wie 1995, die Anzahl der erstellten Berichte war jedoch geringer. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass Leistungsberichte umfangreicher und allgemeiner sind. Die Leistungskontrolle erfordert mehr Mittel als die Ordnungsmässigkeitsprüfung. Es finden auch mehr gemeinsame Prüfungen statt, in denen mehrere Rechnungsprüfungsinstitutionen zusammenarbeiten und diese Prüfungen können mehr Anforderungen stellen, als nationale Kontrollen. Sie sind jedoch normalerweise wertbringender für die Gemeinschaft und gleichen so die höheren Kosten aus. Obwohl die Anzahl der Berichte niedriger ist, zeigen die Resultate der von der INTOSAI-Arbeitsgruppe für Umweltbetriebsprüfung vorgenommenen Dritten-Befragung über Umweltbetriebsprüfung, dass sich die *Qualität* der Berichte verbessert hat.

*Da die Umweltprobleme grenzüberschreitend sind, ist die Aufgabe der Bewertung der Wirksamkeit von angewandten Massnahmen noch schwieriger. Um ausreichende Kenntnis für den Erhalt von Folgerungen zu haben ist es erforderlich, mehrere Methoden zu benutzen, um zu sehen, ob die Resultate alle in die gleiche Richtung zielen.*

*In der Debatte nach dem Referat wurde klar, dass viele Oberste Rechnungskontrollbehörden es frustrierend finden, dass die Umweltbetriebsprüfung so viele Mittel schluckt, da sie oft so lange dauert. Herr Cavanagh warnte jedoch vor der Übervereinfachung dieser wesentlichen und komplizierten Probleme.*

<sup>1</sup> Resultate des Dritten Berichts über Umweltbetriebsprüfung (2001) INTOSAI-Arbeitsgruppe für Umweltbetriebsprüfungen.



### Welche Umweltabkommen sind für eine Prüfung am günstigsten?

Die INTOSAI-Arbeitsgruppe für Umweltbetriebsprüfungen hat Kriterien für die Auswahl von internationalen Umweltabkommen für die Prüfung festgelegt und es wurde vorgeschlagen, dass hauptsächlich 3 Faktoren berücksichtigt werden:

a) *Nationale Anwendung:* Die Behörden müssen über die gesamte, für die Durchführung der Prüfung erforderliche Information verfügen und diese muss zuverlässig sein. Wenn die gesammelte Information dokumentiert, dass das Abkommen angewendet wird, besteht kein Grund für den Beginn einer umfangreichen Nachforschung.

b) *Aspekte des Abkommens:* Das Abkommen muss ein Thema mit einem hohen Umweltrisiko behandeln, oder das dringliche Erfordernis, Änderungen vorzunehmen. Es sollte klare Voraussetzungen für die Anwendung enthalten, und vom Parlament ratifiziert werden, damit es so bindend wie die nationale Gesetzgebung wird. Das Alter des Abkommens ist ebenfalls wichtig. Es ist unumgänglich, dass einige Massnahmen vor Beginn der Prüfung ergriffen wurden, obwohl die Oberste Rechnungskontrollbehörde nicht warten darf, bis das Abkommen sein Interesse verloren hat. In dieser Hinsicht sollten die Obersten Rechnungskontrollbehörden die Verantwortung übernehmen, "vergessene" jedoch wichtige Fälle wieder auf den Tisch zu bringen.

c) *Kontext:* Das Augenmerk sollte sich auf Abkommen richten, die sich auf ein kürzlich geschehenes Vorkommnis beziehen, damit das fragliche Abkommen wieder aktuell wird. Ein Beispiel für diese Art von Zeitplanung erfolgte in den Niederlanden, wo man zur Zeit die Klimapolitik der Prüfung unterzieht. Der Bericht wird als Konsequenz der Den Haager Konferenz erstellt, bei der dieses Thema hoch auf der Rangliste stand, jedoch bevor die Behörden die Klimapolitik erneut festlegen.

### Es wurden viele interessante Prüfprojekte vorgestellt.

Oberste Rechnungskontrollbehörden aus 13 Ländern sowie die UE stellten ihre Aktivitäten auf dem Umweltbereich vor,

von denen der grösste Teil auf eine spezifische Prüfung ausgerichtet waren, die sie kürzlich durchgeführt hatten oder gerade ausführten. Sieben der Umweltbetriebsprüfungsprojekte behandelten die Gewässer- und Grundwasser-Verunreinigung von Flüssen, Seegebieten oder Grundwasser. Zwei Länder präsentierten die Prüfungen von Abfallmanagement, zwei die von Luftverunreinigung und eine war eine Prüfung eines Nationalparks. Die Auswahl der Themen hält sich an den Strategieplan der Umweltbetriebsprüfung der EUROSAI für 2001-2002.

Viele Länder des ehemaligen Ostblocks haben noch nicht lange Umweltbetriebsprüfungen durchgeführt, denn es dauerte lange, nach Verabschiedung der neuen Verfassung eine Rechnungsprüfungsinstitution aufzubauen und einige der Regulierungen für den Umweltbereich sind noch zu neu, um geprüft zu werden. Dieser Übergang und die neue Umweltgesetzgebung wurden daher von der Tschechischen Republik vorgestellt. Einige dieser Projekte sind jedoch sehr umfangreich. Zum Beispiel die polnische Prüfung des Abfallmanagements umfasste 140 Einheiten, die sowohl die öffentliche Verwaltung als auch die Anlagen, die Abfall erhalten und behandeln vertraten. Während die dänische für die Prüfung der Kontamination der Nordsee eine Probe bestehend aus acht Gemeinden benutzte, untersuchte Rumänien in der Prüfung der Verschmutzung der Donau einen jeden seiner Flussdistrikte. Bezüglich der Mittel für das Sammeln von Daten benutzten die meisten Länder viele verschiedenen Methoden: Häufig wurden zusätzlich zur Überprüfung von Dokumenten Fragebogen, Inspektionen und Unterredungen verwendet. Einige Länder erwähnten ebenfalls positive Erfahrungen in der Verwendung von Fokusgruppen und externen Experten in den frühen Stadien, um das der Prüfung unterliegende Bereich besser zu verstehen.

Obwohl sich einige Themen wiederholten, so existierte jedoch eine grosse Anzahl von Mitteln und Wegen für die Planung und Organisation der Prüfung. In vielen Fällen erfolgte dies aufgrund der institutionellen Rolle der Obersten Rechnungskontrollbehörde. Norwegen und Griechenland präsentierten Prüfungen, die sich mit der Küste befassten und die Unterschiede zwischen beiden Prüfungen illustrieren, wie unterschiedlich die Rollen beider Obersten

*Hinzu kommt, dass nicht alle Obersten Rechnungskontrollbehörden die Gelegenheit haben, auf lokaler und regionaler Ebene zu prüfen, auf der ein Grossteil der Umweltpolitik angewendet wird.*

*Die INTOSAI-Arbeitsgruppe für Umweltbetriebsprüfungen hat Kriterien für die Auswahl von internationalen Umweltabkommen für die Prüfung festgelegt.*



Rechnungskontrollbehörden in ihren entsprechenden Ländern sind. In Norwegen wird gegenwärtig geprüft, wie die öffentliche Verwaltung das Verbot befolgt, keine Gebäude innerhalb des 100 Meter-Gürtels der Küste zu errichten. Das Ziel ist eine Übersicht zu erhalten, wieviel in der Küstenzone während der letzten zwei Jahrzehnte gebaut wurde sowie über die Politik der öffentlichen Verwaltung bezüglich der Vollstreckung des Bauverbots. Auf dem Seminar wurde ein Fall vorgestellt, in dem die Oberste Rechnungskontrollbehörde von Griechenland eine Zahlung in Verbindung mit einer Autostrasse, die entlang der Küste gebaut werden sollte, zurückhielt. Sie war der Meinung, dass die Pläne nicht ausreichend die Küstenlinie berücksichtigten, die in der Verfassung als öffentliches Gut geschützt ist. In einem anderen Fall kritisierte die griechische Oberste Rechnungskontrollbehörde die Art und Weise, in der Gelder für ein Umweltprojekt verwendet wurden. Die UE hatte Mittel für die Überprüfung der Wasserqualität der öffentlichen Strände bereitgestellt, es wurde jedoch kein permanenter Organismus für die systematische Kontrolle der Wasserqualität geschaffen. Diese Aufgabe wurde Privatunternehmen übertragen, die mit den Behörden unregelmässig zusammen arbeiteten und nach Meinung der Obersten Rechnungskontrollbehörde war dieses nicht im Sinne der Mittelzuteilung.



50

### **Die Obersten Rechnungskontrollbehörden arbeiten in der Umweltbetriebskontrolle grenzüberschreitend zusammen**

Der Zusammenschluss der Kräfte zwecks Prüfung der Anwendung der internationalen Abkommen ist erfolgreich, nicht nur, weil viele Umweltprobleme grenzüberschreitend sind, sondern auch, weil die Zusammenarbeit Kenntnisse und Know-how in diesem relativ neuen Prüfungsbereich entstehen lässt.

Die Kontaminierung der Gewässer stellt ein Umweltproblem dar, dass bis

heute oft Gegenstand der Zusammenarbeit von Obersten Rechnungskontrollbehörden in Europa war. Hier können vier regionale grosse Projekte angeführt werden. Alle Länder, die das Übereinkommen von Helsinki zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebiets unterzeichnet haben, mit der Ausnahme von Deutschland, haben an einem gemeinsamen Projekt der Prüfung der Anwendung des Übereinkommens zusammen gearbeitet. Dänemark, Island und Norwegen haben sich mit dem OSPAR-Übereinkommen befasst und haben die Wirksamkeit der Massnahmen für die Begrenzung der Abwassereinleitung in die Nordsee überprüft. Die Donau fliesst durch Rumänien, Bulgarien, die Slowakei, Kroatien und Slowenien und diese Länder haben in einem gemeinsamen Projekt zusammen gearbeitet, das auf das Übereinkommen von 1994 zum Schutz der Donau gestützt ist. Abschliessend sollten wir das gemeinsame Projekt über die Verunreinigung des Schwarzen Meers erwähnen, das jetzt in Angriff genommen wird.

Zusätzlich zu diesen Gewässerverunreinigungsprojekten haben wir auch von einem gemeinsamen Projekt zwischen Polen und Slowakien für das Management von Nationalparks gehört, sowie von einem Projekt zwischen Polen und der Tschechischen Republik über die Massnahmen zum Schutz der Ozonschicht.

Der Präsident der EUROSAI-Arbeitsgruppe über Umweltbetriebskontrolle, Herr Zbigniew Wesolowski aus Polen berichtete, dass die Zusammenarbeit im Übereinkommen von Helsinki schwierig war, jedoch zu einem internationalen Standard für diese Art von gemeinsamen Projekten führen wird. Die Resultate dieser Zusammenarbeit sind nicht nur in dem hier besprochenen Projekt sichtbar, sondern werden ebenfalls der nächsten Rechnungsprüfung zu Gute kommen. Dies unterstreicht die Wichtigkeit von geteilter Erfahrung, wie es die EUROSAILänder auf dem Seminar vorgemacht haben.

*Viele Länder des ehemaligen Ostblocks haben noch nicht lange Umweltbetriebsprüfungen durchgeführt, denn es dauerte lange, nach Verabschiedung der neuen Verfassung eine Rechnungsprüfungsinstitution aufzubauen und einige der Regulierungen für den Umweltbereich sind noch zu neu, um geprüft zu werden.*

*Der Zusammenschluss der Kräfte zwecks Prüfung der Anwendung der internationalen Abkommen ist erfolgreich, nicht nur, weil viele Umweltprobleme grenzüberschreitend sind, sondern auch, weil die Zusammenarbeit Kenntnisse und Know-how in diesem relativ neuen Prüfungsbereich entstehen lässt.*

# *Fortschritte in der Prüfung der optimalen Mittelverwendung auf dem Gesundheitssektor*

KAREN TAYLOR

Karen Taylor, ausgezeichnet mit dem Preis Public Finance Public Servant of the Year, verliehen von der Zentralverwaltung Grossbritanniens im Jahr 2001, erklärt die Vorgehensweise des National Audit Office in der Prüfung der optimalen Mittelverwendung und wie das Team der Managementprüfung des Gesundheitsbereichs seine Verfahrensweise den Entwicklungen auf dem Gesundheitssektor angepasst hat.

## **Über das Gesundheitsministerium und den staatlichen Gesundheitsdienst (NHS)**

Während der Jahre 2001 bis 2002 ist das Ministerium für Gesundheit (Ministerium) verantwortlich für die Gebarung von 48 Milliarden Pfund Sterling öffentlicher Mittel. Es berät die Minister, wie diese Mittel am besten verwendet werden können, sowie über andere Mechanismen für die Erreichung ihrer Ziele, es vollstreckt ihre Entscheidungen und unterstützt die parlamentarische und öffentliche Rechenschaftspflicht. Das Ministerium setzt die globale Politik für Gesundheitsfragen fest und ist verantwortlich für die Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen, die am Leistungspunkt kostenlos sind. Diese Leistungen werden durch den NHS erbracht. Dieser beschäftigt mehr als eine Million Personen und ist der grösste Einzelarbeitgeber Europas.

Der NHS besteht seit 1948. Er wurde aufgrund des Prinzips gegründet, allen Personen aufgrund ihrer Erfordernisse und nicht aufgrund ihrer Zahlungsfähigkeit Zugang zur Gesundheitsversorgung zu verschaffen. Während vieler Jahre genoss der NHS einen weltweit beneidenswerten Ruf und stand im Mittelpunkt einer Reihe bahnbrechender und technischer Fortschritte wie das Hüftgelenkimplantat, Kataraktchirurgie, Impfantwicklungen und Gentherapie. Während der letzten zwanzig Jahre entstanden für den NHS aufgrund des zunehmenden Einblicks der Öffentlichkeit und der wachsenden Erwartungen

wesentliche Herausforderungen. Obwohl die Öffentlichkeit weiterhin das Prinzip eines freien Gesundheitsdienstes unterstützt, ist sie jedoch zunehmend darum besorgt, dass der NHS mit den Änderungen in der Gesellschaft Schritt halten und Leistungen höchster Pflegequalität und Wirksamkeit erbringen sollte.

Im Jahr 1997 wurde die neue Labour-Regierung aufgrund eines Programms gewählt, das sich insbesondere auf Gesundheitsfragen konzentrierte. Versprechen wie reduzierte Wartezeiten, verbesserte Dienstleistungen, eine grössere Transparenz und Rechenschaftspflicht und vielleicht noch wichtiger, grössere Mittel erhöhte wesentlich die Erwartungen und stand in den letzten vier Jahren erhöht im Mittelpunkt der Kommunikationsmittel und der Öffentlichkeit. Im Juli 2000 führte die Regierung den NHS-Plan ein, der anerkannte, dass in diesem Gesundheitsdienst wesentliche Probleme bestanden. Der Plan zeigte auf, dass sich viele Facetten des NHS seit den Jahren 1940 nicht geändert haben. Insbesondere hat der NHS nicht mit den Gesundheitsdienstsystemen anderer vergleichbarer Länder Schritt gehalten, ausserdem besteht ein Mangel an Ärzten, Krankenschwestern und anderem wichtigen Personal, das alle erforderlichen Behandlungen durchführen kann.

Bei Veröffentlichung des Plans verpflichtete sich die Regierung zu einer anhaltenden Erhöhung der Mittel und es wird erwartet, während fünf Jahre die Ausgaben real um ein Drittel zu erhöhen. Im Gegenzug zu dieser Erhöhung wird das Ministe-

*Das Ministerium setzt die globale Politik für Gesundheitsfragen fest und ist verantwortlich für die Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen, die am Leistungspunkt kostenlos sind.*



rium für Gesundheit aufgefordert, die Dienstleistungen drastisch zu modernisieren und zu reformieren. Andere wesentliche von den Ministern vorgenommene Änderungen beinhalten neue und starke Inspektionskörper für den NHS, wie der Ausschuss für Gesundheitsverbesserung (Commission for Health Improvement) und die neue Patientenschutzagentur (Patient Safety Agency), die die Leistungen kontrollieren.

In den letzten Wahlen im Juni 2001 wurde die Labour-Regierung für ein zweites Mandat wiedergewählt. Während des Wahlkampfs waren die Öffentlichkeit und die Medien sehr kritisch mit der Verzögerung in der Verbesserung des NHS, was sie als Mangel ansahen. Die jetzigen Erwartungen sind jetzt dahingehend, dass die im Plan des NHS vorgeschlagenen Änderungen sehr viel schneller vorgenommen werden.

### Rechnungsprüfung der optimalen Mittelverwendung auf dem Gesundheitssektor

Unsere Kontrollen der optimalen Mittelverwendung nehmen detailliert, wie auch alle anderen Wirtschaftlichkeitsprüfungen der NAO, ministerielle Ausgabenprogramme und Aktivitäten in Augenschein, um die Leistung zu bewerten, bewährte Praktiken zu identifizieren und Wege vorzuschlagen, die die Leistungserbringung für die Öffentlichkeit verbessern können. Wir untersuchen, ob das Gesundheitsministerium mit den öffentlichen Mitteln sparsam (indem Ausgaben reduziert werden), wirtschaftlich (indem das Verhältnis output/input vergrößert wird) und wirksam (ob das tatsächliche Resultat das erwartete war) umgehen. Der gesetzliche Rahmen, in dem wir arbeiten, erfordert die Art und Weise zu bewerten, in der das Ministerium die Regierungspolitik anwendet, jedoch nicht die Politik als solche in Frage zu stellen.

Unser Ziel bei der Auswahl der zu untersuchenden Themen ist die Vergewisserung, dass wir diejenigen auswählen, die ein Risiko für die optimale Mittelverwendung darstellen, wo unsere Prüfung zu den grössten Verbesserungen beitragen kann. Unsere anfängliche Verfahrensweise, die Durchführbarkeitsphase, ist, soviel wie

möglich über das Prüfungsfeld aufgrund von Literaturdurchsichten, Teilnahme an Sektorenkonferenzen, Unterredungen mit Schlüsselpersonal und Besuche in ausgewählten Krankenhäusern und Gesundheitsbehörden zu erfahren. Auf diese Weise können wir grundlegende Angelegenheiten identifizieren, die sich dem NHS in einem Bereich stellen und die Initiative und Fortschritte begreifen, die sich auf die Leistungserbringung der Gesundheitspflege in diesem Bereich auswirken. Da die Hauptfunktion des Gesundheitsministeriums die Erbringung von Gesundheitsversorgung für die Patienten ist, konzentriert sich ein Grossteil unserer Prüfung darauf, wie gut diese Leistung am Leistungspunkt erbracht wird. Dieses bedeutet die Überprüfung und der Vergleich der Leistung einzelner Krankenhäuser, der Gesundheitsbehörden und des Gesundheitspflegepersonals.

Die folgende Etappe unserer Rechnungsprüfung ist die Phase des Vorstudiums. Als ein Teil dieser Phase untersuchen und identifizieren wir existierende Datenbanken und studieren alle veröffentlichten Berichte und Untersuchungen. Wir entwickeln ebenfalls die Methodologie für die volle Prüfungsphase. Über die letzten zehn Jahre hat das Gesundheitsministerium zentral nicht viel Information gesammelt und daher erfordern die meisten unserer Studien die Überprüfung des Prüfungsfelds für den Erhalt der für uns nötigen Daten von einzelnen Operationseinheiten. Das Resultat ist, dass wir oft ausserordentliche Daten besitzen, die wir mit dem Gesundheitsministerium teilen können, was ein weiterer Wert unserer Arbeit ist. Ein wichtiger Aspekt der Durchführung unserer Arbeit ist die Gründung von Expertenberatungsgruppen, die unseren Studien Glaubwürdigkeit und Autorität verleihen und unsere Methodologie und die in unseren Berichten beinhalteten Auffindungen und Empfehlungen unterstützen.

Aufgrund der konstanten Kontrolle seitens der Öffentlichkeit der Entwicklungen im NHS ist die Prüfung der optimalen Mittelverwendung in der Gesundheitspflege eine anspruchsvolle und herausfordernde Arbeit mit Versetzung der Zielposten, wenn neue Initiative auftreten. Vor diesem schnell und fortlaufend sich ändernden Hintergrund musste das Programm der optimalen Mittelverwendung auf dem Ge-

*Der NHS besteht seit 1948. Er wurde aufgrund des Prinzips gegründet, allen Personen aufgrund ihrer Erfordernisse und nicht aufgrund ihrer Zahlungsfähigkeit Zugang zur Gesundheitsversorgung zu verschaffen.*

*Obwohl die Öffentlichkeit weiterhin das Prinzip eines freien Gesundheitsdienstes unterstützt, ist sie jedoch zunehmend darum besorgt, dass der NHS mit den Änderungen in der Gesellschaft Schritt halten und Leistungen höchster Pflegequalität und Wirksamkeit erbringen sollte.*



sundheitssektor der NAO ebenfalls angepasst und verändert werden. Eine Liste der von uns in den letzten zwei Jahren durchgeführten Studien einschliesslich des Umfangs, Methodologie und Impakts ist in der Tabelle A enthalten. Der Rest dieses Artikels gründet sich auf diese Studien, um zu zeigen, wie wir uns unserem sich verändernden Umfeld angepasst haben.

### Ein mehr zukunftsorientierter Ausblick

Eine neue Verfahrensweise in den Studien der NAO ist zu versuchen, mehr mit der Regierung und den Ministerien zusammen und nicht gegen sie zu arbeiten. Wir haben erkannt, dass in dem Versuch, den öffentlichen Sektor zu modernisieren, ein Risikoelement beinhaltet ist, was dazu geführt hat, dass wir sowohl die Erfolge anerkennen, als auch die Problembereiche identifizieren. David Davis, Präsident des Rechnungsausschusses erklärte in einer Präsentation auf dem Seminar des National Audit Office/Zentrum für Management und politische Studien:

*“Die Innovation ist entscheidend, wenn die öffentlichen Dienstleistungen besser werden sollen und die Innovation beinhaltet Risiken. Als Verteidiger des Erfordernisses bessere, schnellere und effizienter öffentliche Dienstleistungen zu erbringen, erkennen wir in meinem Ausschuss, dass Neuerungen vorzunehmen sind und wir akzeptieren Risiken als den dafür zu zahlenden Preis. Wir erwarten jedoch genau so wie die Bewacher des Geldes der Steuerzahler, dass die Risiken reduziert und gemanagt werden“.*

Während unsere Studien immer noch die mangelnde Leistung betrachten, so konzentrieren wir uns jetzt darauf, Lehren und bewährte Praktiken zu erstellen, die vermeiden, dass Probleme immer wieder auftreten sowie auch auf die Verbesserung der Arbeitspraktiken. In unserem Bericht über das Management und die Kontrolle der nosokomialen Infektion in den Konsortien der Intensivmedizin des NHS, empfahlen wir den Professionalismus und Dedikation der Teams für nosokomiale Infektion des NHS und identifizierten viele Beispiele bewährter Praktiken, aus denen andere lernen können. Wir identifizierten ebenfalls das Erfordernis, das strategische

Management der nosokomialen Infektion zu verbessern, den Mangel an Information über das Ausmass, die Kosten und den Impact dieser Infektion und das die Massnahmen für Vorbeugung, Diagnose und Einhaltung erheblich verbessert werden müssen. Der Bericht erkannte an, dass das Ministerium Normen, Aktionspläne und Initiative für die Verbesserung des Managements und die Kontrolle eingeführt hat, jedoch in deren Anwendung ein grösserer Fortschritt erzielt werden muss. Wir planen jetzt die Durchführung einer Verfolgungsstudie über die kommenden Jahre zwecks Überprüfung, dass die bewährten Praktiken angewandt werden und die Infektionsrate weiterhin sinkt.

### Integrierte Gesundheit = Integrierte Rechnungsprüfung

Die Regierung hat zugegeben, dass alle öffentlichen Dienstleistungen in Zukunft in einer mehr kohäsiven Weise funktionieren müssen. Die Gesundheitsvorsorge wird zu einem integrierenden Prozess mit engeren Verbindungen zwischen der Erstbehandlung (Ärzte in den Praxen), Zweitbehandlung (Krankenhaus und Krankenwagen), Sozialleistungen und Hausbesuche und Tageszentren. Obwohl es bis zu völlig integrierten Gesundheitsdienstleistungen noch ein weiter Weg ist, passt sich unser Rechnungsprüfungssystem dieser Situation an, indem das ganze System in Betracht gezogen wird und nicht nur allein der NHS.

Unser kürzlicher Bericht ‘Tackling Obesity in England’ (“Bekämpfung der Obesität in England”) beinhaltet zum ersten Mal eine Bewertung aller kürzlich ergriffenen Regierungsmassnahmen für die Verbreitung eines gesünderen Lebensstils und die Reduzierung der Übergewichtsebene. Wir prüften die Wirksamkeit der Arbeit, die von den für die Bildung, den Transport, der Umwelt, der Nahrungsmittelvorschriften und dem Sport verantwortlichen fünf Ministerien und Organismen zusammen durchgeführt wurde.

Das NAO hat sich ebenfalls das Konzept einer sich modernisierenden öffentlichen Verwaltung zu eigen gemacht, die mit anderen Kontrollorganismen und Gesundheitsrechnungsprüfungsexperten wie der Rechnungsausschuss (der für die Rechnungsprüfung der Ausgaben der loka-

*Wir untersuchen, ob das Gesundheitsministerium mit den öffentlichen Mittel sparsam (indem Ausgaben reduziert werden), wirtschaftlich (indem das Verhältnis output/input vergrössert wird) und wirksam (ob das tatsächliche Resultat das erwartete war) umgehen.*



*Ein wichtiger Aspekt der Durchführung unserer Arbeit ist die Gründung von Expertenberatungsgruppen, die unseren Studien Glaubwürdigkeit und Autorität verleihen und unsere Methodologie und die in unseren Berichten beinhalteten Auffindungen und Empfehlungen unterstützen.*

len Regierung und Gesundheitsbehörden zuständig ist) zusammenarbeitet. Durch die Zusammenarbeit wollen wir beweisen, dass auch wir uns zwecks einer grösseren Wirksamkeit integrieren können.

Unsere kürzliche Studie über die Ausbildung und Schulung von Sanitätspersonal (2001) wurde zusammen mit dem Rechnungsausschuss durchgeführt, jedoch mit zwei getrennten Berichten, die sich auf zwei Aspekte der Berufsausbildung auf dem Gesundheitssektor befassten. Die Studie des NAO konzentrierte sich auf die Ausbildung und Schulung des kürzlich vom NHS eingestellten Personals und die Studie des Rechnungsausschusses befasste sich mit der permanenten Berufsausbildung. Beide Studien wurden jedoch in einer gemeinsamen Pressekonferenz offiziell vorgestellt! Mit dieser Zusammenarbeit konnten wir einen globalen Überblick der Ausbildung, der Schulung und der Entwicklung des Personals innerhalb des NHS bieten und wichtige praktische Verbesserungsvorschläge machen, die der NHS übernommen hat.



54

### Nationale Prioritäten auf dem Gebiet der Gesundheit

Der NHS-Plan legte die Verpflichtung fest, die Behandlungsleistungen der koronaren Herzerkrankungen und Krebs wesentlich zu verbessern, indem sie in eine nationale Priorität verwandelt werden. Als Antwort auf diese Verpflichtung haben wir die Absicht, eine Reihe von Krebsstudien vorzunehmen, um zu sehen, welche Fortschritte in der Verbesserung der systematischen Diagnose und der Behandlungs- und Krebsmanagementleistungen gemacht wurden.

Man weiss, dass Übergewicht ein wichtiger Risikofaktor ist, der koronare Herzerkrankungen zur Folge haben kann. Wie auch in der restlichen Welt, erhöht sich die Anzahl der übergewichtigen Personen in einem ausserordentlichen Rhythmus und hat sich in Grossbritannien während der letzten 20 Jahre verdreifacht. Obwohl die Information über dieses Lebensthema ein aussergewöhnliches Untersuchungsfeld für das NAO sein mag, so waren wir jedoch der Meinung, dass wir auf diesem Gebiet konstruktive Kommentare über die Anwendung der Strategie der

öffentlichen Verwaltung in diesem Thema machen konnten. Wir beauftragten eine einzige unabhängige Untersuchung aufgrund der Schätzung, dass sich die Kosten der Obesität für den NHS und die Wirtschaft jährlich auf 2,5 Milliarden Pfund Sterling beliefen. Hiermit bezifferten wir die Skala des Problems und erstellten praktische Vorschläge, wie der NHS und andere Organismen der Obesität vorbeugen, oder diese wirksamer behandeln könnte; wir gaben dem Thema jedoch eine grössere Priorität innerhalb der Agenda der öffentlichen Verwaltung.

Die Verbesserung der Dienstleistungen für Senioren ist ein weiteres Hauptziel des NHS. Für das Jahr 2004 ist eine zusätzliche Investition in Höhe von 2,4 Milliarden Pfund Sterling in Gesundheits- und Sozialleistungserbringungen für über 65-Jährige geplant. Als Teil unseres zukünftigen Rechnungsprüfungsprogramms des Gesundheitsmanagements haben wir ein interdisziplinäres Team geschaffen, das eine Reihe von Studien über Senioren durchführen wird, einschliesslich eine über die Gesundheitsleistungserbringung auf diesem Bevölkerungssektor. Diese Analyse ist ein Teil einer Reihe von Studien, die sich auf die öffentlichen Dienstleistungen für über 65-Jährige konzentrieren werden, auf die Nutzung von Vergünstigungen, die elektronische Leistungserbringung, die wachsende Flexibilität der über 50-Jährigen am Arbeitsplatz und die Behandlung der Erfordernisse dieser Gruppe in der Politik konzentrieren werden.

### Die Orientierung des Patienten

Der NHS hat versprochen, die Gesundheitsdienstleistungen für die Patienten und nicht die klinischen Dienstleistungen neu zu konzipieren. Angesichts dieser Orientierungsänderung in den letzten fünf Jahren, haben sich unsere Studien nicht mehr so sehr auf die Unwirksamkeit in den Verfahren der Organisationen konzentriert, sondern auf den Einfluss, die diese auf den Patienten haben. Unsere Studie über nosokomiale Infektion überprüfte zum Beispiel die Auswirkungen, die diese Infektion auf Patienten hatte und stellte fest, dass diese Infektionen um 15 Prozent verringert werden können. Sir John Bourne, Direktor des NAO, erklärte während der Präsentation

*Eine neue Verfahrensweise in den Studien der NAO ist zu versuchen, mehr mit der Regierung und den Ministerien zusammen und nicht gegen sie zu arbeiten.*

*Während unsere Studien immer noch die mangelnde Leistung betrachten, so konzentrieren wir uns jetzt darauf, Lehren und bewährte Praktiken zu erstellen, die vermeiden, dass Probleme immer wieder auftreten sowie auch auf die Verbesserung der Arbeitspraktiken.*



dieser Studie folgendes:

*“Die nosokomialen Infektionen sind ein enormes Problem für den NHS. Sie verlängern den Krankenhausaufenthalt der Patienten und können im schlimmsten Fall permanente Unfähigkeit oder sogar den Tod zur Folge haben. Bei Anwendung der Empfehlungen des National Audit Office kann der NHS reale Verbesserungen in der Qualität der Versorgung der Patienten einführen und somit erhebliche zusätzliche Mittel freisetzen, die in der Behandlung der Patienten verwendet werden können“.*

Unsere Studie über die Behandlung von Reklamationen aufgrund klinischer Fahrlässigkeit gegen den NHS zeigt die Wichtigkeit auf, diese Reklamationen in opportuner und wirksamer Weise in Angriff zu nehmen. Ein Hauptthema des Berichts war die Beurteilung der von den Patienten in diesen Reklamationen geforderten finanziellen und nicht finanziellen Entschädigungen, die Hindernisse für die Präsentation dieser Reklamationen und die Art und Weise, wie kreatives Vorgehen Lösungen entstehen liessen, die für beide Seiten, den NHS und den Reklamierenden zufriedenstellend sind.

### Verbesserung der Kommunikation

Das Ministerium zieht vor der Einführung neuer Politiken und Verfahren Experten in der Materie zu Rate. Auf halbem Weg durch unsere Studie über die Ausbildung und Schulung des zukünftigen Gesundheitspflegepersonals für England wurde eine derartige Expertenkonsultierung erfolgte. Diese Konsultierung, die die Änderung der Art und Weise, in der der NHS seine Belegschaft plant und entwickelt, einschliesslich einer Überprüfung der Planung und Einstellung dieser zum Gegenstand hatte, stand in Verbindung mit gewissen Aspekten unserer Arbeit. Wir reagierten daher auf diese Expertenkonsultierung mit der Zurverfügungstellung von Einzelheiten unserer sich herausstellenden Auffindungen mit Hervorhebung derjenigen Themen, die unserer Meinung nach in Angriff genommen werden sollten. Auf diese Art und Weise war es uns möglich, zu dieser Konsultierung beizutragen und auf Vorfälle Einfluss zu nehmen, anstatt unsere Ansichtspunkte zu veröffentlichen, nachdem die Entscheidungen bereits ge-

troffen waren. Der NHS konnte sich unsere Kommentare zu eigen machen, indem er seine neue Verfahrensweise definierte.

Obwohl das Ministerium weiterhin Richtlinien erstellt, so beruft es jedoch in vielen Fällen schon Diskussionsgruppen, Workshops, Seminare und Konferenzen ein, mit dem Ziel, die wirksame Verbreitung der Botschaften zu garantieren. Wenn es Verbesserungen auf Bereichen einführt, auf denen wir bereits Studien durchgeführt haben, werden wir regelmässig vom Ministerium zur Teilnahme an diesen Arbeitsgruppen, Workshops oder Seminaren aufgefordert.

Auf gleiche Weise hat das NAO erkannt, dass unser Ziel „einen Unterschied zu machen“ und unsere Mission, in der Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen die höchsten Standards zu fordern, nicht einfach nur durch die Veröffentlichung eines Berichts erreicht werden kann, sondern wir müssen so viele Wege wie möglich für die Mitteilung unserer wichtigsten Auffindungen und Empfehlungen und die des Rechnungsausschusses benutzen. Während der letzten zwei Jahre haben wir ausser unserer regelmässigen Teilnahme an Konferenzen und auf diesen zu sprechen, eine Reihe von NAO-Konferenzen mit dem Zweck veranstaltet, unsere Auffindungen zu veröffentlichen, bewährte Praktiken zu verbreiten und Debatten zwischen den wichtigsten individuellen Personen und Experten in diesem Bereich zu starten.

- Im Februar 2000 veranstalteten wir eine Follow-up-Konferenz unseres Berichts über ein besseres Management der Krankenhausausrüstung, an der mehr als 200 Experten auf diesem Gebiet teilnahmen.

- Im Oktober 2000 organisierten wir eine Konferenz mit dem Ziel, noch bessere Resultate bei Patienten mit Hüftgelenkimplantaten zu erzielen. Diese Konferenz fand nach Veröffentlichung unseres Berichts ‘Hip replacements-getting it right first time’ (“Hüftgelenkimplantat – Von Anfang an richtig machen“) statt. Es versammelten sich ungefähr 300 Orthopäden und andere Spezialisten aus dem ganzen Land, die Themen wie das Erfordernis eines nationalen Hüftgelenkregisters, die Ungleichheit im Zugang zu Hüftgelenkoperationen und die Variationen in den von

*Als Teil unseres zukünftigen Rechnungsprüfungsprogramms des Gesundheitsmanagements haben wir ein interdisziplinäres Team geschaffen, dass eine Reihe von Studien über Senioren durchführen wird*



*In den letzten fünf Jahren, haben sich unsere Studien nicht mehr so sehr auf die Unwirksamkeit in den Verfahren der Organisationen konzentriert, sondern auf den Einfluss, die diese auf den Patienten haben.*

den Patienten erlangten Resultaten analysierten.

- An unserer Konferenz "Managing and controlling hospital acquired infection – The Way Ahead" ("Management und Kontrolle der nosokomialen Infektion – Der zu verfolgende Weg") nahmen ungefähr 300 Delegierte teil. Ausser den ausserordentlichen Referenten des Ministeriums und der Gesundheitslabordienste nutzte der damalige Staatssekretär für Gesundheit, John Denham die Gelegenheit, anlässlich dieser Konferenz eine neue Politik der Verschreibung von Antibiotika zusammen mit einem Aktionsplan vorzustellen.

Die Kommentare der Delegierten und Sprecher waren alle dahingehend, dass unsere Konferenzen ein ausgezeichnete Weg sind, die Empfehlungen unserer Berichte in die Tat umzusetzen. Wir haben die Absicht, zukünftig mehr Konferenzen abzuhalten. Sir John Bourne kommentierte nach der Klausur der Konferenz über Hüftgelenkimplantate folgendes:

*„Die Konferenzen sollten als die nächste Phase eines wirksamen Rechnungsprüfungsverfahrens angesehen werden: Konferenzen sind vitalisierende Spritzen für die Wirksamkeit unserer Arbeit“.*

Weitere alternative Beiträge unserer Arbeit beinhalten von Berichten mit Kommentaren für individuelle Krankenhäuser des NHS, damit diese Referenzmodelle erstellen, mit denen sie ihre Aktivitäten vergleichen können, bis zur Erstellung von zukunftsweisenden Arbeiten über bewährte Praktiken. Als Folge des öffentlichen Interesses und das der Medien für unseren Bericht über die nosokomiale Infektion und dem Feedback der Konferenz, habe ich an einem Buch, „The challenge of hospital acquired infection: maintaining de initiative“ (Die Herausforderung der nosokomialen Infektion: Aufrechterhaltung der Initiative) mitgearbeitet. Das Ziel dieses Buches ist, dem klinischen und anderem Personal zu helfen, das Verbreiten der nosokomialen Infektion mittels einer opportunen und erschöpfenden Analyse der Kenntnisse zu reduzieren, die man über diese Art von Infektion besitzt. Es inspiriert sich im Bericht des NAO beinhalteten Punkte, in der Audienz und dem Bericht des Rechnungsausschusses und in der Konferenz und beinhaltet, wenn erforder-

lich, kürzliche Initiativen des Gesundheitsministeriums für die Verbesserung des Managements und der Kontrolle der nosokomialen Infektion.

### **Das National Audit Office ist eine Organisation mit Lernkapazität**

Ein wesentlicher Faktor für die Garantie der optimalen Mittelverwendung ist die Beurteilung unserer eigenen Leistung und das Verständnis was gut und was schlecht war. Alle unsere Berichte unterliegen einer „Qualitätsüberprüfung“, die eine Überprüfung der Qualität durch die *London School of Economics*, schriftliche von den geprüften Organismen beigebrachte Kommentare und eine vom Studienteam durchgeführte Beurteilung beinhaltet. In der Prüfung der optimalen Mittelverwendung auf dem Gesundheitssektor teilen sich die verschiedenen Studienteams die Resultate dieser Überprüfungen mit dem Ziel, alle voneinander zu lernen. Wir organisieren ebenfalls regelmässige Versammlungen und Seminare, in denen Ideen und Resultate geteilt werden. Als Folge hiervon konnten wir Zeugen der Erhöhung der Qualität unserer gesamten Arbeit sein, was die Verbesserung der Ergebnisse der unabhängigen Qualitätsbewertung zur Folge hat.

Wir sind ebenfalls der Ansicht, dass wir unsere Erfahrungen mit anderen ORKB teilen sollten und wenn möglich, zu versuchen, von diesen zu lernen. Das NAO empfängt einen ständigen Besucherstrom von anderen ORKB und Prüfungen der optimalen Mittelverwendung auf dem Gesundheitssektor sind ein konstanter Punkt in seiner Agenda. Viele Mitglieder der Belegschaft dieses Bereichs haben internationalen Kollegen mit Rat und Tat bezüglich des NAO-Verfahrens der Prüfung der optimalen Mittelverwendung zur Seite gestanden. Diese Beratung und Orientierung wird auf verschiedene Art und Weise erteilt und reichen von ausgedehnten Debatten und Halbtagsseminaren bis zu vierwöchigen Personalabstellungen oder Arbeitsbegleitaufgaben. Unter den internationalen Obersten Rechnungskontrollbehörden, die uns zwecks des Kennenlernens unserer Verfahrensweise in der Wirtschaftlichkeitsprüfung befindet sich Brasilien, Portugal, Slowenien, Russland, Island und Neuseeland, um nur einige zu nennen. Wir haben eben-

*Während der letzten zwei Jahre haben wir ausser unserer regelmässigen Teilnahme an Konferenzen und auf diesen zu sprechen, eine Reihe von NAO-Konferenzen mit dem Zweck veranstaltet, unsere Auffindungen zu veröffentlichen, bewährte Praktiken zu verbreiten und Debatten zwischen den wichtigsten individuellen Personen und Experten in diesem Bereich zu starten.*

*Ein wesentlicher Faktor für die Garantie der optimalen Mittelverwendung ist die Beurteilung unserer eigenen Leistung und das Verständnis was gut und was schlecht war.*



falls China, Brasilien, Portugal und Ungarn besucht, mit dem Ziel, Ideen auszutauschen und Seminare und Schulungskurse über unsere Erfahrung der Prüfung der optimalen Mittelverwendung auf dem Gesundheitsbereich zu veranstalten, denn die Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen ist eine sehr internationale Aktivität und wir haben alle ein persönliches Interesse daran, dass die Qualität der erbrachten Leistung den Unterschied darstellt.

**Entwicklung**

Die schnellen und konstanten Änderungen der Art, Gesundheitsdienstleistungen zu erbringen, hat an das NAO Herausforderungen gestellt, ihm aber auch Gelegenheiten gegeben. Unsere Prüfung der optimalen Mittelverwendung auf dem Gesundheitssektor kann weder still stehen noch einen rückwirkenden Fokus haben, sondern muss zukunftsorientiert sein und den Änderungen offen stehen. Ich habe Beispiele aus unserem neuesten Programm der optimalen Mittelverwendung benutzt um zu veranschaulichen, wie wir

vom Prüfungsgebiet der optimalen Mittelverwendung auf dem Gesundheitssektor diese Herausforderungen und die durch diese Änderungen entstandenen Gelegenheiten genutzt haben. Aufgrund der anspruchsvollen Agenda im Programm des NHS wird sich dieser weiterhin ändern und entwickeln und wird uns in Zukunft sogar noch mehr Herausforderungen gegenüberstellen. Einige dieser Änderungen und Entwicklungen, wie die Abschaffung von Gesundheitsbehörden, so wie sie uns bekannt waren, die Gründung von über 30 strategischen Gesundheitsbehörden, die Entwicklung der Erstbehandlung in der Form von Erstbehandlungskonsortien und die Auflösung der regionalen Ämter sind bereits in unserem zukünftigen Prüfungsprogramm beinhaltet. Als ein unabhängiger Überwacher des Parlaments befinden wir uns in der einzigartigen Lage, dem NHS dabei zu helfen, dass dieser Übergang zur Verbesserung der für die Öffentlichkeit erbrachten und vom Steuerzahler bezahlten Dienstleistungen so erfolgreich wie möglich vonstattengeht.

*Unsere Prüfung der optimalen Mittelverwendung auf dem Gesundheitssektor kann weder still stehen noch einen rückwirkenden Fokus haben, sondern muss zukunftsorientiert sein und den Änderungen offen stehen.*



**Tabelle A: In den letzten Jahren vom National Audit Office veröffentlichte Studien**

Titel der Studie	Bereich und Methodologie	Weitere Resultate und Auswirkungen
Royal Brompton Hospital-Sale of North Block Site (HC 252 1998/99)	Eine Überprüfung, ob das Krankenhaus bei Veräußerung des Zentrums den besten Preis erzielen konnte – wie dieses Zentrum vermarktet wurde, wie die Angebote ausgewertet und wie die Interessen der Verkäufer geschützt wurden.	<ul style="list-style-type: none"> <li>Der Bericht des National Audit Office lieferte Erfahrung über die Veräußerung von Eigentum, die in einer erweiterten Studie der Veräußerungen des NHS noch vervollständigt werden.</li> </ul>
The 1992 and 1998 Information Management and Technology Strategies of the NHS Executive (HC 371 1998/99)	Eine Revision des Fortschritts der Managementstrategien und Informationstechnik von 1992 und 1998 – die Auswirkung der Strategie von 1992 und ob die Strategie von 1998 die gesammelten Lektionen beinhaltet. Begründet auf einem Examen der Archive und auf Interviews.	<ul style="list-style-type: none"> <li>Übernahme von Verbesserungsbeschlüssen im Management von Projekten und deren Einführung in die Anwendung der Strategie von 1998</li> </ul>
The PFI Contract for the New Dartford and Gravesham Hospital (HC 423 1998/99)	Examen, ob der Vertrag die nötigen Leistungen liefert, die Kostenwirksamkeit dieser Operation, das Management des Kaufprojekts und die vom Ministerium ergriffenen Massnahmen, sich die aus diesem Projekt entstandenen Erfahrungen zu eigen zu machen. Begründet auf einem Examen der Archive und auf Interviews	<ul style="list-style-type: none"> <li>Die Erfahrungen dieses Berichts wurden in dem ministeriellen Führer über Projekte des Baus von PFI-Krankenhäusern aufgenommen.</li> </ul>

**Tabelle A: In den letzten Jahren vom National Audit Office veröffentlichte Studien**

Titel der Studie	Bereich und Methodologie	Weitere Resultate und Auswirkungen
The Management of Medical Equipment in NHS Acute Trusts in England (HC 475 1998/99)	Eine Überprüfung, wie gut die Konsortien der Intensivmedizin des NHS die Portefeuille ihrer medizinischen Ausrüstungen managte. Begründet auf einem Examen der Archive, Besuche in einer Auswahl von Krankenhäusern und Information von Expertenkreisen.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Identifizierung eines Bereichs, in dem finanzielle Ersparnisse vorgenommen werden können.</li> <li>• Übernommene Empfehlungen als Teil der neuen Garantiekontrollnorm.</li> </ul>
The Management and Control of Hospital Acquired Infection in Acute NHS Trusts in England (HC 230 1999/00)	Eine Überprüfung des globalen Managements und Kontrolle der nosokomialen Infektion in den Intensivmedizinkonsortien des NHS. Dieses Examen umfasst die existierenden Kenntnisse über das Ausmass, die Kosten und die Wirksamkeit des strategischen Managements, der Überwachung und der Vorbeugungsaktivitäten. Basiert auf einer umfassenden Erhebung der 219 Intensivmedizinkonsortien, gerichtet an die Direktoren und leitenden Angestellten der Kontrollteams der Infektion, einer Analyse der Überwachung und der Kostendaten sowie auf Besuchen in einer Auswahl von Krankenhäusern, mit dem Ziel, bewährte Praktiken zu identifizieren und auf Information einer Expertengruppe.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Identifizierung eines Bereichs, auf dem die nosokomiale Infektion um 15% gesenkt werden kann.</li> <li>• Abgehaltene Konferenz</li> <li>• Übergabe von Berichten mit Kommentaren an ein jedes Konsortium des NHS, zwecks Zurverfügungstellung von Referenzmodellen.</li> <li>• Einladung zur Durchführung von Präsentierungen auf sektoriellen und Spezialistenkonferenzen.</li> <li>• Veröffentlichung eines Buchs für die Verbreitung der Mitteilungen der Konferenz und des Berichts.</li> <li>• Das Ministerium hat eine neue globale Orientierung erstellt, Mittel zur Verfügung gestellt und Handlungen auf Konsortiumsebene bezüglich der Intensivierung der Reinigung, des Verschreibens von Antibiotika und der zwingenden Überwachung gefördert.</li> </ul>
Inpatient Admissions and Bed Management in NHS Acute Hospitals (HC 254 1999/00)	Ein Examen wie die Krankenhäuser der Intensivmedizin des NHS während der letzten Jahre neue Wege für das Management von Patienteneinlieferung und -entlassung zwecks Erfüllung der wachsenden Anforderungen an ihre Mittel gefunden haben. Basiert auf einer an alle Gesundheitsbehörden und Intensivmedizinkonsortien des NHS gerichtete Umfrage, die mindestens über 300 Betten für allgemeine und Intensivmedizin verfügen. Besuche in Krankenhäusern, die korrekte Praktiken anwenden, sowie Befragung einer grossen Anzahl von Ärzten und Experten auf diesem Gebiet.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Entwicklung von korrekten Praktiken zwecks Reduzierung der Annullierung von chirurgischen Eingriffen</li> <li>• Neue Orientierung bezüglich der Quoten der höchsten Belegung in Krankenhäusern.</li> <li>• Eine ministerielle Verpflichtung, die allgemeinen Verzögerungen in der Entlassung der Patienten zu beenden.</li> <li>• Präsentation auf sektoriellen Konferenzen</li> </ul>



**Tabelle A: In den letzten Jahren vom National Audit Office veröffentlichte Studien**

Titel der Studie	Bereich und Methodologie	Weitere Resultate und Auswirkungen
Hip Replacements: Getting It Right First Time (HC 417 1999/00)	Ein Examen der Verfahren, die für die Einführung und Überprüfung der Hüftgelenkprothesen sowie für das Hüftgelenkmanagement in den Konsortien angewendet werden. Basiert auf die Umfrage an ausgewählte Orthopädiechirurgen und Verantwortliche für die orthopädische Leitung, auf Besuche in ausgewählten Zentren und auf Information von einer konsultierten Gruppe.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Abgehaltene Konferenz</li> <li>• Die NICE (Nomenklatur der in der Europäischen Gemeinschaft etablierten Industrien) berücksichtigte unsere Nachforschung bei der Erstellung ihrer eigenen Orientierung über die Verwendung von Hüftgelenkprothesen.</li> <li>• Finanzersparnis von 3,5 Millionen Pfund Sterling.</li> </ul>
The National Blood Service (HC 6 2000/201)	Eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit des Hämatologieservices. Basiert auf Umfrage und Besuche.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Geplante Konferenz</li> <li>• Der NHS muss die Empfehlungen des NAO bezüglich der Einführung neuer Managementstrukturen und -systemen untersuchen.</li> </ul>
Tackling Obesity in England (HC220 2000/01)	Ein Examen der menschlichen und finanziellen Kosten der Obesität im NHS und die integrierten Initiative der öffentlichen Verwaltung mit dem Ziel, den Lebensstil zu verbessern. Basiert auf eine Umfrage an ausgewählte praktische Ärzte, auf einer Revision der Initiative des Ministeriums und auf die Information seitens einer Gruppe von intersektoriellen Experten.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Geplante Konferenz</li> <li>• Der Bericht vermittelte die erste umfassende Schätzung der jährlichen Kosten der Obesität für den NHS und die Wirtschaft.</li> <li>• Eine fortlaufende Deckung dieses Themas der Kommunikationsmittel lässt dieses Thema bei den öffentlichen Behörden weiterhin aktuell bleiben.</li> <li>• Regelmässige Präsentierungen in sektoriellen Konferenzen und bei Spezialisten.</li> </ul>
Educating and Training the Future Health Professional Workforce for England (HC 277 2000/01)	Ein Examen der Wirksamkeit der von den Universitäten und dem NHS zur Verfügung gestellten Ausbildungen und Schulungen zwecks Entwicklung von neuem Sanitätspersonal. Basiert auf die Befragung von 73 Universitäten, die vom NHS finanzierte Kurse veranstalten und der 39 Konsortien für Ausbildung und Schulung des NHS. Gemeinsame Rechnungsprüfungsbesuche und das Teilen von Daten mit dem Rechnungsausschuss und einer gemeinsamen Beratungsgruppe mit Mitgliedern beider Seiten.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Es wurde eine neue Arbeitsgruppe des NHS/Univertätsausbildungsgruppe einberufen, zwecks Bearbeitung von Themen wie die Kontrahierung, Zermürbung und über Daten.</li> <li>• Die überprüften Planungsvereinbarungen der Arbeitsbelegschaft sind die Folge einiger Empfehlungen unserer Reaktion auf eine Konsultierungsübung.</li> <li>• Eine geplante Konferenz</li> <li>• Der Versand von individuellen Berichten mit Kommentaren an eine jede Universität zwecks der Vereinfachung der Festlegung von Referenzmodellen ist geplant.</li> </ul>



**Tabelle A: In den letzten Jahren vom National Audit Office veröffentlichte Studien**

Titel der Studie	Bereich und Methodologie	Weitere Resultate und Auswirkungen
Handling Clinical Negligence Claims in England (HC 403 2000/2001)	Eine Überprüfung des Verfahrens der gegenwärtigen und anstehenden Reklamationen aufgrund von klinischer Fahrlässigkeit gegen den NHS und die Adäquatheit des Zugangs der Patienten zu Entschädigungen. Basiert auf Befragung der Konsortien und Gesundheitsbehörden und auf der detaillierten Analyse der Datenbanken der Gerichtsbehörden.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Eine Konferenz ist geplant</li> <li>• Die öffentliche Verwaltung untersucht Mittel für das bessere Management der Patienten, die Reklamationen vorlegen. Es wird erwartet, dass sie im Frühjahr 2002 ein weisses Buch veröffentlicht.</li> <li>• Mitglied der ministeriellen Arbeitsgruppe wird für die Einführung von Entwicklungen bestimmt.</li> </ul>
Inpatient and Outpatient Waiting in the NHS (HC 221 Session 2001-2002)	Eine Überprüfung der Fortschritte des Ministeriums in der Erreichung der Ziele bezüglich der Wartelisten und -zeiten. Basiert auf dem Examen der Daten des NHS über Wartelisten und auf Bestätigungsbesuche bei 50 Konsortien des NHS sowie auf einer Befragung der Leiter der Konsortien, die Wartelisten haben sowie auf eine Umfrage unter 558 Urologen, Orthopäden und Hals-Nase-Ohrenärzten. Praktiken für die Manager der Konsortien und Beratung seitens einer Expertengruppe.	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Veröffentlicht am 26. Juli 2001 mit Erwecken grossen Interesses seitens der Kommunikationsmedien.</li> </ul>



Alle angeführten Berichte befinden sich auf unserer Website [www.nao.gov.uk](http://www.nao.gov.uk). Jeder Bericht enthält ebenfalls einen Me-

thodologieanhang, in dem wir unsere Verfahren und die angewandte Prüfungstechnik ausführlicher erklären.



## EUROSAI MAGAZINE SURVEY

### INTRODUCTION

The management of EUROSAI magazine is making a survey among the readers of the Magazine to obtain information on their opinions and experiences regarding the contents and distribution of EUROSAI magazine (the Magazine).

We would like to thank you in advance for your co-operation completing this questionnaire as the information that here appears will be essential for our research.

### Instructions

The completed questionnaire should be sent by **15 May 2002** to:

**EUROSAI Secretariat**  
Fuencarral, 81 - 28004 MADRID - SPAIN  
FAX: +34915933894  
E-mail: eurosai@tcu.es

Should you have any queries regarding this questionnaire, please contact:

**EUROSAI Secretariat**  
TEL.: +34914460466 - FAX: +34915933894  
E-mail: eurosai@tcu.es

### Questions:

1. Country

.....

2. Official EUROSAI languages used in your SAI

- Spanish
- French
- English
- German
- Russian

3. How would you describe globally the Magazine?

- Very good
- Good
- Average
- Bad
- Very bad



4. What sections of the Magazine do you consider more relevant for your Supreme Audit Institution (Please tick the suitable ones).

- EUROSAI News
- News from the members of EUROSAI
- European Union
- Reports and Studies
- Reports dedicated to the knowledge of the characteristics of the European Supreme Audit Institutions

5. Describe briefly what you like most of the Magazine

.....  
.....  
.....

6. Describe briefly what you like least of the Magazine

.....  
.....  
.....

7. At present, can your SAI receive electronic mail?

- YES
- NO

8. In case we produced an electronic version of the Magazine, please, indicate the e-mail(s) address(es) where you would like to receive it

.....

9. In which languages would you like to receive the Magazine by e-mail?

- Spanish
- French
- English
- German
- Russian

10. If the Magazine were published, printed on paper, only in the English version, how many copies would your SAI like to receive of this version, taking into account that you would have access to the electronic version of the Magazine, in the five official languages of the Organisation, through the EUROSAI Web page and through e-mail?

.....

11. Could you please provide the comments that you consider appropriate regarding your replies, or any other idea or ideas about the way the Magazine could be improved?

.....  
.....



# Adressen der Eurosai-Mitglieder

## EUROSAI SECRETARIAT

E-mail: eurosai@tcu.es  
http://www.eurosai.org

State Supreme Audit  
Bulevardi Deshmoret e Kombit  
Tirana  
**Albania**

Tel: 355 42 32491,429  
Fax: 355 42 32491  
E-mail: MKercuku@albaniaonline.net  
KL.SH@albaniaonline.net

The Chamber of Control of the National Assembly of the Republic of Armenia  
Marshal Bagramyan Ave, 19  
375095 Yerevan  
**Armenia**

Tel: 374 1 52 33 32  
Fax: 374 1 58 85 42  
E-mail: vpall@parliament.am  
verpal@parliament.am

Rechnungshof  
Dampfschiffstr. 2  
A-1053 Wien  
**Austria**

Tel: 43171171-8456  
Fax: 4317129425  
E-mail: intosai@rechnungshof.gvat

State Accounts Chamber of the Azerbaijan Republic  
Government House  
370016 Baku  
**Azerbaijan Republic**

Tel: 99412 936920  
Fax: 99412 98 0182-932025  
E-mail: chairman@ach.baku.az

Cour des Comptes  
2, Rue de la Régence  
1000 Bruxelles  
**Belgium**

Tel: 3225518111  
Fax: 3225518622  
E-mail: ccrek@ccrek.be  
courdescomptes@ccrek.be

The Committee of State Control of the Republic of Belarus  
3, K. Marx St.  
Minsk 220050  
**Belarus Republic**

Tel: 3750172272422  
Fax: 3750172891484

Ured za reviziju finansijskog poslovanja institucija  
Bosne i Hercegovine  
(The Audit Office of the Institutions of Bosnia Herzegovina)  
Musala 9,  
Sarajevo, 71000  
**Bosnia and Herzegovina**

Tel: 38733264740  
Fax: 38733264740  
E-mail: salbh@bih.net.ba  
http://revizija.gov.ba

Smetna Palata (National Audit Office)  
37, Exarch Joseph Str.  
1000 Sofia  
**Bulgaria**

Tel: 35929803690  
Fax: 35929810740  
E-mail: nao-pres@otel.net

State Audit Office  
TKalciceva 19  
Hr-10000 Zagreb  
**Croatia**

Tel: 385 1 4813 302  
Fax: 385 1 4813 304  
E-mail: dur@zg.tel.hr  
http://www.revizija.hr

Audit Office of The Republic  
12, Vyzantou Str.  
1406 Nicosia  
**Cyprus**

Tel: 357 2 401 300  
Fax: 357 2 668 153  
E-mail: cao@cytanet.com.cy  
http://www.audit.gov.cy

Supreme Audit Office  
Jankovcova 63  
170 04 Praha 7  
**Czech Republic**

Tel: 420 2 33045350  
Fax: 420 2 33045336  
E-mail: lubomir.volenik@nku.cz

Rigsrevisionen  
St. Kongesgade 45  
1264 København k  
**Denmark**

Tel: 4533928400  
Fax: 4533110415  
E-mail: henrik.otbo@rigsrevisionen.dk  
http://www.ftrr.dk

Supreme Audit Office of The Slovak Republic  
Priemyselná 2  
SK 824 73 Bratislava  
**Slovakia Republic**

Tel: 421 2 55423069  
Fax: 421 2 55423005  
E-mail: hlavac@controll.gov.sk  
http://www.controll.gov.sk

The State Audit Office of Estonia  
Narva Mnt. 11A  
15013 Tallinn  
**Estonia**

Tel: 372 6 400700-400721  
Fax: 372 6616012  
E-mail: info@riigikontroll.ee  
http://www.riigikontroll.ee

State Audit Office  
Annankatu 44  
00100 Helsinki  
**Finland**

Tel: 35894325700  
Fax: 35894325820  
E-mail: kirjaamo@vtv.fi  
http://www.vtv.fi

Cour des Comptes  
13, Rue Cambon  
75100 Paris Rp  
**France**

Tel: 33142989500  
Fax: 33142989602  
E-mail: cperon@ccomptes.fr  
http://www.ccomptes.fr

Chamber of Control of The Republic of Georgia  
Keievan Tsamebuli Ave. 96  
Tbilisi 380044  
**Georgia**

Tel: 995 32 954469; 958849177  
Fax: 995 32 954469; 958849173  
E-mail: chamber@gol.ge  
http://www.chamber.gol.ge

Supreme Court of Audit of Greece  
34, Patisision Str.  
106 82 Athens  
**Greece**

Tel: 3013810211 / 3013840129  
Fax: 3013800526  
e-mail: elesyn@otenet.gr

Bundesrechnungshof  
Adenauerallee 81  
53113 Bonn  
**Germany**

Tel: 491888721-0  
Fax: 491888721-2610  
E-mail: poststelle@brh.bund.de  
http://www.bundesrechnungshof.de

State Audit Office  
Aparcazi Csere Janos Utca 10  
1052 Budapest  
**Hungary**

Tel: 361 3188799  
Fax: 361 3384710  
E-mail: kovacsas@asz.hu

Ríkisendurskodun  
Skulagata 57  
150 Reykjavik  
**Iceland**

Tel: 3545614121  
Fax: 3545624546  
E-mail: gretar@rikisend.althingi.is  
http://www.rikisend.althingi.is

Office of the Comptroller and Auditor General  
Dublin Castle  
Dublin 2  
**Ireland**

Tel: 3531 6793122  
Fax: 3531 6793288

Corte dei Conti  
Via Biamonti 25  
00195 Roma  
**Italy**

Tel: 390638762477  
Fax: 390638760111  
E-mail: bnanna@tiscalinet.it

The State Audit Office  
Republic of Latvia  
26 Valdemara Street  
Riga, LV 1937  
**Latvia**

Tel: 371 (7) 286489  
Fax: 371 (7) 283466  
E-mail: lrvk@lrvk.gov.lv  
http://www.lrvk.gov.lv

Landtag des Fürstentums  
Kirchstrasse 10  
FL-9490 Vaduz  
**Liechtenstein**

Tel: 423 2366571  
Fax: 423 2366580

State Control of The Republic of Lithuania  
Pamėnkalinio 27  
2669 Vilnius  
**Lithuania**

Tel: 370 2621646  
Fax: 370 2625092  
E-mail: ssatkuviene@vkontrol.lt

Cour des Comptes  
2, Av. Monterey  
L-2163 Luxembourg  
**Luxembourg**

Tel: 352474456-1  
Fax: 352472186  
E-mail: tom.heintz@fi.etat.lu

European Court of Auditors  
12, Rue Alcide de Gasperi  
L-1615 Luxembourg  
**Luxembourg**

Tel: 35243981  
Fax: 352439846430  
E-mail: info@eca.eu.int  
http://www.eca.eu.int

National Audit Office  
Notre Dame Revelin  
Floriana CMR 02  
**Malta**

Tel: 356 224013  
Fax: 356 220708  
E-mail: joseph.g.galea@magnet.mt  
http://www.nao.gov.mt

Curtea de Conturi  
A Republicii Moldova  
2073 Or. Chisinau  
B-Rd Stefan Cel Mare, 105  
**Moldova**

Tel: 373 (2) 233669  
Fax: 373 (2) 540499

Commission Supérieure des Comptes de la Principauté  
Ministère d'Etat  
Place de La Visitation  
Mc 98015 Mônaco  
**Monaco**

Tel: 37793158244  
Fax: 377 93154081

Riksrevisjonen  
P. O. Box 8130 Dep  
N-0032 Oslo  
**Norway**

Tel: 4722 241000  
Fax: 4722 241001  
e-mail: jan-otto.joranli@riksrevisjonen.no  
http://www.riksrevisjonen.no

Najwyższa Izba Kontroli  
P.O. Box P-14  
00-950 Warszawa 1  
**Poland**

Tel: 4822 8 254481  
Fax: 4822 8 258967  
E-mail: nik@nik.gov.pl  
http://www.nik.gov.pl

Tribunal de Contas  
Av. Barbosa do Bocage, 61  
1094 Lisboa Codex  
**Portugal**

Tel: 351217972863  
Fax: 351217970984  
E-mail: dg@tcontas.pt  
http://www.tcontas.pt

Tribunal de Comptes  
C/ Sant Salvador, 10 3r 7a  
Andorra la Vella  
**Principat d'Andorra**

Tel: 376 806020  
Fax: 376 806025  
E-mail: tcomptes@andorra.ad

Curtea de Conturi a României  
22-24, Lev Tolstoi St.  
Sect. 1, Bucarest  
**Romania**

Tel: 401 2301377  
Fax: 401 2301364  
E-mail: rei@rcc.pcn.ro

Accounts Chamber of The Russian Federation  
Zubovskaya Street 2  
121901 Moscow  
**Russian Federation**

Tel: 70 95 9140190  
Fax: 70 95 2473160  
E-mail: intrel@ach.gov.ru  
http://www.ach.gov.ru

Court of Audit of The Republic of Slovenia  
Slovenska 50  
SI -1000 Ljubljana  
**Slovakia**

Tel: 386 478 5810  
Fax: 386 478 5892  
E-mail: aud@rs-rs.si  
http://www.sigov.si/racs/

Tribunal de Cuentas  
Fuencarral 81  
28004 Madrid  
**Spain**

Tel: 3491-4460466  
Fax: 3491-5933894  
E-mail: tribunaleta@tcu.es  
http://www.tcu.es

Riksrevisionsverket  
Drottninggatan, 89  
S-104 30 Stockholm  
**Sweden**

Tel: 4686904000  
Fax: 4686904123  
E-mail: int@rvr.se  
http://www.rvr.se

Contrôle Fédéral des Finances  
de La Confédération Suisse  
Monbijoustrasse 45  
3003 Bern  
**Switzerland**

Tel: 41313231020  
Fax: 41313231101  
E-mail: sekretariat@efk.admin.ch  
Info@efk.admin.ch

Algemene Rekenkamer  
Lange Voorhout 8  
NL 2500 Ea Den Haag  
**The Netherlands**

Tel: 31703424344  
Fax: 31703424130  
E-mail: bjz@rekenkamer.nl  
http://www.Rekenkamer.nl

Turkish Court of Accounts  
Sayistay Baskanligi  
Inonu Bulvari  
06530 Balgat  
Ankara  
**Turkey**

Tel: 90 312 2953030  
Fax: 90 312 2954094  
E-mail: saybsk3@tinet.tr

The Accounting Chamber of Ukraine  
7 Mykhailo Kotsiybynsky, Kiev  
Kiev-30, Ukraine, GSP 252601  
**Ukraine**

Tel: 380 44 224 26 64  
Fax: 380 44 224 05 68  
E-mail: rp@ac-rada.gov.ua  
http://www.ac-rada.gov.ua

National Audit Office  
157-197 Buckingham Palace Road  
Victoria  
London SW1W 9SP  
**United Kingdom**

Tel: 442077987777  
Fax: 442072336163  
E-mail: nao@tmet.gov.uk  
John.BOURN@nao-gsi.gov.uk  
http://www.open.gov.uk/nao/home.htm



**E U R  S A I**

Organización de las Entidades Fiscalizadoras Superiores de Europa  
European Organisation of Supreme Audit Institutions  
Organisation des Institutions Supérieures de Contrôle des Finances Publiques d'Europe  
Europäische Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden  
Европейская организация высших органов финансового контроля